Montag, 19. September 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 218 - 38. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 30,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Reagan flexibel: Die USA scheinen bereit, auf den Globalansatz in den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen zu verzichten und die in Asien bereits stationierten sowjetischen SS-20-Raketen außer Acht zu lassen. Damit könnte der Kreml-Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme, die bisher als entscheidendes Hemmnis in Genf galt, der Grund entzogen werden.

Fünfte Kolonne: CDU-Generalsekretär Familienminister Geißler bezeichnet die SPD in einer Rede vor dem CDU-Parteitag im Rheinland als „fünfte Kolonne" Moskaus in der Nachrüstungsdiskussion. Heftige Reaktion der Sozialdemokraten.

EG besorgt: Die EG-Partner erwägen, dem griechischen Außenminister Charlambopoulos das Recht zu verwehren, vor der UN-Vollversammlung für Europa zu sprechen. Anlaß ist die Weigerung Athens bei der letzten EG-Außenministerkonferenz, einer Verurteilung der Sowjets wegen des Abschusses eines Zivilflugzeugs zuzustimmen. (S. 8)

Diakon verurteilt: Wegen angeblicher staatsfeindlicher Hetze und ungesetzlicher „Verbindungsaufnahme" ist der Jugenddiakon Rochaus aus Halle in der „DDR" in einem Geheimprozeß zu drei Jahren Haft verurteilt worden. (S. 8)

Gromyko nicht zur UN: Der sowjetische Außenminister wird nicht an der diesjährigen Vollversammlung der UN teilnehmen – erstmals seit seinem Amtsantritt 1957. Er sagte ab, weil die US-Behörden angeblich nicht für seine Sicherheit in New York garantiert hätten. Das US-Außenministerium wies dies zurück.

Schmidt nur bis '87: Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt wird – bei normalem Verlauf der Legislaturperiode des Bundestages – 1987 nicht noch einmal für das Parlament kandidieren. (WELT-Interview S. 5)

Gegenleistungen: Neuen Krediten für die „DDR" steht die Bundesregierung nicht grundsäztlich ablehnend gegenüber, sofern im Gegenzug menschliche Erleichterungen gewährt werden, erklärt Minister Windelen in einem WELT-Gespräch. (S. 1)

Kundgebung gestört: Innenminister Zimmermann ist von linken Störern an einer Wahlrede im hessischen Landtagswahlkampf in Groß-Gerau gehindert worden. (S. 6)

Heute: Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Kohl eröffnet die Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit". – Sitzung des EG-Außenministerrats. – Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda. – Ungarns neuer Außenminister Varkonyi nach Washington.

ZITAT DES TAGES



» Ich finde es unbegreiflich und unerklärlich, daß wir in Europa keine klarere Verurteilung und im weiteren NATO-Bereich keine klarere Aktion zustandegebracht haben. «

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher zur Reaktion von EG und NATO auf den Abschuß eines Zivilflugzeugs durch die Sowjets. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Trendwende: Nach einjähriger Amtszeit der neuen Koalitionsregierung sei die Trendwende unverkennbar, erklärt Finanzminister Stoltenberg. Im Vorjahr sei noch ein Minus von 1,7 Prozent, in diesem Jahr dagegen ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent zu verzeichnen.

Werft bleibt besetzt: Die Hamburger HDW-Werft blieb auch am Sonntag besetzt. In Bremen wirft der Senat der Bundesregierung vor, gemeinsame Absprachen zur Behebung der Werftkrise zu verlassen. (S. 9)

EG-Reform: Die Bundesregierung hält einen wirksameren Einsatz der Finanzmittel der EG für geboten. Ein Positionspapier für die heutige EG-Ratssitzung verlangt vor Verabschiedung ausgabewirksamer Politiken künftig eine genaue Bedarfsanalyse. (S. 9)

Export gestoppt: Das US-Unternehmen Xerox wird für sechs Monate seine Ausfuhren in mehrere arabische Staaten einstellen. Es akzeptiert damit Auflagen des US-Handelsministeriums. Xerox hatte mit arabischen Ländern zusammengearbeitet, die Israel boykottieren und damit gegen US-Bestimmungen verstoßen.

US-Zinsen: In Wall Street sieht man den geldpolitischen Kurs des Federal Reserve System als gesichert an; die Geldmenge scheint im Griff, Zinsen könnten sinken. (S. 9)

KULTUR

Kooperation: Neue Abkommen über Zusammenarbeit im Funk- und Fernsehwesen seien zwischen Sowjetunion und Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden, meldet Tass.

Liebermann-Preis: Der mit 75 000 Mark dotierte Rolf-Liebermann-Preis der Hamburger Körber-Stiftung wurde dem Komponisten Konrad Boehmer für seine Oper „Dr. Faustus" überreicht.

SPORT

Volleyball: Die Damen-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland startete bei den Europameisterschaften in der „DDR" mit einem 3:1-Sieg über Polen.

Turnen: Siegerin der letzten Weltmeisterschafts-Qualifikation in Cappel bei Marburg wurde die deutsche Meisterin Yvonne Haug aus Berlin. (S. 13)

Olympia: Die UdSSR hat ihre Teilnahme an den vorolympischen Ruder- und Kanuwettbewerben in Los Angeles zurückgezogen. Die Wettkämpfe beginnen am Donnerstag. (S. 14)

Fußball: Der Plan, die Bundesliga auf 16 Vereine zu verkürzen, hat kaum Chancen auf Erfolg. Der Liga-Ausschuß sprach sich einstimmig für 18 Klubs aus (S. 12)

AUS ALLER WELT

Schwangeren-Impfung: Künftig soll der Schutz Neugeborener etwa vor Wundstarrkrampf schon durch die Impfung schwangerer Frauen möglich sein, erklären Mediziner in einer angesehenen US-Fachzeitschrift. (S. 16)

Anwälte in Haft: Die Anwälte eines entflohenen Millionenbetrügers wurden wegen Gefangenenbefreiung in Haft genommen.

Wetter: Durchzug eines Regengebiets; 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mit und ohne Pferdefuß – Bernt Conrad über Sinn und Nebensinn der KAE S. 2

Big Lift: Der große Sprung ins NATO-Manöver; 17 000 US-Soldaten nach Europa S. 3

Hausärzte-Tag: Mediziner warnen vor Folgen für die Patienten durch schlechte Ausbildung S. 4

Hessen: Innenminister Zimmermann und der Mut der Union zum Wahlkampf in Groß-Gerau S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

U-Boote vor Schweden: Stockholm meidet den diplomatischen Protest gegen Moskau S. 7

Jubiläum: 10 Jahre UNO-Mitgliedschaft – um Berlin wird still und zäh gerungen S. 7

Pankraz: Hans Magnus Enzensbergers höchst unfreiwilliges Lob der „Bild"-Zeitung S. 15

Fernsehen: Der Aufstand der Matrosen von Kronstadt – Vorbericht zu Schübels TV-Spiel S. 18

Akropolis: Melina Mercouris neuer Anlauf um die alten Friese des Parthenon S. 16

Nachrüstung: Im Westen statt 572 nur 300 neue Systeme?

Reagan-Brief an Kanzler und weitere Regierungschefs von NATO-Ländern

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die USA sind offenbar bereit, europäischem Drängen nach mehr „Flexibilität" bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen nachzugeben. Präsident Reagan hat dies in einem Brief an Bundeskanzler Kohl und weitere Regierungschefs verbündeter NATO-Länder angedeutet. Danach schlössen die Reduzierungsbemühungen des Westens nicht mehr die SS-20-Raketen in Fernost ein. Außerdem sollen sich die USA nach zuverlässigen Informationen darauf eingestellt haben, den westlichen Nachrüstungsbedarf von ursprünglich geplanten 572 auf 300 Sprengköpfe in den INF-Verhandlungen zurückschrauben.

Die entscheidenden Festlegungen für eine neue Verhandlungslinie, die der US-Unterhändler Nitze einnehmen soll, werden von Beratungen der zuständigen Regierungsexperten der NATO erwartet, die heute beginnen.

Wie aus dem Reagan-Brief hervorgeht, erklären sich die USA bereit, ihren ursprünglich auf „globale Reduzierung" von nuklearen Mittelstreckenwaffen zielenden Verhandlungsansatz für Genf faktisch aufzugeben. Nach zuverlässigen Informationen hat dies Reagan in dem Brief – wenn uch nur indirekt – als Kompensa n für die sowjetische Forderung ach Anrechnung der britischer nd französischen Waffen dargeste Konkret würde das bedeuten, die Sowjetunion in Fernost 108 -20-Werfer behalten dürfe, wenn e bereit wäre, den Bestand nicht erhöhen und von ihrer Forderu abließe, die britischen und franz schen Systeme in der „europäisch Rechnung" heranzuziehen.

We che Sicherheitsexperten haben eits darauf hingewiesen, daß diese uf europäisches, vor allem aber deutsches Drängen zustande geko ene US-Konzept für Genf tiefg nd negative Auswirkungen auf Beziehungen der USA zu den Staa des südostasiatischen Raumes r allem aber Japan, haben müß

F en europäischen Raum richten die Überlegungen innerhalb der TO darauf, auf das sowjetische gebot – Reduzierung der Mittelst ensysteme auf 300 in Ost und t – einzugehen. Der Westen will ei auf dem Zählen von Spre pfen bestehen. Beharrte die Sowj ion nicht mehr auf der Anrechn der britischen und französisch affen, ergäbe sich für die NATO ein „Nachrüstungs-Bedarf" von 300 Sprengköpfen.

Wie der „Waffenmix" für diese beiden Systeme am Ende aussehen würde, ist nach den zugänglichen Informationen bislang in der NATO völlig offen. Es scheint aber, daß vor allem die verantwortlichen deutschen Politiker die sicherheitspolitische Bedeutung der ballistischen Rakete Pershing 2 als Gegengewicht zur sowjetischen SS 20 hintanstellen wollen.

Dem Vernehmen nach planen dje NATO-Experten, den „Waffenmix" der „Nachrüstung" auch nach Sprengköpfen zu zählen. Da beim ursprünglich geplanten Nachrüstungsbedarf von 572 Sprengköpfen 108 auf Pershing-2-Raketen vorgesehen waren – das sind rund 20 Prozent –, soll auch in der reduzierten Rechnung der Pershing-2-Bestand bei diesem Anteil bleiben, also rund 60 von den 300 Köpfen. Würde die Sowjetunion auf das Konzept – über das jetzt in der NATO Konsultationen geführt werden – eingehen, könnte sie im europäischen Raum 100 SS-20-Werfer stehenlassen. Die 108 Werfer in Fernost mitgerechnet, würde sie über mehr als das Dreifache an ballistischen Werfern im Vergleich zu den USA verfügen.

DER KOMMENTAR

Potsdam

BERNT CONRAD

Monatelang hatte sich die SED mit klingenden Phrasen als Verbündeter und Vorkämpfer der Friedensbewegung im Westen aufgespielt. Jetzt ist ihrer Propaganda von kompetenter Seite, dem Evangelischen Kirchenbund in der „DDR", der Boden entzogen worden. Die „DDR" steht – für jedermann sichtbar – als das da, was sie wirklich ist: ein militärisch hochgerüstetes, kommunistisches Machtgebilde, das denen, die es beherrscht, jene Aktivität für den Frieden verbietet, die es im Westen bejaht und fördert.

Erstaunlich sind nicht die auf der Kirchenbund-Synode in Potsdam getroffenen Feststellungen, sondern der Mut und die Offenheit, die dabei zutage traten. Ohne Umschweife erklärte die Kirchenleitung, das staatliche Vorgehen gegen das eigenständige Friedensengagement vor allem junger Leute in der „DDR" mache die von der Ostberliner Führung propagierte „Friedenspolitik" unglaubwürdig. Eigenständiges kirchliches Eintreten für den Frieden werde häufig nur außerhalb der „DDR"-Grenzen akzeptiert oder gar gefordert, wenn es der eigenen Außenpolitik zugute komme, während in der „DDR" selbst oft „Mißtraven, Verdächtigung und strikte Abgrenzung" vorherrschten.

Bischof Johannes Hempel hat das noch konkretisiert. Er nannte die zurückliegende Aktion der SED gegen die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" einen „schweren Symbolfehler". Der Regierung warf er vor, christlichen Eltern die Mitarbeit in den sozialistischen Schulen zu verwehren, die Bevölkerung durch unhöfliche Umgangsformen zu verbittern und der Jugend „das Recht auf Zorn" zu verweigern.

Wenn die Kirche, die sich nach Kräften um ein erträgliches Miteinander in der „DDR" bemüht, so harte Kritik übt, dann muß es schlimm stehen.

Wie schlimm, das unterstrich die gleichzeitige Verurteilung von zwei der Kirche nahestehenden jungen Männern zu hohen Gefängnisstrafen in einem Geheimprozeß. Wer die „DDR" nach alldem immer noch als glaubwürdigen „Friedensfreund" betrachtet, der ist entweder politisch nicht ernstzunehmen, oder aber er dient der Diktatur in Ost-Berlin.

Bischof klagt „DDR"-Führung an

Synode in Potsdam / „Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger"

H.-R. KARUTZ, Potsdam

Die evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland haben – in einer pessimistischen Gesamtdarstellung der Lage – den Willen bekundet, ungeachtet des Drucks von staatlicher Seite an einer unabhängigen Friedensarbeit festzuhalten. Der Vorsitzende des Kirchenbundes, Bischof Johannes Hempel (Dresden), sprach auf der Bundessynode in Potsdam auf repressive Praktiken Ost-Berlins eingehend, von der „Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger unseres Landes". Ein Pfarrer aus Ost-Berlin beklagte eine „zunehmende innere und leider auch äußere Auswanderung vieler Menschen".

In einer grundsätzlichen Betrachtung zeichnete Bischof Hempel in einem Wort an die Synodalen ein Panorama der Stimmungslage in der „DDR". Hempel: „Ich habe keine einfachen Antworten, aber ich möchte versuchen deutlich zu sein. Ich glaube, daß Bruder Semper (ein Synodaler, d. Red.) mit einem Stichwort von der Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger unseres Landes als einer Verbitterung von und mit Freunden et Richtiges beschreibt." Als Gründ rte Hempel beispielhaft auf: I r Wirtschaft und in der Wissen t entstünde „durch den Zentra s unserer Gesellschaft, verm nd vergrößert durch die welt ftlichen Probleme", eine neu der Enttäuschung. „Wir erf h, daß in Wirtschaft und W sens … Christen stärker zu-

SEITE 8: …ode bestürzt

rückgeste rden, und daß sie es nach Kon schwer haben, wieder in ein es Ansehen zurückzugelangen istliche Eltern würden zuneh „höflich, aber bestimmt" aus lternaktivs in den Schulen verd

Die wachs nttäuschung und Verbitterung auch an den „Formen des Umg nit den Menschen unserer Gesel ". Besonders bei „politisch ant Themen" würden Bürger rt oder formal" behandelt. Di che „von nicht vorhandener hkeit bis zum nicht erschei Lächeln des Vertreters des Staates bis hin zum Nein ohne Begründung für dieses Nein."

Hempel forderte die Staatsführung auf, für eine „Neuentwicklung der Kultur des Umgangs miteinander auch bei heiklen und kontroversen Themen" zu sorgen. Dies sei „fällig und nötig". Über die „eigene Schwachheit oder die gemeinsame Schwachheit" im Lande zu reden, werde mit „klassenfeindlicher Agitation verwechselt". Hempel nannte die Aktion der Staatsorgane gegen die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" einen „schweren Symbolfehler".

Im Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung an die Synodalen wurde bei unveränderter Bereitschaft, als Kirche in der „DDR" an den Problemen des Landes mitzuarbeiten und sich zu engagieren, ein Verlust an Vertrauen in vielen Bereichen beklagt. Die staatliche Seite solle beispielsweise eine „offenere Informationspolitik" betreiben. Es sei außerdem nicht einzusehen, daß der Staat das Friedenszeugnis der evangeli-

■ Fortsetzung Seite 8

Neue Kredite an die „DDR" nur bei klaren Konzessionen

WELT-Gespräch mit Bundesminister Windelen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung steht neuen Kreditwünschen der „DDR" nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, wenn sich die „DDR" im Gegenzug zu deutlichen menschlichen Erleichterungen bereit findet. Diese Auffassung hat der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), gestern in einem WELT-Gespräch zum Ausdruck gebracht.

Windelen antwortete auf die Frage, ob es hinsichtlich weiterer Kredite in Bonn noch Spielraum gebe: „Hier gäbe es selbstverständlich rein finanztechnisch gesehen noch Spielraum. Das heißt, die Bundesrepublik Deutschland wäre durchaus in der Lage, im Zusammenhang mit den vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der DDR weitere Garantieleistungen zu übernehmen, ohne daß dies ein Risiko bedeutet. Aber das hängt natürlich davon ab, ob man sich über ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis verständigen kann", sagte Minister Windelen.

Zu Spekulationen, wonach die „DDR" zwischen vier und sechs Milliarden Mark von Bonn haben möchte, sagte Windelen: „Diese Summen bewegen sich nicht in einem realistischen Rahmen, mindestens nicht, was kurz- oder mittelfristige Perspektiven anbelangt". Die Finanzlage der „DDR" sei prekär. Windelen: „Wir sind darüber informiert, daß die DDR in diesem und im kommenden Jahr sehr hohe Tilgungsverpflichtungen hat. Das heißt, daß sie ihre Schulden konsolidieren muß. Wir gehen davon aus, daß die DDR fast 90 Prozent ihrer Valuta-Erlöse aus Ausfuhrleistungen für den Kapitaldienst braucht. Sie kann ihre augenblicklichen Verpflichtungen nicht aus dem laufenden Aufkommen bestreiten."

Zu den „Signalen" aus Ost-Berlin, wonach im Oktober beim Mindestumtausch Zugeständnisse für Rentner und Jugendliche gemacht werden sollen, sagte Windelen, ohne inhaltlich dazu Stellung zu nehmen, „wir haben darauf gewartet". Der „DDR" sei bei der Gewährung des Milliardenkredits bekannt gewesen, „daß wir damit gewisse Erwartungen verbinden". Diese Signale deuteten darauf hin, „daß uns die DDR hier richtig verstanden hat". Zugeständnisse für Rentner und Jugendliche würden den Besucherstrom in den anderen Teil Deutschlands intensivieren.

Angesichts der Erfahrungen mit der öffentlichen Diskussion über den Milliardenkredit werde es – wenn es zu neuen Krediten kommen sollte – „notwendig sein, deutlicher zu machen, daß sich Leistung und Gegenleistung entsprechen müssen". Hierzu gebe es aus Bonner Sicht einen „sehr weiten Katalog", betonte Windelen. Die Senkung des Reisealters, die Beseitigung von Schwierigkeiten bei Tagesreisen, der Jugendaustausch und eine großzügigere Erteilung von Reiseerlaubnissen in dringenden Familienangelegenheiten gehörten dazu. Die Beseitigung von Tötungsmaschinen an der Zonengrenze sei ebenfalls Bestandteil dieses Katalogs.

USA: Gromyko lagenig an UNO-Reise

Nach Abschuß des Jumbo ist Moskau in de ensive / Reagan: Noch nicht abgeschlossen

KIELINGER/DW. Washington/Moskau

Als Vorwand wird in Washington die demonstrative Weigerung des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko gewertet, wegen des Landeverbotes seiner Aeroflot-Maschine in New York und New Jersey zur UNO-Vollversammlung zu fliegen. Gromyko, so hieß es, habe eine Reise abgesagt, an der ihm ohnehin nicht viel gelegen sein konnte. Diese Interpretation wird auch durch eine entsprechende Propagandakampagne Moskaus gestützt. So hieß es beispielsweise in der Regierungszeitung „Iswestija", Washington versuche, die Aufmerksamkeit der UNO von den wirklich brennend aktuellen Fragen wie etwa der Abrüstung abzulenken.

Das Angebot des US-Außenministeriums, auf einem Luftwaffenstützpunkt zu landen, war von der Sowjetunion wegen angeblich unzureichender Sicherheitsvorkehrungen abgelehnt worden.

Die nahezu einhellige internationale Verdammun Abschusses einer koreanisch ehrsmaschine durch sowjetis fangjäger hat eine Atmosphä affen, die alle diplomatischen genoffensiven Moskaus fruch heinen lassen muß.

Beobachter als jüngstes Beispiel der dschen Isolierung Moskaus lution der Internationalen rtorganisation (ICAO) in Mont mit 26 zu zwei

Gromyago

der Abschuß anischen Maschine bedauene internationale Untersuc Vorfalls gefordert wurde. ißt es in dem Beschluß, daß vendung von Militärgewalt ivilflugzeuge unvereinbar m internationalen Verhalt elementarer „Regungen de ichkeit" sei.

Gromyko, s man in Washington, wird besonderes Interesse bekundet haben, ausgerechnet dann in der UNO-Vollversammlung zu sitzen, wenn Präsident Reagan am 26. September seine Rede halten wird.

Die Affäre der abgeschossenen südkoreanischen Maschine ist nach Ansicht des amerikanischen Präsidenten „noch lange nicht abgeschlossen". Die wirksamste amerikanische Reaktion sei eine Politik der Stärke, sagte Reagan am Samstag in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache. Die Sowjetunion täusche sich, wenn sie glaube, daß „ihr Verbrechen bald vergessen" sei.

„Die Sowjetunion steht praktisch allein gegen die Welt", sagte Reagan in einem deutlichen Versuch, Moskau zu isolieren, in seiner Radioansprache. „Blockfreie Nationen suchen heute bei den Vereinigten Staaten nach Führung." Er habe daher UNO-Botschafterin Kirkpatrick angewiesen, diesem Begehren nachzukommen und „mit den interessierten

● Fortsetzung Seite 8

Verzicht auf „Solidarnosc"? Walesa: Diskussionsbeitrag

Verwirrung um Äußerungen des Arbeiterführers

AP/dpa, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat den Mitgliedern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" eine neue Strategie empfohlen. Er schlägt die Bildung regionaler Organisationen vor, die den Kampf für die Bildung freier Gewerkschaften wiederaufnehmen sollen, rät aber zugleich, auf den Namen „Solidarnosc" zu verzichten.

Die Empfehlung wurde von der Warschauer Untergrundpublikation „CDN" veröffentlicht. Die neue Strategie spiegelt nach Meinung von Beobachtern die Erkenntnis wider, daß es der Regierung gelungen ist, den Untergrund der „Solidarität" durch Verhaftung führender Mitglieder und Beschlagnahme illegaler Druckereien als nationale Organisation aufzureiben.

„Es gilt zu erkennen", meinte Walesa, „daß wir gegenwärtig unter dem Namen Solidarnosc in unserem Kampf gegen die Regierung nichts gewinnen werden. Wir müssen deshalb Solidarnosc vorerst suspendieren, ohne ihre Ideale zu vergessen, und neue oppositionelle Verbände auf regionaler und kommunaler Ebene schaffen, die ihre eigenen Namen haben." Diese neuen Organisationen sollten „konstruktive Kritik an der Regierung üben", „bei öffentlichen Veranstaltungen kritische Positionen beziehen" und damit eine Lage schaffen, in der die Regierung die Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft nicht einfach beherrschen könne. Diese Organisationen sollten aber immer bereit sein, sich „sofort unter dem Banner der Solidarnosc zu vereinigen", wenn die Zeit gekommen sei.

Wie „CDN" meldet, soll Walesa auch befürwortet haben, daß alle im Untergrund lebenden Aktivisten der „Solidarität" die bis 31. Oktober geltende Amnestie nutzen und sich den Behörden stellen, um straffrei zu bleiben. Die Authentizität dieser angeblichen Walesa-Zitate schien jedoch zweifelhaft. In Telefongesprächen relativierte Walesa die Zitate als „Diskussionsbeitrag". Als Nahziel bezeichnete Walesa eine „scharfe Kampagne" für die Freilassung von fünf Solidarnosc-Führern und sieben intellektuellen Beratern der Gewerkschaft, die vor Gericht gestellt werden sollen.

Libanon: Syrien ɑt den USA

Amerikanische Kriegsschiffe beschießen ;en der drusischen Milizen

DW. Beirut

Die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen Syrien und den Vereinigten Staaten in Libanon hat zugenommen. Nachdem die amerikanischen Kriegsschiffe „John Rodgers" und „Bowen" mit ihrer Schiffsartillerie drusische Stellungen in den Schuf-Bergen beschossen hatten, drohte Damaskus mit einem Gegenschlag. Der syrische Rundfunk zitierte einen Militärsprecher in Damaskus: „Wir betonen, daß jeder Beschuß, von Land, aus der Luft oder von See aus, der Gebiete trifft, in denen unsere Truppen stehen, erwidert werden wird."

Die amerikanischen Kriegsschiffe hatten drusische Stellungen beschossen, nachdem von diesen Positionen aus die amerikanische Botschaft in Beirut, die Residenz von US-Botschafter Robe nd das libanesische Vert ministerium, in dem auch che Militärberater tätig griffen worden wären. Dae biet lag am Samstagabend chuß, doch wurde das F amerikanischen Angabe idert.

Offenbar un ation in Syrien zu vermei amerikanische Verteidi ter Caspar Weinberger a n, daß das in Libanon : amerikanische Konting nationalen Friedensstreit Streitkräfte Libanons bei p faktionen unterstützen w von dem Nachrichten n. S. News and World R fentlichten Interview n erger die Entscheidung Reagans, den vor Beir amerikanischen Kriegsschiffen und Flugzeugen die Erlaubnis zu einer Intervention zu geben, um die amerikanischen Soldaten zu verteidigen, nur eine „geringfügige Änderung des bisherigen Engagements" in Libanon.

Einer Elite-Einheit der regulären libanesischen Armee ist es am Wochenende offenbar gelungen, ihre Positionen in der Stadt Suk el Garb auszubauen und auch die Nachbardörfer unter Kontrolle zu bringen. Diese Orte bilden eine Schlüsselstellung bei der Verteidigung von Beirut.

Nach Angaben von Radio Beirut hat die libanesische Regierung in einer dringenden Bitte Waffen und militärische Ausrüstung im Wert von über 100 Millionen Dollar von den USA gefordert.

Seite 2: Wendepunkt

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gromykos Absage

Von Herbert Kremp

Die Absage der Gromyko-Reise zu den Vereinten Nationen nach New York soll aller Welt dartun, in welchem Maße sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zugespitzt haben. Moskau sucht den Eindruck zu vermitteln, wichtige internationale Kontakte rissen ab, der Weltfrieden sei in Gefahr. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese gezielte Interpretation in der westlichen Öffentlichkeit Anklang findet.

Ähnlich wie in Madrid und beim Besuch in Paris wäre der sowjetische Außenminister vor der UNO in Bedrängnis geraten. Denn trotz aller Informationen und Desinformationen über die Umstände der Flugzeugkatastrophe in Ostasien besteht über die einzige entscheidende Tatsache unanzweifelbare Klarheit: Es waren sowjetische Raketen, die das koreanische Flugzeug mit seiner Menschenfracht zum Absturz brachten. Die kalte Exekution und das lange hartnäckige Leugnen danach fügten der Sowjetunion schweren Schaden zu. Man zweifelt an ihrem zivilisierten Verhalten auch dort, wo sie gemeinhin den Kredit des Mächtigen besitzt: In der Dritten Welt, die in den Vereinten Nationen heute über die Mehrheit verfügt.

Dennoch – es ist nicht die Scheu vor einer überaus peinlichen Situation, die Moskau zur Gromyko-Absage veranlaßte. Von Schamgefühlen wird eine kommunistische Weltmacht nicht geplagt. Sie spekuliert vielmehr darauf, daß schon die Vorspiegelung einer harten und „unbezwingbaren" Haltung genügen könnte, das mit dem Abschuß bestätigte Urteil über die barbarische Natur des sowjetischen Systems von einer Woge der Angst „um den Frieden" überfluten zu lassen. Wird diese Rechnung der reinen Gewalt aufgehen?

In der Tat hat der Westen auf den Luftmord sehr maßvoll reagiert. Es fehlte nicht an Äußerungen der Empörung. Empörung aber ist, wie schon Otto v. Bismarck feststellte, keine Kategorie der Politik. Sie ist eher ein Ausdruck dafür, daß man so schnell wie möglich vergessen will. Die Sowjets deuten dies als eine Schwäche, die es auszunutzen gilt.

Wendepunkt

Von Jürgen Liminski

Mit einem eindringlichen Appell an die freie Welt hat der libanesische Präsident Amin Gemayel auf die explosive Lage in seinem Land aufmerksam gemacht. Noch ist offen, wie die Kämpfe im Schuf zwischen regierungstreuen Truppen und loyalen Milizen einerseits und den von Syrern, Palästinensern, Libyern und Iranern unterstützten aufständischen Drusen andererseits enden.

Sicher ist seit dem Wochenende indes: Mit den amerikanischen Schüssen in die von Syrien besetzte Zone Libanons und mit dem Vordringen der libanesischen Armee, ist der Kampf in und um den Levante-Staat an einem neuen Wendepunkt angelangt und der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjets erst mal Einhalt geboten worden.

Dem syrisch-amerikanischen Klingenkreuzen kommt dabei die größere Bedeutung zu. Denn für Washington ist die libanesische Krise auch ein Test der globalen Entschlossenheit. Die Granaten der Schiffsgeschütze signalisieren nicht nur den Libanesen und einigen arabischen Staaten, daß die Schutzmacht Amerika kein Papiertiger ist. Ihre Wehrhaftigkeit demonstriert sich in der Entschlossenheit, den ausufernden sowjetischen Einfluß auch auf anderen potentiellen Gefechtsfeldern einzugrenzen. Jetzt kann Amerika nur noch unter Gesichtsverlust zurückweichen.

Die Herkunft der Solidaritätsadressen und Söldner für Syrer und Drusen zeigt andererseits, mikrokosmisch, den regionalen Aspekt des Konflikts: Libyen, Iran, Syrien und PLO sind der harte Kern der Friedensgegner in Nahost. Zwar braucht man die wadenbeißerischen Äußerungen des Revolutionärs Khadhafi nicht so ernst zu nehmen wie die Winkelzüge des intelligenten Syrers Assad. Seine Mittel und Söldner aber könnten gemeinsam mit den rund 6000 PLO-Kämpfern, die jetzt in Richtung Schuf marschieren, Israel endgültig zum Eingreifen zwingen.

Es ist eigentlich wie gehabt: Arafat, Khadhafi und Assad kochen ihr Süppchen im libanesischen Feuer. Hätte Amin Gemayel nicht so lange gezögert, wäre der Brand leicht lokalisierbar geblieben. Immerhin, jetzt hat er seiner Feuerwehr, der Armee, wenn auch unter Druck, den Befehl zum Ausfahren gegeben. Er wird aber das Feuer ohne Hilfe der USA oder Israels schwerlich löschen können.

Die U-Boot-Lüge

Von Reiner Gatermann

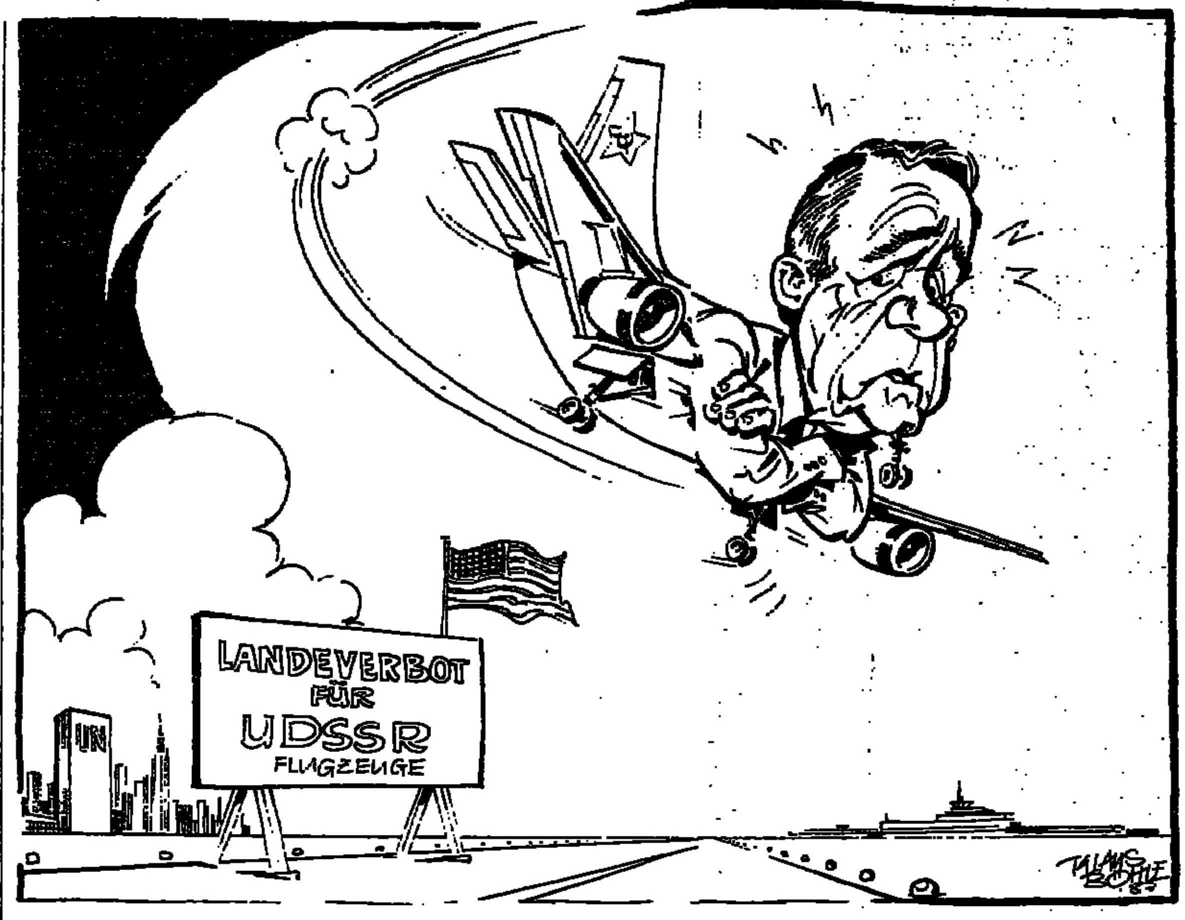
Die Angelegenheit wird für Schweden nun peinlich. Oberbefehlshaber Lennart Ljung teilt mit, daß alleine in diesem Sommer die Hoheitsgrenzen auf See ziemlich sicher 20- bis 40mal von fremden U-Booten verletzt worden sind. Seit dem 1. Juli hat die schwedische Marine das Recht, ohne Vorwarnung die Waffen einzusetzen, die den Eindringling zum Auftauchen zwingen können. Erst kürzlich wurde auch bei Karlskrona ein Wasserbombenteppich „genau über dem Ziel" gelegt.

Aber nichts geschah. Jetzt heißt es in einer Erklärung der Stockholmer Regierung, das vom Oberbefehlshaber vorgelegte Material reiche nicht aus, um die Nationalität der unerwünschten Besucher eindeutig festzustellen; ein neuerlicher diplomatischer Protest sei also nicht fällig. Bei wem denn auch, wenn die Prämisse stimmt?

Aus diesem Geschehen ergeben sich zwei Fragen: Ist die schwedische Marine so miserabel ausgerüset, daß sie unmöglich ein fremdes U-Boot treffen kann? Und was kann die Regierung für Gründe haben, das Herkunftsland nicht zu nennen?

Die Marine stellte vor ein paar Wochen neue „effektive" Waffen vor und behauptete, damit sei die Schlagkraft der schwedischen U-Boot-Bekämpfung „auf der Grenze zur Oberstufe". Hoffentlich kann sie bald auch das Abitur machen. Rücksichtnahmen wären nunmehr fehl am Platz, nachdem alle Länder, die für derartige unerwünschte Besuche in Frage kommen, mehrfach versicherten, keine U-Boote zur schwedischen Küste geschickt zu haben. Das sowjetische ZK-Mitglied Vadim Slagadin hat in Stockholm sogar erklärt, natürlich hätten die Schweden das Recht, alle Mittel gegen Grenzverletzer einzusetzen.

Nun liegt auch diesmal wieder der Verdacht sehr nahe, daß die Eindringlinge aus der Sowjetunion kommen. Jedenfalls hält nicht nur der konservative Abgeordnete Carl Bildt die Beobachtungen dieses Sommers für ebenso beweiskräftig, wie jenes Material, das im April zu dem scharfen Protest geführt hat. Auch Militärs sind dieser Auffassung. Doch Ministerpräsident Olof Palme will sich wohl um die Erkenntnis drücken, daß die Supermacht im Osten auf die Integrität des kleinen neutralen Schweden pfeift. Denn dies müßte eine Korrektur seiner Politik zur Folge haben.



„Verdammter UN-Flug – abdrehen oder beidrehen?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mit und ohne Pferdefuß

Von Bernt Conrad

Am 25. Oktober, nur sechs Wochen nach dem mühevoll erreichten Abschluß der Madrider KSZE-Folgekonferenz, wird in Helsinki die nächste Phase des KSZE-Prozesses eingeleitet werden. Ein Vorbereitungstreffen soll Tagesordnung, Zeitplan und organisatorische Modalitäten der „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" (kurz KAE genannt) festlegen, die ihrerseits am 17. Januar 1984 in Stockholm ihre Arbeit aufnehmen wird.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Einberufung der KAE im Bundestag als „eins der wichtigsten Ergebnisse von Madrid" gerühmt. Aber liegt es angesichts der Intensität, mit der Moskau einen Beginn der KAE noch in diesem Jahr angestrebt hatte, nicht nahe, an einen sowjetischen Trick zu glauben – etwa mit der Absicht, in der westlichen Öffentlichkeit durch ein weiteres Abrüstungsforum Sicherheitsillusionen zu fördern und Besorgnisse über die sowjetische Überrüstung einzuschläfern?

Tatsächlich hatten solche Gedanken Pate gestanden, als Moskau und seine osteuropäischen Verbündeten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre den Plan einer „Gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung auf politischer Ebene" initiierten, den die Warschauer-Pakt-Staaten im Mai 1980 noch einmal bekräftigten.

Doch dem damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing gebührt das Verdienst, dieser Idee durch einen geschickten Schachzug die Spitze genommen und sie in ein Instrument westlicher Strategie umgewandelt zu haben.

Das geschah durch den im Mai 1978 an alle 35 KSZE-Unterzeichnerstaaten übersandten französischen Vorschlag, auf einer Abrüstungskonferenz im Rahmen der KSZE militärisch bedeutsame und verifizierbare vertrauensbildende Maßnahmen zu verabschieden, die auf dem ganzen europäischen Kontinent, einschließlich des gesamten europäischen Teils der Sowjetunion, anwendbar sein sollten.

Bonn, die EG-Partner und die NATO-Verbündeten erkannten schnell, daß dieser Plan die Chance bot, einen schwerwiegenden Mangel der KSZE-Schlußakte von Helsinki aus dem Jahre 1975 zu korrigieren. Damals nämlich war vereinbart worden, vertrauensbildende Maßnahmen wie die Ankündigung von Manövern im Fall der Sowjetunion nur auf einen 250 Kilometer breiten Streifen jenseits der sowjetischen Westgrenze zu erstrecken. Eine ähnliche Begrenzung gilt bei den Wiener Verhandlungen über eine ausgewogene Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR). Es liegt auf der Hand, daß eine solche Regelung die Moskau weitgehende Ausweichmöglichkeiten eröffnet, die Bedeutung von Abrüstungsmaßnahmen erheblich relativiert.

Gerade deshalb reagerte Moskau auf den Gedanken einer Ausdehnung des europäischen Rüstungskontroll-Dialogs bis zum Ural zunächst sehr widerborstig. Schließlich sahen die Sowjets aber mit Rücksicht auf die internationale öffentliche Meinung keinen anderen Ausweg, als im Februar 1981 durch den damaligen Parteichef Leonid Breschnew grundsätzliche Zustimmung zu signalisieren – „vorausgesetzt, daß auch die westlichen Staaten die Zone der vertrauensbildenden Maßnahmen entsprechend erweitern".

Das war der Pferdefuß. Wie exzessiv die Sowjets ihn zu nutzen trachteten, ging daraus hervor, daß sie anfangs den Wunsch erkennen ließen, den gesamten Atlantischen Ozean und möglichst auch noch Teile Kanadas und der USA einzubeziehen. Später sollte „nur" noch der halbe Atlantik berücksichtigt werden.

Für den Westen war das alles indiskutabel. Auch eine Offenhaltung des Problems bis zur KAE selbst, die den Russen neue endlose Diskussionen in Stockholm erlaubt hätten, konnte nicht hingenommen werden. So einigte man sich schließlich auf die Formel „ganz Europa und das angrenzende Seegebiet" (in einer Fußnote präzisiert: „An Europa angrenzende ozeanische Gebiete"). Dort sollen militärische Tätigkeiten berücksichtigt werden, „soweit diese Tätigkeiten sowohl die Sicherheit in Europa berühren" als auch ein Teil von anmeldepflichtigen Tätigkeiten in Europa sind.

Mit dieser Formel kann der Westen leben. Er tauscht dafür den Vorteil ein, daß zum erstenmal im gesamten europäischen Teil der Sowjetunion größere militärische Transparenz durch verifizierbare „vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen" hergestellt werden soll. Natürlich sind Zweifel angebracht, ob es dazu aufgrund der soeben erst beim Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine über Sachalin wieder auf brutale Weise deutlich gewordenen sowjetischen Spionagefurcht wirklich kommen wird.

Immerhin sind die Weichen gestellt, und zwar gerade in jenem Bereich, den die „Friedensbewegung" permanent unterschätzt und in dem Moskau ein besonderes Übergewicht besitzt: dem der konventionellen Rüstung. Genscher hatte Anfang dieses Jahres sogar den Gedanken ventiliert, besondere Verhandlungen zum Abbau der konventionellen Rüstung in ganz Europa – in Ergänzung der regional begrenzten und bisher ergebnislosen MBFR-Dauerverhandlungen – ins Leben zu rufen. Doch das erwies sich als derzeit zu kompliziert. Nun wird man wenigstens versuchen, die Gefahren eines konventionellen Überraschungsangriffs zu verringern.

Dabei besteht für die Bundesregierung ein durchaus erwünschter Nebeneffekt darin, daß sie die sich im Herbst erhitzenden Friedenskämpfer auf den im Oktober anlaufenden neuen Abrüstungsdialog mit Moskau verweisen kann. Dieser Dialog wird auch dann weitergehen, wenn im Fall der Nichteinigung in Genf die westliche Nachrüstung unausweichlich werden sollte.



Befürworter der KAE: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher FOTO: JUPP DARCHINGER

IM GESPRÄCH Jörg Dieter Haas

Mannsbild fürs Volkstheater

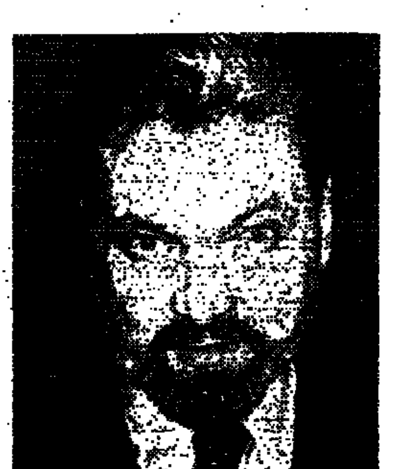
Von Rose-Marie Borngässer

In einer Zeit, da andere Kommunen ihre Theater kürzen und schließen, wird in München das neue Volkstheater wieder eröffnet. Am 22. September findet die Premiere von Peter Turrinis „Josef und Maria" statt. Zwar noch nicht in den eigenen Räumlichkeiten, denn die werden derzeit noch für Millionen umgebaut und erst im Oktober endgültig fertiggestellt. Doch der Anfang ist gesetzt, an eine 150 Jahre alte Tradition wird wieder angeknüpft.

Der Intendant dieser in München so geliebten und heiß umkämpften Institution heißt Jörg Dieter Haas (45). Die CSU war bei diesem Projekt im Wort: Das in (finanziell) besseren Zeiten gegebene Wahlkampfversprechen, den Münchnern wieder ein veritables Volkstheater zu bescheren, mußte eingehalten werden. Jahrelang wurde diese bayerische Lustbarkeit wie ein Stiefkind der Münchner Kulturpolitik hin- und hergeschoben. Als das Projekt dann endgültig feststand, ging das Gerangel um den Posten los. Maximilian Schell war im Rennen, ebenso Kurt Wilhelm und Gerhard Lippert. Doch der Münchner Stadtrat entschied sich wohlüberlegt für Jörg Dieter Haas. Er galt nicht nur als Kandidat des Kulturreferenten, hinter ihm stand auch die Mehrheitspartei der CSU und ebenso gab die SPD – wohl aus Angst vor Popularitätsverlust – ihren Segen. Der Heimvorteil des geborenen Rosenheimers zeichnete ihn von Anfang an aus gegenüber so internationalen Künstlern wie Schell.

Aber nicht nur seine bayerische Herkunft, sondern vor allem seine künstlerische Erfahrung qualifizieren den neuen Intendanten. Haas studierte Theaterwissenschaft in Erlangen und Berlin. Aus dem Berliner Studententheater seiner Studienzeit ging später die „Schaubühne am Halleschen Ufer" hervor (bevor Peter Stein dort war), der Haas dann als Gründungsmitglied und Dramaturg bis 1971 angehörte, mit zwei Inszenierungen auch als Regisseur.

1972 wurde er von Kurt Meisel nach München geholt, zunächst als zweiter, von 1974 an als erster Dramaturg am Residenztheater. Er ist längst ein alter Theaterhase, mit allen Wassern gewaschen – von radikal bis gemäßigt. Er selber formuliert es so: „Berlin fordert extremere Formulierungen heraus. München legt einem ein durchaus auch provinzielles Weltbürgertum nahe." Haas vertrat immer ein „pluralistisches Theater" von Schiller bis Bond. Daß er besonders für die Volkstheater prädestiniert ist, daran erinnern seine Thoma-Inszenierungen, die er den Münchnern bot. Diesem kernigen Mannsbild traut man durchaus zu, daß er sein Volkstheaterprogramm realisieren wird – ohne Provinzialität. Ein Programm, das vom süddeutsch-bayerischen Repertoire bis zu adaptierten Klassikern reichen soll.



Drei Millionen Zuschuß im Jahr: Intendant Haas FOTO: DPA

Haas sieht das neue Haus als Volkstheater in München für Bayern. Das bedeutet, daß man sich auch auf dem Lande zeigen wird. Drei Millionen Zuschuß pro Jahr sind vorgesehen. Mit fünf Premieren im Jahr (mit Sommerproduktion) und einer Besucher-Frequenz von geschätzten 64 Prozent glaubt der neue Intendant auch die finanziellen Klippen sicher umschiffen zu können. Er kennt die Publikumserwartungen. Haas: „Theater entsteht ja nicht im luftleeren Raum, sondern muß sich in einer Stadt und für eine Stadt definieren. Das gilt erst recht für das Volkstheater."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Die Reise des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker nach Ost-Berlin hat ein starkes Echo ausgelöst:

Daß seine Fahrt nach Ost-Berlin nicht nur eitel Wohlgefallen beim rechten Flügel der CDU und seinen publizistischen Freunden auslösen würde, hat West-Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäker sicher schon vorher gewußt. Wenn er nun kaum verhüllte Vorwürfe einstecken muß, er habe für sein Gespräch „einen hohen Preis bezahlt", so wird das hoffentlich seine Nachtruhe nicht stören. Schließlich war er schon immer ein Politiker, der sich das Recht vorbehielt, einen eigenen Kopf zu haben. Wenn der Kommentator einer großen deutschen Zeitung ihn allerdings zu den „Pilgern ohne Not und Auftrag" zählt, die in Ost-Berlin um Termine bitten, so offenbart dies nicht mangelndes Fingerspitzengefühl des Politikers, sondern vielmehr ein verqueres Politikverständnis des Journalisten. Am schwierigen Status West-Berlins hat der Besuch Richard von Weizsäckers beim DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker rechtlich nicht das geringste zum Schlechteren verändert.

BERLINER MORGENPOST

Berliner wissen aus langer Erfahrung, wie wichtig die Fragen des Status ihrer Stadt sind, die Willy Brandt einst als „Formelkram" abtat. Daher ist es nur natürlich und durchaus berechtigt, daß beim Treffen eines Regierenden Bürgermeisters mit dem führenden Mann der „DDR" das protokollarische Drumherum sorgfältig beobachtet wird... Andererseits hat aber auch Honecker über einiges hinwegsehen müssen, was seiner Sicht der Dinge nicht entspricht. So wurde das Treffen unter Einschaltung der Ständigen Vertretung vorbereitet. Dazu ist Weizsäcker als CDU-Präsidiumsmitglied auch Bundespolitiker, und Honecker trug ihm sogar Grüße an den Kanzler auf. Dem Treffen lag die Abrede zugrunde, daß niemand statusrechtliches Kapital daraus schlagen dürfe, und beide Seiten haben darauf öffentlich Bezug genommen. Im übrigen sind die kompetenten Schiedsrichter in Statusfragen die westlichen Schutzmächte Berlins. Und die gaben Weizsäcker ihr Placet.

Basler Zeitung

Finanzielle Konzessionen des Westens müssen gegenwärtig der DDR so dringlich erscheinen, daß sie offenbar zu Zugeständnissen in Bereichen bereit ist, wo sie sich sonst vom Westen nicht dreinreden läßt. Allerdings legt umgekehrt die christlich-liberale Regierung in Bonn so viel Eifer an den Tag, um mit Ost-Berlin ins Geschäft zu kommen und irgendein konkretes Ergebnis in der Deutschlandpolitik der Opposition unter die Nase reiben zu können, daß Ost-Berlin relativ leicht zu seinen Millionen kommt. Ein wichtiges Nebenergebnis hat allerdings Honecker mit dem ersten offiziellen Besuch eines Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West) im Ostteil der Stadt schon erzielt: Ein kleines Stück Anerkennung, daß Ost-Berlin „Hauptstadt der DDR" und Westberlin eine „selbständige politische Einheit" ist.

Auch in Fernost spielt die SS 20 eine Schlüsselrolle

Ohne eine Klärung der Raketenfrage hat Peking mit der Normalisierung keine Eile / Von Johnny Erling

Der Wortlaut war fast der gleiche. Einen Tag nach dem Ende des Besuches des sowjetischen Vizeaußenministers Michail Kapiza haben sowohl die chinesische „Volkszeitung" wie auch Chinas Außenminister Wu Xueqian sich erstmals darüber geäußert, daß eine drastische Verminderung der SS-20-Raketen in Asien für Peking einen Grundbestandteil seiner Gespräche um eine echte Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion darstellt. Ohne diese Voraussetzung gebe es keine Normalisierung, betonte die „Volkszeitung".

Damit hat die Volksrepublik auch nach der Fülle der Meldungen über wiedergeöffnete Grenzübergänge, Studentenaustausch und Wirtschaftsabkommen deutlich gemacht, daß sie ihre bekannten drei Forderungen an die Sowjetunion (Abzug der sowjetischen Truppen in den chinesisch-sowjetischen und chinesisch-mongolischen Grenzgebieten, Aufgabe der Intervention in Afghanistan und der Unterstützung Vietnams in dessen Aggression gegen Kambodscha) nicht nur beibehalten, sondern sogar erweitert hat.

Einen kleinen atmosphärischen Vorgeschmack hatte das durchaus freundschaftliche Geplänkel beim Abschied Kapizas bereits am Freitag in Peking gegeben. „Neue Wege" hätten die vom „Erfolg geprägten" Gespräche eröffnet, die er mit seinem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen führte. Qian unterbrach Kapizas Erfolgsmeldung eher trocken. „Vergessen Sie nicht, daß es zahlreiche Hindernisse zwischen uns gibt."

Dennoch deutet vieles darauf hin, daß Kapiza, der in Moskau als China-Kenner und enger Vertrauter von Andropow gilt, vor allem die jüngsten Vorschläge des sowjetischen Partei- und Staatschefs für eine Normalisierung interpretierte und die Überzeugung gewann, daß Peking sie zumindest als eine Verhandlungsposition für die nächste Konsultationsrunde am 6. Oktober begrüßte.

Peking hatte es dabei Andropow in seiner denkwürdigen Verschrottungsrede Ende August überlassen, den konkreten Gesprächstermin für die dritte Runde öffentlich kundzutun, nachdem China noch kurz zuvor hatte dementieren lassen, daß Zeitpunkt und Tagesordnung überhaupt festgelegt seien. Aber Andropow hatte auch noch mehr zu sagen. In der Diskussion über die Ernsthaftigkeit seiner Raketen-Offerte ist bislang wenig beachtet worden, daß sich der zweite Teil seines Interviews mit der „Prawda" ausgiebig mit dem Thema China beschäftigt.

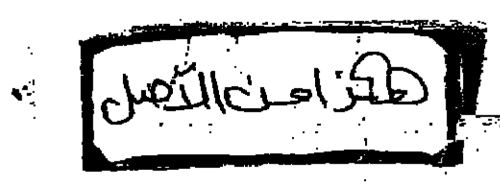
Die Überleitung dazu hatte Andropow geschickt gewählt, als er in Richtung Japan und China betonte, daß eine Liquidierung keinesfalls die Verlagerung von SS 20 in den asiatischen Raum der Sowjetunion bedeute. Noch im April hatte sein Außenminister Andrej Gromyko auf einer Pressekonferenz das Gegenteil gesagt, indem er das „Recht" der Sowjetunion auf eine „Stationierung in Asien" unterstrich. Peking hatte darauf nur indirekt reagiert und auf der „Vernichtung" der sowjetischen Raketen bestanden.

Offenbar war die Pekinger Führung nach der Analyse der Andropow'schen Offerte, dem nun bereits vierten Appell Moskaus an Peking nach Breschnews beiden Reden in Taschkent und Baku 1982 und Andropows erstem Angebot im November 1982, zu dem Schluß gekommen, daß eine freundlichere Haltung angebracht sei.

Denn Andropow hatte „positive Tendenzen" in den Beziehungen der letzten Zeit festgestellt und danach kräftig geworben: „Vieles läßt sich zum weiteren Ausbau des Handels, zur Anbahnung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, auf dem Gebiet der kulturellen, der Sportbeziehungen und anderen Kontakte unternehmen. Die Verbesserung der Atmosphäre in den Beziehungen könnte in erheblichem Maße durch die gemeinsame Ausarbeitung und Verwirklichung von vertrauensbildenden Maßnahmen im Raum der sowjetisch-chinesischen Grenze gefördert werden." Im Klartext: Moskau bietet Peking Verhandlungen über eine Truppenreduzierung an der sowjetisch-chinesischen Grenze an.

Mit seinen abwartenden Freundlichkeiten gegenüber Moskau vergibt sich Peking wenig, zumal sich auch die amerikanisch-chinesischen Beziehungen wieder deutlich erholt haben. Peking, derzeit von beiden Supermächten umworben wie noch nie, kann weitere Zugeständnisse erwarten, ohne von seinen grundsätzlichen Positionen abzurücken.

Mit Verblüffung hat es dabei sicherlich auch zur Kenntnis genommen, daß Andropows Begründung für seine neue Initiative, „unsere beiden Länder haben große langfristige Wirtschaftsaufgaben, für deren erfolgreiche Lösung günstige äußere Bedingungen notwendig sind", aus seiner eigenen Argumentation der letzten Jahre hätte abgeschrieben sein können. Wenn es Andropow damit aber ernst ist, so kontert Peking, muß die Sowjetunion ihre „hegemonistischen Abenteuer" beenden. So schließt sich der Kreis.



„Big Lift" – der große Sprung ins NATO-Manöver

Nach der Überquerung der Maas haben amerikanische Truppen heute morgen über den Rhein gesetzt und das Ostufer erreicht – Auftakt der Herbstmanöver der NATO in der Bundesrepublik. In „Big Lift" sind dazu 17 000 Soldaten aus den USA nach Europa gekommen, unter ihnen die „First Cav" aus Texas.

Von RÜDIGER MONIAC

Im schreienden Kontrast zur Ausdehnung des Robert Gray Airfields und der für größte Militärtransporter geeigneten Startbahn duckt sich mickrig eine Holzbaracke neben der Zufahrt in der gleißenden Sonne von Texas. Abfertigungshalle, Warteraum, Telefonzentrale – sie ist alles in einem. Grüne Klappstühle stehen in Reih' und Glied, ein paar Feldbetten.

Zwei Militärbusse vom nahegelegenen größten Heerescamp der Vereinigten Staaten von Amerika, Fort Hood, unweit von Texas' Hauptstadt Austin, spucken rund hundert Artillerie-Soldaten der berühmten „First Cav", der Ersten Kavallerie-Division, aus. Sie fliegen nach Europa. Ihr Auftrag: die Teilnahme an der NATO-Übung „Atlantic Lion", die diese Woche die niederrheinische Tiefebene und das Münsterland mit Manöverlärm überziehen wird.

Nachdem US-Außenminister Kissinger 1976 in letzter Sekunde in Paris seinem nordvietnamesischen Gegenspieler Le Duc Tho einen für die USA fast schmählichen Waffenstillstand abgerungen hatte, war die „First Cav" der letzte Großverband des amerikanischen Heeres gewesen, der hastig Vietnam, die Stätte der größten Erniedrigung der westlichen Supermacht, verlassen hatte.

Heute gehören für diese Division wie für alle Verbände der US-Streitkräfte die Erinnerungen an Vietnam und die Zweifel am Können und der Bereitschaft der US-Soldaten einer fast schon versunkenen Vergangenheit an, auch wenn seitdem noch nicht einmal ein Jahrzehnt ins Land gegangen ist. Heute führt die „Frirst Cav" einen in den Augen ihrer Männer und Frauen – sie gehören nach Vietnam dazu – einen politisch wie militärisch sehr viel glaubwürdigeren Auftrag durch. Sie sind Teil der Verbände, die in Krisen die NATO-Front in Europa verstärken sollen.

In der heruntergekommenen Flugplatz-Baracke döst die Truppe vor sich hin. Ihr Hauptmann, ein mittelgroßer Mann mit kurzgeschorenem Blondschopf und markanter Nase, gibt letzte Anweisungen. Im Flugzeug soll jeder seinen Rucksack unter dem Segeltuchsitz verstauen, dazu den Helm. Das automatische Gewehr gehört ins Gepäcknetz.

Die Transportmaschine für die Soldaten steht längst draußen auf dem Rollfeld. Die heiße Mittagssonne läßt im Rumpf die Temperatur auf mehr als 50 Grad klettern. Aufbruch. In langer Ein-Mann-Reihe klettern die Soldaten durch die schmale Einstiegluke in den „Starlifter" vom TypC 141. Nach der „Galaxy", die zwei Panzer aufnehmen kann, ist diese Maschine die größte, mit der die US-Luftwaffe den „Big Lift" über den Atlantik nach Euoropa bewältigt. Sie nimmt rund 150 Mann auf, mitsamt ihrer persönlichen Ausrüstung für den Kampfeinsatz. Sechserreihen mit der Rückenlehne aus unbequemem Segeltuch in Flugrichtung.

Die Minuten verrinnen. Die Luft im Rumpf ist so heiß, daß die Schweißperlen wie in der Sauna wuchern. Kein Luftzug. Obwohl das Klima fast unerträglich ist, schwebt über der Truppe stoische Ruhe.

Als nach mehr als einer halben Stunde endlich ein Zittern durch den Rumpf des schweren Flugzeugs geht, die Maschine zum Start zu rollen beginnt und die Luftdüsen für die ersehnte Kühlung sorgen, könnte jeder der Insassen Hemd und Hose auswringen und trockenes Zeug anziehen. Aber keiner ist darauf vorbereitet.

Bis zum Zwischenstopp der Maschine in Goose Bay im kanadischen Labrador liegen viereinhalb Stunden Flugzeit vor uns. Die Truppe tut, was Soldaten überall auf der Welt machen, wenn nichts los ist. Sie schläft.

Ablenkung und Zerstreuung fehlen. Bis auf zwei Bullaugen hinten im Rumpf hat der „Starlifter" für die Passagiere keine Fenster. Neon und Glühbirnen, die zwischen vielen Rohren und Leitungen, den sichtbaren Eingeweiden der Maschine, an der Decke hängen, verbreiten fahles Licht.

Bewegung kommt in dem kaum gegen den Düsenlärm schallgedämpften Rumpf erst wieder auf, als das in der winzigen Bordküche erwärmte Abendessen aufgetragen wird. Dafür bilden Soldaten im Mittelgang eine Reihe und reichen die Tabletts weiter. Das geht sehr diszipliniert und ruhig vonstatten. Im übrigen schubweise, denn die Küche schafft nicht mehr als zwanzig Essen auf einmal. Rindfleisch gibt es, als flöge man mit einem Airliner in der Economy-Klasse, eine Dose namenlose Cola, ein Brötchen mit Butter und einen Happen gefüllte Schokolade. Wer will, läßt sich im Anschluß daran vom Gefreiten Vokane im Gang in der Mitte einen Pappbecher mit Kaffee oder kühlem Wasser reichen.

Dann ist das erste Etappenziel erreicht. Sanft setzt der „Starlifter" auf der Piste in Labrador auf, wo im Sommer auch die deutsche Luftwaffe über menschenleerem Terrain den Tiefflug übt. Es ist Nacht, kühl weht der Wind den Soldaten ins Gesicht, die dem Warteraum in der Nissenhütte zustreben. Sieben Grad Celsius hatte die Bordcrew über den krächzenden Lautsprecher angesagt. Sie muß den großen Vogel jetzt auftanken für den Sprung über den Atlantik nach Düsseldorf, wo er nach einer Flugzeit von weiteren achteinhalb Stunden aufsetzen soll.



Mit dem „Starlifter" über den Atlantik: Bundeswehr-Offizier begrüßt US-Soldaten zum Manöver
FOTOS: RÜDIGER MONIAC

Am Tresen gibt es für einen US-Dollar eine Dose Budweiser-Bier. Auf einem Schild neben dem Ausgang steht zu lesen, jenseits dieser Tür sei der Alkoholgenuß verboten. Nicht viele der GIs trinken Dosenbier, die meisten lieber Alkoholfreies. Vier Stunden Wartezeit sind zu überbrücken. Oberleutnant Levane, ein Offizier des 82. Feldartilleriebataillons, sagt, er sei bisher nicht in Deutschland gewesen. Was erwartet er? Er antwortet, er wisse es wirklich nicht. Er war noch nie aus den USA weg. Für ihn ist der Trip über den „großen Teich" ein riesiges Abenteuer. Aber nicht so sehr wegen der möglichen Demonstrationen von „Friedensgruppen" gegen die US-Soldaten. Levane hofft auf eine schöne Landschaft und auf freundliche Menschen.

Aus Gesprächen mit einigen Soldaten gewinnt man den Eindruck, daß sie von ihren Offizieren auf mögliche Begegnungen mit der „Friedensbewegung" ganz gut eingestellt worden sind. Ein Gefreiter erläutert, sie hätten Befehl, bei nahenden Demonstranten in den Fahrzeugen zu bleiben und nach Möglichkeit um sie herumzufahren. Alles andere sei Aufgabe der Militärpolizei. Davon, daß vor allem auch die deutsche Polizei sie unterstützen soll, haben sie noch nichts gehört. Der Kommandeur der „First Cav", Generalmajor Chambers, hatte noch in Texas gesagt: „Wir wissen, daß wir an der Seite unserer Verbündeten die Demokratie verteidigen und damit auch die Meinungsfreiheit. Wir verteidigen das Recht der Demonstranten zu demonstrieren."

Als der „Starlifter" bei typischem Frühherbstwetter in Düsseldorf landet, ist von Demonstranten nichts zu sehen. Müde, aber erwartungsvoll besteigen die Amerikaner zwei in der Maschine wartende deutsche Busse mit der Aufschrift „Regionalverkehr Köln". Von diesen werden sie in die Nähe von Venlo in ein Waldgelände gebracht, wo sie in den nächsten zwei Tagen ihre schweren 155-Haubitzen auf Panzerketten übernehmen, um dann im Straßenmarsch den Versammlungsraum der Truppen der „First Cav" jenseits der deutschen Grenze in den Niederlanden anzusteuern.

Wie das schwere Gerät des 82. Feldartilleriebataillons der Division aus Texas lagert auch das der anderen ihr zugehörigen Verbände in Depots an der Westgrenze der Bundesrepublik und in den Benelux-Staaten. Das macht es einfacher für die NATO, die Division soll im Rahmen des Reforger-Programms (eine Abkürzung von Return of Forces to Germany) nach Deutschland zurückzubringen. Wie für die „First Cav" sind seit dem Start von Reforger zu Beginn der siebziger Jahre für insgesamt sechs US-Divisionen Materialdepots angelegt worden, oder sie sind gegenwärtig in Bau.

Diese Anlagen firmieren unter der Bezeichnung POMCUS, eine Abkürzung für prepositioned material configured to unit sets, was bedeutet, daß in diesen Depots das Ausrüstungsmaterial jeweils für ganze Einheiten gelagert ist. Das schließt Panzerfahrzeuge ebenso ein wie Jeeps und Lastwagen.

Dieser Vorgang des „Verheiratens" von Material und Soldaten, wie es der europäische NATO-Oberbefehlshaber, US-General Bernard Rogers, nennt, wird bei Reforger jedes Jahr im Herbst für zwei US-Divisionen geübt. 17 000 Mann wurden dafür in den letzten zwei Wochen aus den USA nach Westeuropa geflogen. Für die „First Cav" waren es 3000 ... Insgesamt waren dazu 54 Flüge erforderlich, und dies nicht nur mit US-Militärflugzeugen des Typs „Starlifter". Es flogen auch Maschinen ziviler US-Gesellschaften wie etwa der „Arrow Air", und zwar mit so unterschiedlichen Maschinen wie DC 10, Boeing 707 oder auch 747.

Neben dem NATO-Flughafen Ramstein benutzten die Transportmaschinen auch die Zivilflughäfen von Amsterdam, Luxemburg und Düsseldorf. Besonders über die Nutzung Düsseldorfs für die Anlandung der US-Truppen hatte es vorher zwischen dem Bonner Verteidigungsministerium und dem nordrhein-westfälischen Innenminister heftige Auseinandersetzungen gegeben. Düsseldorf meinte, die US-Truppen würden den Touristik-Verkehr über die Maßen behindern und auch die Straßen um den Flughafen herum.

Diese Befürchtungen blieben, wie die Praxis der Abfertigung erwies, mehr oder weniger grundlos. Von einer Beeinträchtigung des Zivilverkehrs durch die Reforger-Truppe war nichts zu spüren. Ein hoher Polizeioffizier meinte: „Alles nur herbeigeredet von Laien oder Gegnern der NATO-Verteidigung."

Dies hat auch General Rogers am Vorabend der NATO-Übung „Atlantic Lion", bei der der Artillerieoffizier Levane heute mit seiner Truppe über den Rhein setzt, verdeutlicht: „Reforger und alle NATO-Übungen dieses Herbstes sind ein Beitrag zur Abschreckung. Es geht um Kriegsverhinderung." Besonders „Big Lift" solle verdeutlichen, daß die Truppen aus den USA schnell kampfbereit in Europa sein können.

In Düsseldorf heißt es Umsteigen in den Stadtbus, mit Nationalflagge und Truppenfahne der Gefreite Vokane (rechts) bei seiner Arbeit als Steward im „Starlifter"

Drogen aus Libanon, ein wachsendes Problem in Israel

Der Handel mit Haschisch und Heroin blüht im Nahen Osten. Oft kommt der „Stoff" aus Libanon, und er dringt immer mehr nach Israel, wo wesentlich höhere Preise zu erzielen sind. Hochkonjunktur für Dealer, aber auch für ihre Gegner, die „Anti-Drug-Squad".

Von ROLF TOPHOVEN

Als Georges aus der libanesischen Hafenstadt Jounieh die Grenze zu Israel ansteuerte, träumte er noch vom großen Deal. In Beirut hatte man ihn mit einem US-Straßenkreuzer Marke „Buick" ausgestattet und ihm 300 Dollar Reisegeld zugesteckt. Die „heiße Fracht", die der 21jährige transportierte, lag, in Plastikbeuteln verpackt, im Benzintank seines Autos – 30 Kilo Haschisch.

Georges war damit unterwegs nach Jerusalem, wo er den „Stoff" israelischen Dealern übergeben sollte. Nach seiner Rückkehr winkten noch 2000 Dollar Transportprämie. Doch Georges, ein „kleiner Fisch" im nahöstlichen Drogengeschäft, träumte einen kurzen Traum. In Rosch Hanikra, am Grenzübergang nach Israel, war seine Fahrt zunächst zu Ende. Seine Lage war aussichtslos, also beschloß Georges, mitzuspielen. Er stellte sich der Polizei zur Verfügung – und wurde zu einer echten „Fundgrube".

Die Spezialisten der Jerusalemer „Anti-Drug-Squad" reisten an und präparierten das Auto des Libanesen mit Peilsender und Recorder. Dann setzte Georges seine Fahrt nach Jerusalem fort. Mit seiner Hilfe kassierten die Drogenfahnder schließlich vier israelische Dealer, zwei davon Angehörige der Streitkräfte in Libanon.

„In Libanon kommst du leichter an Hasch und zum Teil auch an andere Drogen wie Heroin, als hier in Israel an Brot", sagt Hauptmann Zamir Eli (31), Chef der „Anti-Drug-Squad" bei der Polizei in Jerusalem. Mit dem Libanon-Krieg kam es zu einer wahren Explosion des Drogenexports nach Israel. Favorit ist Haschisch. Es kursiert in allen Schichten Israels. „Auch wenn unsere Gesellschaft dagegen, relativ gesehen, noch weitgehend immun ist", sagt Zamir Eli. „Aber die Gefahr wächst." Heroin, so besagen die Erkenntnisse der Drogenbekämpfer bei der Polizei in Jerusalem, bevorzugen derzeit vorwiegend Kriminelle. Dieser harte Stoff wurde erstmals vor rund drei Jahren nach Israel eingeschleust. „Heute", so Drogenfahnder Zamir, „entdecken wir jede Woche ein Heroindepot – allein in der Region von Jerusalem." Einige der großen Dealer sind christliche Araber und Armenier.

Lief früher die Rauschgiftroute vom Sinai über den Gaza-Streifen nach Israel, so kommen heute die Transporteure von Beirut aus über Kiriat Schmoneh in Nordisrael. Heroin findet meist von Europa aus den Weg in den Nahen Osten. Erst vor vier Monaten brachte die Polizei in Israel einen Heroinschmugglerring auf. Verbindungen bestanden nach Libanon, wo es seit kurzem eine Fabrik zur „Herstellung dieses Zeugs" (Zamir) gibt.

Doch das ganz große Geschäft wird im Nahen Osten immer noch mit Haschisch gemacht. Die Verdienstspannen sind enorm. Ist in Libanon ein Kilo Hasch schon für 150 Dollar zu haben, so erzielt der Dealer dafür in Israel 1000 Dollar.

Ägypten gilt derzeit als der größte Markt für das Geschäft mit Haschisch im Nahen Osten. Die Transportmethoden der Händler verraten großes Geschick. Die Ware schwimmt, in kleinen Plastiktuben verpackt, auf dem Weg von Libanon nach Kairo im Mittelmeer. Ein Seil verbindet die Fracht mit den oft als Transportmittel benutzten Fischerbooten. Nähert sich ein Patrouillenboot der israelischen Marine, kappen die Dealer das Seil. Die Beweisführung wird dann schwierig.

Das „Kleingeschäft" mit Hasch wird von Hand zu Hand abgewickelt. Seit die Grenze nach Israel auch für Libanesen mit ordentlichen Papieren offen ist, hat sich der Arbeitsaufwand für Hauptmann Zamir Eli und seine „Anti-Drug-Squad" beträchtlich erhöht.

Wirkungsvolle Resultate erzielen sie ausschließlich durch das Einschleusen von Agenten in die Dealergruppen. Diese „covered agents" sind die Joker. „Das Eindringen in die Szene ist schwer", erklärt Zamir, „die Kreise der Dealer sind sehr gut abgeschottet. Unsere Taktik ist relativ simpel. Der Agent versucht, Haschisch zu kaufen, er spielt und raucht mit." Wird ein Mitglied einer Drogengang geschnappt, versucht man ihn auch oft „umzudrehen". Auch Araber arbeiten als „covered agents". Jeder Agent hat eine Nummer. Unter diesem Code teilt er der Intelligence-Abteilung der „Anti-Drug-Squad" seine Erkenntnisse mit.

Die Erfolge der „covered agents" in Zahlen: Einer brachte 60 Dealer in einem Jahr, ein anderer ließ in drei Monaten allein 50 von ihnen auffliegen. „Doch mit der Zeit kennen die Dealer unsere Methoden und stellen sich darauf ein", schränkt Zamir Eli ein.

Allein im Jahre 1982 brachten die Drogenfahnder von Jerusalem 530 Dealer vor Gericht. Gegen 275 von ihnen reichten die Beweise für ein ordentliches Verfahren wegen Rauschgifthandels aus. Der Rest fiel unter die Kategorie „Besitzer von Drogen".

Während der Captain der Jerusalemer „Anti-Drug-Squad" die Situation erklärt, steht plötzlich Georges, der Transporteur der 30 Kilo Hasch, im Raum. Mittelgroß, kräftig, blaue Jeans, bewegt er sich unter den Israelis von der Drogenfahndung wie einer von ihnen. Auf die Frage nach Prozeß und Strafmaß für Georges grinst Zamir: „Er hat mit uns kooperiert, er half der Polizei und war offizieller Zeuge vor Gericht. Als Zeuge des Staates erhielt er kein Gerichtsverfahren." Nachts sitzt Georges in einer Einzelzelle, den Tag verbringt er mit dem Team von Hauptmann Zamir. In zwei Wochen soll er wieder nach Libanon zurückkehren.

Sein Motiv für die Schmuggel-Fahrt war Geld gewesen. Doch obwohl er das angesichts trauriger Familienverhältnisse weiter dringend gebrauchen kann, will er „bestimmt nicht mehr" einen solchen Trip unternehmen. Und der junge Mann, der vor seiner Festnahme in Rosch Hanikra täglich zwei Hasch-Zigaretten rauchte, schwört nun ab: „Nie mehr Rauschgift!" Statt dessen greift er zur israelischen Zigarette „Broadway 80".

Neun Polen flohen mit Doppeldecker nach West-Berlin

F. D. Berlin

Neun Polen, unter ihnen vier Kinder, sind am Samstag mit einem Doppeldecker nach West-Berlin geflüchtet. Sie landeten nach einstündigem Flug auf dem Militärflughafen in Berlin-Tempelhof. Die Flüchtlinge, die *nach Australien* auswandern wollen, wurden im Notaufnahmelager Marienfelde untergebracht.

Der Pilot, Mitglied eines Flugvereins, hatte am Samstag in Grünberg an der Oder einen Übungsflug angemeldet. Als er vor dem Start zum Tanken rollte, nahm er einen weiteren Fluchtwilligen auf, der dann eine „Entführung mit Waffengewalt" inszenierte. Die Behörden gaben daraufhin Starterlaubnis. Nach 20 Kilometern Flug landete der Pilot auf einer Wiese und nahm weitere sieben Personen an Bord. Nach dem erneuten Start wurde die Maschine streckenweise von sowjetischen Kampfflugzeugen eskortiert.

Ärzte warnen vor Folgen der schlechten Ausbildung

Hausärztetag fordert Einführung der Weiterbildung

PETER JENTSCH, Lindau

Die deutsche Medizinerausbildung rangiert nach Ansicht des Essener Professors Herbert Schriefers im *unteren Drittel des internationalen Qualitätsstandards* – „noch hinter Korea, Japan und Finnland". Den Unversitäten fehlen Mittel und Möglichkeiten, die Studentenschwemme in der Medizin zu bewältigen und die „Numerus-clausus-Elite" in ausreichendem Maße auf ihren künftigen Beruf vorzubereiten. Und Deutschlands Ärzte warnen bereits heute öffentlich vor ihren künftigen Kollegen, die aufgrund ihrer schlechten Ausbildung zu einer Gefahr für die Patienten werden.

Professor Rudolf Toellner aus München bereitet diese Aussicht gar schon jetzt „schlaflose Nächte". Den jungen Leuten, die sich „frisch von der Uni kommend Ärzte nennen dürfen", erlauben die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft die sofortige Praxiseröffnung nach der Approbation. Ernst-Eberhard Weinhold, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsens, umreißt das Problem mit den Worten: „Diesen Ärzten fehlt angesichts mangelnder Weiterbildungschancen die notwendige Berufserfahrung."

Während nämlich Gebietsärzte wie Internisten oder Gynäkologen ihren „Facharzt" erst nach entsprechender Weiterbildung erhalten, gibt es bisher für den in der Regel als Hausarzt tätigen „Praktiker" diese Weiterbildungspflicht nicht. So urteilte denn auch einer dieser jungen Ärzte nach seiner unzureichenden Ausbildung: „Ich darf alles und kann fast nichts." Vorsicht, Arzt?

Fast scheint es so. Und das, obwohl der Deutsche Ärztetag Anfang Mai in Kassel in einer Entschließung eine Reform des Ausbildungsrechts gefordert hat. Darin heißt es: „Die kassenärztliche Versorgung gehört in die Hände von Ärzten, die über ausreichende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten zur selbständigen Ausübung ärztlicher Tätigkeit verfügen. Insofern spricht sich der Deutsche Ärztetag ... *nachdrücklich* für eine baldige Realisierung der von der EG-Kommission vorgeschlagenen Richtlinien für die Allgemeinmedizin mit der Einführung einer mindestens zweijährigen Weiterbildung als Voraussetzung für die Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit aus."

Eine zweijährige Weiterbildung nach der Approbation würde die Misere der unqualifizierten Jungmediziner beseitigen. Und das liegt nicht nur im Interesse der Patienten. Es liegt auch im Interesse der Krankenkassen.

Heute bereits sind von den 62 000 niedergelassenen Ärzten etwa 60 Prozent Fachärzte und nur 40 Prozent Allgemeinmediziner. Die 27 000 Allgemeinärzte halten aber den Schlüssel zu den Tresoren der Krankenkassen in den Händen. Denn sie rechnen zwei Drittel der Beratungen ab, veranlassen 75 Prozent der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen und mehr *als 50 Prozent der Krankenhauseinweisungen*. Und das zu Honoraren, die erheblich unter denen der Fachärzte, z. B. der Internisten, liegen. Nur: Auch die Internisten betätigen sich mehr und mehr als „Hausärzte".

Der Berufsverband der Praktischen Ärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin (BPA) hat jetzt auf seinem „Hausärztetag" in Lindau die Einführung der Weiterbildungspflicht verlangt. BPA-Vorsitzender Helmut Klotz formulierte gegenüber der WELT: „Was wir wollen, ist, mit einem qualifiziert weitergebildeten Allgemeinarzt den hohen Standard der hausärztlichen Versorgung zu erhalten."

Entschieden wandte sich Klotz gegen Überlegungen im Bundesgesundheitsministerium, statt der Weiterbildungspflicht nach der Approbation vor dieser eine zweijährige Praxisphase einzuführen. Dieser Vorschlag würde eine Verschwendung der ohnehin schon knappen *Weiterbildungsstellen im Krankenhaus* bedeuten, betont Klotz. In der Tat: 32,6 Prozent aller Jungmediziner mit Approbation entschließen sich nicht zum Arztberuf – es sind Frauen, die heiraten, es sind Mediziner, die in die Pharmaindustrie gehen. Diese Ärzte durch eine Praxisphase zu schleusen, bedeutet eine Verschwendung der knappen Klinikarbeitsplätze.

Um Größenordnungen darzustellen: 1984 und 1985 werden jeweils 12 000 Mediziner ihre Approbation erhalten. Bei einer zweijährigen Praxisphase würden also vom kommenden Jahr an 24 000 Planstellen in den Kliniken benötigt. Wer soll das bezahlen? Eine Weiterbildungspflicht für Allgemeinärzte nach der Approbation würde dagegen nur etwa 2500 neue Stellen kosten.

Hessen: Bischöfe appellieren an die Wähler

KNA, Frankfurt

Vor der Gefahr zunehmender Staatsverdrossenheit und eines schwindenden Vertrauens in die Wirksamkeit der parlamentarischen Demokratie in Hessen haben die katholischen Bischöfe dieses Landes gewarnt. In einem Hirtenwort zur bevorstehenden Landtagswahl drängen die Bischöfe insbesondere auf die Sicherung der Arbeitsplätze sowie auf eine Reform der Schul- und Bildungspolitik in Hessen. Ebenso äußern sie ihre Sorge um die ausländischen Mitbürger und die gemeinsame Verantwortung für die Umwelt.

Die Bischöfe appellieren an die Wähler, ihre „staatsbürgerliche Pflicht zur Förderung des Gemeinwohls *zu erfüllen*". Sie bitten, solche Kandidaten zu wählen, die willens seien, die landespolitische Aufgaben „im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und der heutigen wie der kommender Generationen" zu lösen. „Wenn diese Aufgaben wegen mangelnden Willens zur Zusammenarbeit oder fehlender Kompromißbereitschaft nicht angegangen werden, ist mit einem schwindenden Vertrauen in die Wirksamkeit der parlamentarischen Demokratie und mit zunehmender Staatsverdrossenheit zu rechnen", heißt es in dem Aufruf.

FDP empfiehlt „Familiensplitting"

gur. Heppenheim

Im hessischen Wahlkampf hat die FDP eine Woche vor der Landtagswahl jetzt deutlich offensivere Töne angeschlagen. Im Hotel „Halber Mond" in Heppenheim an der Bergstraße, der Geburtsstätte der FDP vor genau 35 Jahren, empfahlen Spitzenpolitiker der Partei, unter ihnen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Bonner Fraktionschef Wolfgang Mischnick und der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum, den hessischen Wählern ein „Ehegatten"- oder „Familiensplitting". Wenn zum Beispiel der Familienvater CDU wähle, sollten Frau oder Kinder den Freien Demokraten ihre Stimme geben. Denn ohne die FDP werde es die Union auch diesmal nicht schaffen, die Wahl zu gewinnen, erklärten die FDP-Politiker.

Ein Jahr nach der „Verratskampagne", mit der die SPD die Freien Demokraten wegen ihrer Aufkündigung der SPD/FDP-Koalition attakkiert hatten, warfen sowohl Baum als auch Mischnick den Sozialdemokraten Verrat an ihren eigenen sowie am früheren Bundeskanzler Schmidt vor. Die Freien Demokraten seien sich treu geblieben, demgegenüber habe sich die SPD „meilenweit" von jenen Positionen entfernt, die sie in der Koalition mit der FDP eingenommen habe, erklärte Baum.

Genscher beschuldigte den Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, mit dem von ihm propagierten Austritt aus der NATO „Sicherheit und Frieden für unser Land" zu riskieren. Mit Parteitagsbeschlüssen gegen die Raketenstationierung gefährde die SPD „unsere Verhand*lungsposition in den entscheidenden* kommenden Wochen".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Geißler bezeichnet die SPD als eine „fünfte Kolonne Moskaus"

Vogel: Kohl soll sich von den Äußerungen auf dem CDU-Parteitag Rheinland distanzieren

WILM HERLYN, Köln

Ein Parteitag des Schulterschlusses und der demonstrativen Gemeinsamkeit wurde erwartet. Ein Parteitag also ohne große Höhepunkte. Doch geriet die Delegiertenversammlung des mit knapp 140 000 Mitgliedern stärksten CDU-Landesverbandes des Rheinland jetzt am Wochenende in Köln nicht nur zu einem überzeugenden Votum bei der Wiederwahl des Vorsitzenden Bernhard Worms – immerhin mit einem Zustimmungsgrad von 88,6 Prozent.

Den ersten überraschenden Akzent setzte Worms selbst mit einer geschliffenen Grundsatzrede und einem Koalitionsangebot an die Freien Demokraten. Bemerkenswert ist dabei die rheinische Schlitzohrigkeit der Formulierung: „Ich spüre draußen im Lande, daß sich uns eine Hand entgegenstrecken will." Später darauf angesprochen, meinte Worms: „In der Politik wäre man ja töricht, würde man eine solche Hand nicht ergreifen." Dabei weiß er, daß die CDU bei den kommenden Landtagswahlen 1985 kaum die absolute Mehrheit erringen werden kann, er also einen Partner zur Regierungsbildung braucht.

Bemerkenswert ist aber auch der Zeitpunkt dieses frühen Angebots. In einer Woche wird in Hessen gewählt, und offensichtlich schließt sich Bernhard Worms der Politik seines Bundesvorsitzenden und Kanzlers Helmut Kohl wie des hessischen CDU-Spitzenkandidaten Wallmann an, die beide versuchen, die Freien Demokraten an sich zu binden.

Unterstützt wurde er auch von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der von Köln aus die Werbung seiner Partei für die FDP verstärkte. Geißler sagte, die Union „würde es begrüßen, wenn auch in Hessen in einer Koalition der Mitte die Freien Demokraten im Landtag vertreten und an der Regierung beteiligt wären".

Wichtigstes Thema aber schien Geißler die Auseinandersetzung mit der SPD in der Frage der Nachrüstung zu sein. Mit ungewöhnlicher *Schärfe sezierte er eine* „nahezu nahtlose Identität der Argumente" von den Sozialdemokraten und den Machthabern im Kreml. So verlangten SPD wie Moskau eine Anrechnung der französischen und englischen Raketensysteme bei den Genfer Nachrüstungsverhandlungen, so unterstelle die SPD wie Moskau den Vereinigten Staaten von vornherein, sie trügen die Schuld an einem möglichen Scheitern der Unterhändler in Genf.

Geißlers Frontalangriff: „Die Sozialdemokraten müssen sich darüber im klaren sein, was sie hier anrichten. Eine Partei, die den Westen fast ausschließlich kritisiert und gleichzeitig nahtlos Argumente der Sowjetunion, der mächtigsten Diktatur, die wir in der Weltgeschichte überhaupt je gehabt haben, übernimmt und in die innenpolitische Diskussion einführt, eine solche Partei wird – ob sie es will oder nicht – in der geistigen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu einer fünften Kolonne der anderen Seite."

Während die Delegierten diese Passage frenetisch beklatschten, warf der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn, Jochen Vogel, Geißler vor, er sei ein „verbaler Amokläufer", der eine „Atmosphäre des Hasses erzeugt und die Deutschen in zwei Lager spaltet". Er forderte Kohl auf, sich „ohne Wenn und ohne Aber" von Geißler zu distanzieren. Der Sprecher des SPD-Landesvorstandes Bodo Hombach appellierte an die beiden Kirchen, „aus moralisch-ethischer Verantwortung die *gemeinwesen gefährlichen Worte* von Heiner Geißler zu analysieren und dafür zu sorgen, daß solche Äußerungen nicht den inneren Frieden gefährden".

Stürmisch begrüßt wurde in Köln auch der westfälisch-lippische CDU-Landesvorsitzende Kurt Biedenkopf, ehemaliger Konkurrent von Worms um die Spitzenkandidatur der Union 1985. Er sei als „Freund, Gast, aber auch als Redner gekommen" und forderte die Unterstützung der beiden *im Bundesgebiet mitgliederstärksten* CDU-Landesverbände, dem Bundeskanzler bei der Lösung der Aufgabe zu helfen, „wie man das macht: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen." Selbstbewußt und unmißverständlich meldete er den Anspruch seines Landesverbandes an: „Bernhard Worms hat das Steuer in der Hand. Die Westfalen geben ihm den notwendigen Rückenwind. Den Kurs aber bestimmen wir gemeinsam."

Auch an der Mauer wirbt Jackson für seine „Regenbogen"-Koalition

Amerikanischer Präsidentschaftskandidat beendet Europa-Tournee in Berlin

F. DIEDERICHS, Berlin

Dem Traum von seiner „Regenbogen-Koalition" hängt Reverend Jesse Louis Jackson (41) aus Greenville im US-Bundesstaat South Carolina auch in den Stunden seines Rundgangs durch den Kreuzberger „Kiez" nach. Zwischen Mauer und Mariannenplatz, vor bröckelnden Fassaden, auf denen Besetzer-Parolen zum „Kampf gegen den US-Imperialismus" aufrufen, auf der Meile zwischen türkischem Kebab-Imbiß und Zille-Hinterhöfen, wo ein Drittel der Bevölkerung von Sozialhilfe lebt, verkündet der Baptistenpfarrer und frühere Schüler Martin Luther Kings immer wieder: „Unser Kampf hat auch internationale Dimensionen."

Daß der farbige Bürgerrechtler, der heute in den USA seine Bewerbung als Spitzenkandidat der Demokratischen Partei für die Präsidenten-Wahlen im kommenden Jahr verkünden will, in Berlin dem „Armenviertel Kreuzberg" mehrere Stunden widmet, erklärt sich aus seinem Selbstverständnis, das er auf der Tour jedem im Anschluß an einen Händedruck nahebringt: „Ich verstehe Euch, weil ich selbst arm gewesen bin." Mit einer „Regenbogen"-Koalition von Farbigen und progressiven Weißen, Schwachen und Starken, Umweltschützern und Friedenskämpfern gegen Ronald Reagan ins Feld ziehen – das ist das Programm des Jesse Jackson, das er unter das Dach der Bürgerrechtsorganisation „People United to Save Humanity" (Push) gebracht hat –, „Vereinigung zur Rettung der Menschheit".

Neun Tage reiste Jesse Jackson bis zu seinem *abschließenden Berlin-Besuch* durch Europa, als Privatmann, der zwar auch den Kontakt zu Regierungen und Politikern sucht, mit mindestens gleichrangiger Intensität

Bürgerrechtler Jesse Jackson

an Wertschätzung jedoch in den amerikanischen Militärstützpunkten in Fulda, Schweinfurt, Heidelberg, Frankfurt, Ramstein und letztlich Berlin auf farbige und weiße GI's zugeht: „Come on, brother" – Vorwärts, mein Bruder – laß Dich registrieren." Denn mit einer Registrierung sind auch die in Deutschland stationierten GI's im kommenden Jahr wahlberechtigt.

Der „Tour around the poor situation", der „Armentour" durch Kreuzberg, wie Jackson seine Wanderung selbst bezeichnete, entledigte sich der Bürgerrechtler im Tempo eines D-Zuges, ohne sich in auch nur irgendein Korsett zwingen zu lassen, das ihm sein eigens als Berater mitreisender Hochschulprofessor oder *Sicherheitskräfte aufzwingen wollen.*

Auf dem Weg zur Berliner Mauer treten junge Männer mit Lederjacken und Hahnerkamm-Frisuren auf Jackson zu in den Händen Bierdosen: „Hi Jesse, haste mal 'nen Fünfer für uns?" Die Sicherheitsbeamten verzweifeln, als der Baptistenpfarrer den „Punks" zum Kotbusser Tor folgt, wo eine Horde gröhlender Jugendlicher wartet. „God bless you", segnet Jesse Jackson die Jugendlichen, kramt in seinen Taschen nach ein paar Dollar, findet keine, so daß ein Berliner Parlamentsabgeordneter mit einem Fünfzigmarkschein aushilft.

Wegen seines Engagements für Minderheiten gilt Jackson heute in den USA als Amerikas wichtigster Schwarzen-Führer – eine Laufbahn, die an jenem 4. April 1968 in Memphis begann, als Martin Luther King im Lorraine-Motel erschossen wurde und der junge Jackson, damals einer seiner Mitarbeiter, vor den Augen von Millionen Zuschauern mit blutbeflecktem Hemd die Nachricht des Attentats verkündete. Die Botschaft „Freiheit", die er seit diesen Tagen immer wieder verkündete, predigt Jackson auch auf den Holzplanken des Aussichtsturms vor der Kreuzberger Thomaskirche, wenige Schritte von der Mauer entfernt: „Berliner, bewahrt euren Geist für die Freiheit."

Zuhörerschwund beim „Krefelder Appell"

Deutsche „Friedensbewegung" will mehr Einfluß auf Frankreich und Großbritannien

WERNER KAHL, Bonn

Ohne Show-Stars und Politrocker ist das Interesse der „Friedenskämpfer" an Propagandatreffen wie dem des 3. Krefelder Forums am Wochenende in der Bundeshauptstadt anscheinend mäßig. Als Oberst a. D. Josef Weber, der Initiator des „Krefelder Appells" zu einer Unterschriftensammlung gegen die Nachrüstung, in seiner Schlußrede bereits die Marschroute der „Friedensbewegung" für die Zeit nach Genf vorgab, war die Stadthalle nur noch knapp zur Hälfte (etwa 600) besetzt.

Sowjet-Marxist Weber, Spitzenfunktionär der vom Verfassungsschutz als DKP-Tarnorganisation eingestuften „Deutschen Friedens Union" (DFU), hatte kurz zuvor den Moskauer Verhandlungsführer in Genf aufgesucht und bestätigte Einschätzungen, die Russen setzten jetzt alle Mittel der Propaganda ein, um die Bundesregierung „weichzumachen". Der ehemalige Wehrmachtsgeneralstäbler vermied es, den Begriff der „Nachrüstung" zu benutzen. Vorredner General a. D. Gert Bastian (Grüne-MdB) hatte bereits den neuen semantischen Kurs eingeschlagen: „Es *handelt sich eben nicht* um Nachrüstung, sondern um den Aufbau eines weitreichenden amerikanischen Nuklearpotentials."

Schleichenden Gerüchten, innerhalb der „Friedensbewegung" zeichne sich bereits ein Zerfall ab, trat Petra Kelly mit der Forderung entgegen, über den Winter und das Frühjahr hinaus im nächsten Jahr die Ziele dieses Herbstes weiterzuverfolgen. Dazu rechnete der führende Funktionär der Bewegung, Klaus Mannhardt, Einflußnahme der deutschen „Friedensbewegung" auf Frankreich und Großbritannien, sowie ein „stärkeres Zusammengehen mit den Gewerkschaften".

Abweichend vom Redetext drohte Josef Weber der Bundesregierung mit *„neuen Widerstandsformen"* aus den Betrieben. Der Aufruf, die Arbeitnehmer sollten im Otkober für fünf Minuten die Arbeit niederlegen, sei das erste Signal. Die Deutschen ständen heute nicht vor dieser „Entscheidung von unvorstellbarer Tragweite", so Weber, wenn nach dem Krieg ein „neutrales Gesamtdeutschland" gebildet worden wäre.

„Kürzere Arbeitszeit, weniger Rente"

dpa, Hamburg

Im Vorfeld der neuen Tarifrunde haben Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber ihre Vorstellungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit skizziert. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) kündigte in „Bild am Sonntag" ein Programm-Angebot zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit an. Das Konzept soll im Frühjahr 1984 fertig sein.

Die Bonner Pläne sehen vor, daß Arbeitnehmer künftig schon mit 58 Jahren in Rente gehen können. Auch über 65 Jahre hinaus soll gearbeitet werden dürfen. Eine freiwillige Teilung von Arbeitsplätzen (vier Stunden am Tag, zwei Tage in der Woche oder sechs Monate im Jahr) soll ebenfalls möglich sein. Das jetzt gekürzte Mutterschaftsgeld werde von 1987 an auch für Hausfrauen gezahlt, hieß es.

Kürzere Arbeitszeit bedeutet nach den Vorstellungen der Bundesregierung auch geringere Rente. Dazu Blüm in der Zeitung: „Die Höhe der Rente muß zumutbar und verkraftbar sein. Das soll jeder selbst entscheiden. Der Arbeitnehmer braucht keinen Vormund."

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, wandte sich gegen eine Verkürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit und griff die Gewerkschaften hart an, die eine 35-Stunden-Woche fordern. Beim Unternehmertag Ost-Westfalen in Bielefeld sagte Esser, „trotz aller argumentativer Verbrämung" sei bei den Gewerkschaften „Wohlstandszuwachs" das Ziel einer Arbeitszeitverkürzung. Esser wandte sich zudem gegen den, wie er es formulierte, Glauben im Regierungslager, mit einem „Gesetzentwurf zur Vorruhestandsregelung" der Arbeitslosigkeit entgegentreten zu können. Es sei „unerfindlich", einen solchen Vorschlag anzubieten, von dem feststehe, daß er ökonomisch und politisch schade.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) bekräftigte ihre Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. 156 Delegierte, die rund 150 000 Mitglieder vertraten, sprachen sich während eines außerordentlichen Gewerkschaftstages in Gelsenkirchen einstimmig dafür aus, die Zusammenarbeit im DGB so zu intensivieren, daß „alle Gewerkschaften gleichzeitig ihre Beiträge zur Erreichung dieses tarifpolitischen Ziels leisten".

„Ich gehöre nicht mehr dauernd auf die Bühne"

WELT-Interview mit dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt / Nach 1987 voraussichtlich auch Rückzug aus dem Bundestag

DW. Hamburg

Vor fast genau einem Jahr zerbrach in Bonn die Koalition zwischen SPD und FDP. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt ist seit dieser Zeit wenig in Deutschland öffentlich aufgetreten und viel ins Ausland gereist. Ist der einstige Macher zum großen Schweiger geworden? Mit Helmut Schmidt sprach Herbert Schütte.



Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt FOTO: JUPP DARCHINGER

WELT: Herr Schmidt, Sie sind in dem einen Jahr, seitdem Sie nicht mehr im Kanzleramt sind, viel im Ausland gewesen und haben wenig öffentliche Auftritte in der Bundesrepublik gehabt. Sie sind ein Schweiger im Bundestag. Haben Sie den Eindruck, daß der Prophet im eigenen Vaterlande nicht viel gilt?

Schmidt: Nein, diesen Eindruck habe ich gar nicht. Ich bin aus mehreren Gründen zurückhaltend mit öffentlichen Reden oder auch Auftritten in Deutschland. Einer der Gründe ist, daß eine Rede von mir oder ein Aufsatz von mir eine mir unerwünschte große Aufmerksamkeit auf sich zieht. Und das ist genau das, was ich nicht möchte. Es muß jemand, der so viele Jahrzehnte in der Politik Verantwortung getragen hat und eineinhalb Jahrzehnte im Rampenlicht, im Zentrum der Bühne gestanden hat, dem muß es erlaubt sein – das betrifft seine eigenen Kollegen, seine eigene Parteifreunde –, aber auch die Medien müssen es ihm erlauben, sich mit Anstand aus dem Zentrum der Bühne und von der Rampe zu entfernen. Das ist meine Absicht. Sie haben recht, ich bin viel im Ausland gewesen, das werde ich auch in den nächsten zwölf Monaten fortsetzen, diese Besuche und Reisen. Sie sind ausschließlich mit einer Ausnahme auf Einladungen erfolgt, und das macht mir viel Spaß, daß meine ehemaligen Kollegen mich einladen. Einige von ihnen sind inzwischen auch nicht mehr im Amte, wie Giscard d'Estaing oder Callaghan oder Jerry Ford oder Kissinger. Aber es gibt auch Kollegen, die sind noch im Amte, mit denen man früher zusammen Politik hat machen müssen. Dazu gehören Mitterrand, der König von Saudi-Arabien, dazu gehören die Ministerpräsidenten auf der Iberischen Halbinsel, dazu gehört Honecker oder wen immer Sie nehmen. Und diese letzteren Gespräche sind besonders ergiebig, weil, so offen wir früher miteinander geredet haben, so ist doch jetzt noch ein zusätzlicher Grad an Offenheit dazugekommen, weil der andere Gesprächspartner weiß, daß ich für mein Land ja nicht einen Vorteil wahren oder herausholen muß. Die Offenheit ist für mich sehr erstaunlich. Ich glaube, daß ich heute über die Zusammenhänge der Welt besser informiert bin als vor ein oder zwei oder drei Jahren, als ich noch im Amte war.

WELT: Aber Sie sind selbstverständlich daran bedacht, den Vorteil Ihres Landes zur Geltung zu bringen?

Schmidt: Nicht den Vorteil, sondern die Interessen. Die grundlegenden Interessen der Bundesrepublik, so wie ich sie verstehe. Das erwartet auch jeder von mir. Aber man erwartet nicht von mir, daß wir hinterher ein Kommuniqué verabschieden, wo das Komma ein bißchen weiter vorn oder hinten steht oder eine andere Zahl hinter oder vor dem Komma steht. Ich sorge natürlich dafür, daß mein Freund Hans-Jochen Vogel gut unterrichtet wird, und wenn es mir wichtig genug erscheint, sorge ich auch dafür, daß der Bundeskanzler eine Unterrichtung bekommt über meine Erfahrungen im Ausland.

WELT: Das Ende der sozialliberalen Koalition liegt heute genau ein Jahr zurück. Sie haben jetzt ein Jahr Abstand. Sie haben nicht nur Abstand, sondern auch mehr Zeit und mehr Freiheit, was Sie ja gerade bestätigt haben in bezug auf den Umgang mit ausländischen Politikern. Spüren Sie heute so etwas wie eine Erleichterung, daß es so gekommen ist?

Schmidt: Ja, das kann man noch präziser ausdrücken. Sehr viel mehr Jahre in dem Amt hätte ich ohne weitere schwere Erkrankungen sicher nicht durchgestanden, da wären sicherlich neue schwere Erkrankungen dazugekommen. Das war ja nun doch eine übermäßige Selbstausbeutung der eigenen Gesundheit. Ich bin übrigens nicht der Meinung, daß ein guter Bundeskanzler das vermeiden kann. Und wenn es zwei gegeben hat, die sich das Leben relativ leichtgemacht haben – ich spreche von Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger –, dann waren sie eben wirklich keine guten Bundeskanzler. Also das ist ein Risiko, das mit dieser beruflichen Stellung vermacht wird. Das wird Helmut Kohl merken, wenn er lange genug im Amt bleiben sollte. Und indessen bin ich sehr froh, dieser Gefahr entronnen zu sein. Ich hatte mir eigentlich nie vorgestellt, daß ich lange im Amt bleiben würde. Als ich das Amt 1974 übernahm, war das wie eine Art Feuerwehraktion. Als es dann gelang, zwei Jahre später die Bundestagswahlen zu gewinnen, da war ich sehr glücklich. Damit hatte ich 1974 nicht gerechnet. Dann ist ein Jahr nach dem anderen hinzugekommen. Irgendwann in den 80er Jahren habe ich mir vorgestellt, du kannst ja doch eigentlich nicht länger im Amt bleiben als ein amerikanischer Präsident, maximal acht Jahre, zwei Perioden. Und ich war ja in einer Bundestagsperiode ins Amt gekommen. Es war eigentlich meine Vorstellung, irgendwann in der Mitte wieder auszuscheiden. Allerdings hab' ich mir die Umstände der Beendigung des Amtes glücklicher vorgestellt, nämlich so, daß man hätte mithelfen können, einen seiner eigenen Freunde in dieses selbe Amt zu bringen. Diese Umstände haben sich leider nicht ergeben.

WELT: Sie haben vor der Fraktion in dieser Woche an die SPD appelliert, sie müsse mit einer Zunge sprechen.

Schmidt: Das hab ich so nicht gesagt. Was ich gesagt habe, war: Man müsse politisch und auch moralisch erwarten, daß jemand, der in Bonn so spricht, genauso reden muß in Ost-Berlin oder Washington oder in Offenburg. Ich habe mich nicht auf die Partei, sondern auf den einzelnen bezogen. Ich habe diejenigen kritisiert, die an verschiedenen Orten Verschiedenes sagen.

WELT: Wollen Sie auch bei den Landesparteitagen für diese Position kämpfen – etwa bei den noch ausstehenden Bezirksparteitagen in Nordrhein-Westfalen?

Schmidt: Nein, das werde ich bestimmt nicht tun. Wie ich Ihnen schon sagte, ich gehöre nicht mehr dauernd auf die Bühne. Das kann mal notwendig werden, auch aus Selbstachtung notwendig werden oder wenn man meint, daß es für das Land und die Interessen unseres Landes notwendig ist, daß jemand in einer sehr wichtigen Frage einen klaren Standpunkt öffentlich hörbar bezieht. Aber ich bin kein Wanderprediger mehr, der ein ambulantes politisches Gewerbe ausübt.

WELT: Bleiben Sie auf der Bühne als stellvertretender Parteivorsitzender bis Ablauf Ihrer Amtszeit zur Verfügung?

Schmidt: Ja, aber nicht länger.

WELT: Sind Sie in Sorge über einen wachsenden Anti-Amerikanismus?

Schmidt: Es wird darüber viel in Deutschland in den Medien gebracht. Viel mehr, als an Anzeichen vorhanden sind. Die stärksten Anzeichen anti-amerikanischer Haltung finden sich in Zentralamerika. Auch zu erheblichen Teilen in Südamerika. Auch zu erheblichen Teilen in einigen Staaten des Mittleren Ostens und Südwestasiens. Das war zu Zeiten des Vietnam-Krieges schon mal schlimmer gewesen. Dann ist es Gott sei Dank wieder abgeebbt. Gegenwärtig ist da eine Zunahme solcher Attitüden zu beobachten. Mir tut das leid, mir tut das weh, vor allen Dingen, weil dabei gewisse Führungspersonen in Amerika selber diese Attitüden provozieren, durch Reden, die nicht entfernt genug Rücksicht nehmen auf Gefühle, Erwartungen, politische Haltungen von Menschen in anderen Staaten. Eine der markantesten Anlässe für solche Anti-Haltungen war die leichtfertige Rede davon, daß Amerika durchaus einen begrenzten nuklearen Krieg führen könne oder gewinnen könne. Das haben viele Leute so verstanden, der Krieg solle bei uns stattfinden und nicht bei ihnen. Und dieses Wort spielt in der Friedensbewegung sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR eine erhebliche Rolle. Das ist nur eines von denen. Es ist ein ganz überflüssiges Wort. Es war falsch, als es geredet wurde, und die Wirkungen sind noch viel schlimmer, als die falsche Bemerkung. Ich glaube, die Amerikaner müssen das aushalten, daß sie als Supermacht natürlich viel schwerer kritisiert werden als etwa die Schweiz oder Schweden, genauso wie die Sowjetunion als Supermacht auf das schwerste kritisiert wird. Die gibt allerdings weiß Gott massiven Anlaß und nicht nur durch gelegentliche dumme Redensarten.

WELT: Sie haben 65. Geburtstag im Dezember. Bedeutet das für Sie einen Eintritt auch in den Lebensabend der aktiven Politik? Wollen Sie sich bei der nächsten Wahl 1987 noch einmal um ein Bundestagsmandat bewerben?

Schmidt: Das Wort Lebensabend höre ich eigentlich nicht so gern, denn wie wir vorhin besprochen haben, bin ich ja sehr aktiv und arbeite jedenfalls mehr als normale acht Stunden. Also Lebensabend tritt hier nicht ein, weder am 65. Geburtstag noch im Jahr 1987. Zweitens, man weiß nicht, ob dieser Bundestag bis zum Jahre 1987 zusammenbleibt.

WELT: Sehen Sie Anzeichen?

Schmidt: Man weiß es nicht. Es sind bisher zwei Bundestage früher aufgelöst worden. Drittens: Falls dieser Bundestag bis zum Jahr 1987 lebt, dann ist jedenfalls meine gegenwärtige Vorstellung, dann auszuscheiden. Denn Ende des Jahres 1987 werde ich 69 Jahre alt sein. Das wird dann ein Lebensalter, in dem ein Backbencher sich zurückziehen soll.

Peking fordert Vernichtung von SS 20 in Asien

dpa/AP, Peking

China hat die Sowjetunion zu einer „beträchtlichen" Reduzierung ihrer SS-20-Atomraketen in Asien aufgefordert. Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen könnten ohne diese Voraussetzung nicht normalisiert werden, schrieb die offizielle chinesische „Volkszeitung". Der Leitartikel erschien einen Tag nach dem Abflug des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Kapiza aus Peking und wird auch als eine Antwort auf das Angebot von Staats- und Parteichef Jurij Andropow angesehen, einen Teil der SS 20 zu verschrotten und nicht nach Asien zu verlegen.

„Es ist wohl bekannt, daß eine große Zahl von SS 20 in dem asiatischen Teil der Sowjetunion aufgestellt ist und daß sie eine beträchtliche Gefahr für China und die anderen asiatischen Länder darstellen", heißt es in der Zeitung. „China hat die Sowjetunion gebeten, drei Hürden auf dem Weg zur Entwicklung der Beziehungen zu beseitigen. Eine der Hürden sind die sowjetischen Streitkräfte in den chinesisch-sowjetischen und chinesisch-mongolischen Grenzgebieten, und diese schließen auch die Raketen ein."

Chinas Außenminister Wu Xueqian sagte auf die Frage, ob sich bei den Gesprächen mit Kapiza über die Grenzprobleme oder in der Frage der SS-20-Raketen auf sowjetischer Seite schon etwas bewegt habe, es sei unvorstellbar, alle Probleme in einer Gesprächsrunde lösen zu können. Die Gespräche mit Kapiza aber seien „ruhig, vernünftig und freimütig" verlaufen.

Seite 2: Schlüsselrolle

Moskau: Pazifist im Gefängnis

AFP, Moskau

Einer der Gründer der Pazifistengruppe „Für den Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen den USA und der UdSSR", Sergej Rosenoer, ist in Moskau festgenommen worden. Er wurde nach Mitteilung von Freunden in eine Wache der Miliz gebracht und erhielt eine zehntägige Gefängnisstrafe. Die Telefone von Rosenoer und einem anderen Mitglied der Gruppe wurden gekappt. Der Pazifist war bereits am 11. August dieses Jahres verhört worden, weil sich zum Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima rund 50 Menschen in seiner Wohnung getroffen hatten.



Ziviler Ungehorsam und der Sitzredakteur Böll

GÜNTHER BADING, Bonn

Das Selbstverständliche wurde zur „ausdiskutierten" Erkenntnis erhoben: Protest und ziviler Ungehorsam haben im demokratischen Staat gewaltlos zu sein. Dies war das Ergebnis einer vom frisch gegründeten „Kulturforum der Sozialdemokratie" am Wochenende in Bonn veranstalteten Diskussion über den erwarteten „zivilen Ungehorsam" während der sogenannten Aktionswochen der „Friedensbewegung" im Oktober und November.

Daß die schlicht zu „Regelverletzungen" herabgestuften Gesetzesübertretungen im Rahmen des zivilen Ungehorsams das Recht einer in demokratischen Wahlen unterlegenen Minderheit seien, war vorab akzeptierte Gesprächsvoraussetzung. Nur einer blieb hart und bekannte, daß Recht Recht bleiben müsse. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Günter Schröder, mahnte: „Wer Recht verletzt nach den zur Zeit geltenden Normen, muß erwarten, daß die Polizei gegen ihn vorgeht." Ob die Blockade einer Kaserne Nötigung sei oder nicht, könne und dürfe nicht die Polizei entscheiden; das sei Sache der Juristen.

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hatte die Zwei-Tage-Versammlung mit dem Bekenntnis zur außerparlamentarischen Opposition eröffnet. Er glaube, daß in einer Diskussion um so entscheidende Fragen wie Nachrüstung „die Legitimation durch Verfahren der bloße Verweis auf Mehrheitsentscheidungen (gemeint war die Bundestagswahl vom 6. März) nicht mehr genügt". Ihm assistierte nach mehrstündiger Aneinanderreihung von Vorträgen in einem Statement zur Diskussionseröffnung Bundesrichter Helmut Simon. Wenn sich Ethik und geltendes Recht nicht mehr voll deckten – was der Verfassungsrichter für die Rüstungsfrage zu unterstellen schien –, dann müsse man sich fragen: „Reicht das einfache Mehrheitsprinzip auch für folgenschwere Entscheidungen irreversibler Natur aus?" Die Stationierung von Massenvernichtungswaffen grenze an jenen Bereich des Natur-Unrechts, für den Mehrheitsentscheidungen, ja jede Abstimmung nicht zulässig sei.

Neben Professor Habermas und seinem Oxford-Kollegen Dworkin diskutierte Heinrich Böll, der „die Straße" schlicht zum „Medium" der sogenannten Friedensbewegung erklärte und sich als Friedens-Blokkierer selbst zum „Sitzredakteur" dieses Mediums ernannte.

Zimmermann und der Mut der Union zum Wahlkampf in Groß-Gerau

Beim Auftritt des Innenministers mußte der Saal geräumt werden / Gesteuerter Protest

D. GURATZSCH, Groß-Gerau

Es grenzte schon fast an Tollkühnheit, daß sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann im hessischen Wahlkampf nach Groß-Gerau wagte. Die Stadt war bis zum vergangenen Jahr eines der Zentren der militanten Startbahnbewegung. Bis heute sind hier politische Veranstaltungen mit ruhigem Ablauf kaum möglich. Die SPD führt deshalb im Kreis Groß-Gerau einen Wahlkampf auf Sparflamme. Ministerpräsident Holger Börner tritt in der Region rund um Mörfelden-Walldorf kaum in Erscheinung.

Die CDU dagegen hat in beinahe jedem Ort des Kreises eine öffentliche Veranstaltung abgehalten. Dabei ist sie immer aufs neue mit einer Wandertruppe aneinandergeraten, die ein Pfeif-und-Klamauk-Happening aufführte. Das Ritual wirkte wie einstudiert. Sobald der Gastredner ans Mikrophon trat, zogen die Störer rote und gelbe Trillerpfeifen aus der Tasche (die alle im gleichen Geschäft gekauft zu sein schienen) und setzten zu einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert an. Dieses Pfeifkonzert, nur unterbrochen durch Sprechchöre und grelle Zwischenrufe, nahm in der Regel keinerlei Bezug auf Person und Argumente des Redners, der offenbar einfach übertönt werden sollte. Das alles erinnerte sehr an Störversuche im Wahlkampf vom vergangenen Jahr.

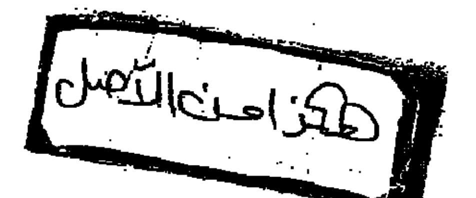
Und doch ist die Szene grundsätzlich verschieden. Bei den jungen Leuten zwischen 14 und 4 Jahren, die vielfach in schwarzer Kluft, mit langen Haaren oder Punkerfrisur, auch tätowiert, mit Bärten, einige sogar zahnlos und fast zerlumpt, von einem Auftritt zum andern ziehen, handelt es sich um die versprengten Überbleibsel der Startbahnbewegung, die in die Anarchoszene abgeglitten sind. Ihr Motto ist der Wahlboykott. Zu den Parteien im Landtag, ja sogar zu den Grünen, haben sie offenbar jede Beziehung verloren.

Dennoch hat sich eine politische Gruppierung anscheinend an diese Politpunker angehängt: die DKP-nahe Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). Sie steuert vorgedruckte Minitransparente mit der Aufschrift „Lehrstellenlügner" sowie militante Sprechchöre bei, die sich vor allem gegen die NATO richten. Das Echo bei der Bevölkerung ist, anders als im vergangenen Jahr, Distanzierung und offene Ablehnung.

Für Zimmermanns Veranstaltung in Groß-Gerau waren vorher Handzettel in Frankfurt verteilt worden. Unter Parolen wie „Zimmermann Mörder und Faschist", „Solidarität mit den revolutionären Gefangenen in den NATO-KZs" und einem Russenstern wurde eine detaillierte „Wegbeschreibung" zum Veranstaltungsort, der Jahn-Turnhalle in Groß-Gerau gegeben.

Etwa 200 waren dem Aufruf gefolgt, 150 waren durch die Sperren hindurch in die Halle gelangt. Als der Bundesinnenminister den Saal betrat, grüßten sie ihn provozierend mit dem Hitlergruß.

Zimmermann sah sich außerstande, gegen die Lärmkulisse anzureden. Nach mehreren vergeblichen Ermahnungen ließ schließlich der Versammlungsleiter den Saal durch Polizisten mit Schutzhelmen von den Störern räumen. Erst dann konnte Zimmermann zu den etwa 500 Bürgern sprechen. Der Bundesinnenminister sagte, er habe einen solchen Auftritt in seiner gesamten Tätigkeit als Politiker noch nicht erlebt. „Wenn die dran kämen, die sich heute so benommen haben, sie wären schlimmer als die Nazis und die Faschisten", rief der Minister unter stürmischem Applaus. Inzwischen wurden draußen Scheiben eingeworfen und Autos demoliert.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Amerika als Prügelknabe

„Nein": WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Kommentar ist schockierend, aber nur allzu wahr. Verantwortliche Linke, so scheint es, wollen weitere Verhandlungen in Genf überflüssig machen, gerade jetzt, wenn man Grund und Hoffnung zur Annahme hat, daß die UdSSR von ihrer starren Position abweichen könnte. Oder handelt es sich hier um einen Akt emotioneller Sabotage? Als rational ist ein solches Verhalten (wobei der US-Präsident als Verbrecher beschimpft wird) doch wohl nicht zu erklären!

Die Welle des Anti-Amerikanismus wird bis zur Hysterie aufgepeitscht, selbst in den Massen-Medien, wobei einige ganz „smarte" Kommentatoren einen großen Unterschied sehen zwischen der Reagan-Regierung und dem Amerikaner als Bürger. Die Tatsache, daß eben diese Bürger Reagan als Präsidenten gewählt haben, ist scheinbar Nebensache. Nur während der Hitler-Zeit habe ich vergleichbare Feind-Bilder entstehen sehen. Auch damals tosender Beifall für völlig irrationale und demagogische Parolen. Wie sagten die Nazis es noch?: Eine Lüge, einmal gesagt, wird als solche erkannt; aber eine Lüge tausendfach wiederholt, wird als Wahrheit angesehen.

Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist ja kaum 40 Jahre alt. Sollte sie schon wieder abgeschafft und ersetzt werden durch einen Deutschen Diktatorischen Rätestaat (DDR) mit einem Staatsratsvorsitzenden als Führer des Volkes?

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Wagner,
Hamburg 13

Wir haben die Opfer an Gut und Blut, die die Amerikaner zur Befreiung von unserem „heißgeliebten Führer" gebracht haben, ebenso die nachfolgenden Care-Paket-Aktionen und die Marshall-Plan-Hilfen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft wohlwollend akzeptiert. Daß die jüngeren idealistischen Anhänger der Friedensbewegung diese historischen Zusammenhänge nicht kennen, ist verständlich und verzeihlich.

Aber sollten die älteren Vertreter, insbesondere diejenigen einer gewissen Prominenz, nicht der Sowjetischen Botschaft eine schicke kleine Demo liefern in Erinnerung an gewisse Ereignisse vor Kriegsausbruch, statt ihre würdigen Hintern gerade vor amerikanischen Kasernen niederzulassen? Wo steckt da der Sinn gerade in dem Zeitraum Ende August/Anfang September, in dem der Kriegsausbruch und die unmittelbar vorhergehenden Ereignisse unsere Gedanken beherrschen?

Wenn wir einmal unter mehr oder minder diskretem Hinweis auf bestehende Rüstungsungleichheiten von einer gewissen Seite aufgefordert werden sollten, unser morbides, reaktionäres System gefälligst den östlichen, so freiheitlichen Vorstellungen, den sogenannten „Errungenschaften" anzupassen, was werden uns dann gewisse Führer der Friedensbewegung raten, die für sich das Äußerste an Freiheit verlangen und genießen? Ob wir dann vielleicht noch einmal die Amerikaner bitten sollten?

Mit freundlicher Begrüßung
Prof. Dr. Karl Bender,
Ratingen 4

Schon vergessen?

„Dregger geht auf Distanz zu Albrecht und George": WELT vom 10. September

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

die Aufgeregtheit in Teilen der Union über die von Ernst Albrecht und Haimo George formulierten Gedanken ist schwer zu begreifen.

Hat die Union vergessen, daß nicht zuletzt ihr Bekenntnis zu unpopulären Maßnahmen ihr den Wahlsieg vom 6. März beschert hat? Der Wähler besitzt anscheinend mehr Einsicht in die Notwendigkeit, die Volkswirtschaft zu konsolidieren, als manche uns glauben machen wollen. Der Wähler hat längst erkannt, daß eine gesunde Volkswirtschaft unabdingbare Voraussetzung seiner eigenen sozialen Sicherheit ist.

Ob man zu jeder Einzelheit des Albrecht- oder George-Papiers ja sagen kann, spielt in diesem Zusammenhang nur eine untergeordnete Rolle. Ernst Albrecht und Haimo George gebührt Dank, daß sie das grundsätzlich Richtige formuliert haben.

Mit freundlichen Grüßen
Ernst-Markfried Kraatz,
Hagen 5

Erwähnenswert

„Mit Dürrenmatts ‚Physikern' in den heißen Herbst": WELT vom 29. August

Sehr geehrte Frau Bergmann,

in der WELT habe ich Ihre resümierende Betrachtung der Spielpläne der deutschen Theater gesehen und kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie den Spielplan des Deutschen Schauspielhauses Hamburg nicht erhalten haben, sonst wäre es doch sicher von Interesse gewesen zu erwähnen, daß wir nicht das zu Recht „fragwürdig" genannte Stück „Bruder Eichmann" von Heiner Kipphardt spielen, sondern eine eigene Fassung der Eichmann-Protokolle vorbereiten. Auch Rainer Mennickens Stück „Starker Hans", das sich an der Biographie von Wolfgang Neuss orientiert, wäre im Zusammenhang mit „Entdeckerfreuden" sicher einer Erwähnung wert gewesen. Und daß es keinen Edward Bond auf einem deutschen Spielplan gibt, ist einfach nicht wahr: Urs Troller wird im Malersaal in der Kampnagelfabrik „Die Hochzeit des Papstes" inszenieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ludwig Brundiers,
Deutsches Schauspielhaus
Hamburg 1

Sehr beeindruckt

Sehr geehrte Frau Kranefuss,

Ihr Bericht über die pflegerische Arbeit in den Alsterdorfer Anstalten, der in der WELT vom 20. August erschienen ist, hat mich sehr beeindruckt. Sie haben wirklich die schwere Mühe auf sich genommen und mitgearbeitet, anstatt sich die Erlebnisse, Sorgen und Nöte nur erzählen zu lassen. Das ist sicherlich die schwierigste Form von lebendigem Journalismus. Als Vater eines geistig behinderten Sohnes von 13 Jahren und als Elternvertreter einer Schule für geistig Behinderte kann ich aus eigener Erfahrung und aus Gesprächen mit anderen Eltern Ihre Schilderungen deutlich mitempfinden.

Ich hoffe und wünsche mir, daß Ihr Erlebnisbericht viele Menschen nachdenklich stimmt.

Vielen Dank für diese ehrliche Schilderung.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Günter Fischer,
Wentorf

Wort des Tages

» Ohne die Bereitschaft und die Fähigkeit zu Konsumbeschränkung und Selbstbeherrschung taumeln wir über kurz oder lang in den Abgrund, geht uns buchstäblich die Luft aus. Wer heute noch meint, daß Begriffe wie Opfer und Verzicht altmodisch seien, der ist sehr kurzsichtig und ein Mensch von vorgestern. Wer sich um eine menschenwürdige und lebenswerte Zukunft auf unserer Erde sorgt, weiß diese verkannten christlichen Tugenden zu schätzen. «

Heinrich Tenhumberg, Dr., Theologe (geboren 1915)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Prof. **Peter Kruschel**, Bischof in Hamburg, erhält am 20. September in Coburg die Ehrendoktorwürde der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Hamburg. Am gleichen Tag und gleichen Ort bekommt Bischof **Karlheinz Stoll**, Kiel, die Ehrendoktorwürde der Kieler Universität. Beide Theologen sind in Coburg zur Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

*

Prof. Dr. **Achim Zink**, Vorstandsvorsitzender der Badenia Bausparkasse AG Karlsruhe, erhielt das Bundesverdientskreuz am Bande.

*

Für Verdienste um die Gesundheitserziehung in Hessen sind Dr. **Kurt Fackiner**, Kassel, Leiter des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung, **Otto Lieser**, Hanau, Jugendzahnarzt des Mainz-Kinzig-Kreises, und Staatssekretär a. D. **Adolf Philippi**, Wiesbaden, mit der Bernhard-Christoph-Faust-Medaille in Silber ausgezeichnet worden. Faust, 1755 in Rotenburg/Fulda geboren, gilt als Begründer der systematischen Gesundheitserziehung in Elternhaus und Schule.

JAHRESTAG

Rund hundert Libanesen gedachten am Samstag des ersten Todestages ihres am 14. September 1982 ermordeten gewählten Staatspräsidenten **Beschir Gemayel** mit einem Gottesdienst in der Mission Catholique Francophone in Frankfurt. Der Leiter des Bonner Büros der „Résistance Libanaise", **Camille Tawil**, hielt die Ansprache. Mit Befremden notierte man die Abwesenheit des neuen libanesischen Botschafters in Bonn, **Mahmud Hammud**.

„Alternative zu Kernwaffen hieße Kapitulation“

DW. Berlin

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Roers hat es als seine „Hauptsorge“ bezeichnet, daß die Sowjets ihr Ziel, Westeuropa politisch und wirtschaftlich zu beherrschen, ohne einen einzigen Schuß abzugeben, erreichen könnten. Im Sender Freies Berlin erläuterte Rogers, daß der Westen in allen drei Abschreckungskategorien vom Osten überholt worden sei: auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen, bei den taktischen Gefechtswaffen (Mittelstreckenraketen) und bei den Waffengattungen der konventionellen Verteidigung. Der Abschreckungswert könne nur durch ein zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis in Genf oder – falls dies nicht zustande kommt – durch die Nachrüstung der NATO wiederhergestellt werden.

Der NATO-Oberbefehlshaber wies auf die Gefahr hin, daß der Westen im Falle eines konventionellen Angriffs „ziemlich schnell auf den Einsatz von Kernwaffen zurückgreifen“ müsse, weil ein solcher Angriff mit konventionellen Mitteln allein nicht abgewehrt werden könne. Ohne den Einsatz von Kernwaffen hieße die Alternative dann Kapitulation. Weder das eine noch das andere sei akzeptabel. So plädierte Rogers für eine Erhöhung der konventionellen Verteidigungskraft des Westens bis spätestens zum Ende dieses Jahrzehnts.

Auf die Frage, wie sich die Amerikaner verhalten würden, falls Aktivisten der „Friedensbewegung“ in ein amerikanisches Atommunitionsdepot eindringen würden, sagte Rogers, es gäbe klare Bestimmungen: „Die Soldaten sind ermächtigt, als letztes Mittel tödliche Gewalt einzusetzen, um jedermann daran zu hindern, in ein Gebiet, wo Atomwaffen lagern, einzudringen.“ Rogers drückte jedoch gleichzeitig die Hoffnung aus, daß die deutsche Polizei solcher Situationen Herr werden könne. „Eine Konfrontation“, sagte Rogers, „ist das allerletzte, was wir wollen.“

Zur „Friedensbewegung“ meinte der General, daß er viele ihrer Sorgen verstehe, aber daß er einseitige Abrüstung, wie sie Pazifisten wollen, nicht akzeptieren könne. „Wir alle wollen Frieden, und niemand wünscht ihn mehr als ich, der ich schon in zwei Kriegen gekämpft habe. Aber: Ich möchte Frieden in Freiheit. Einige unserer Demonstranten übersehen diesen Unterschied oft.“

Stockholm scheut den diplomatischen Protest

U-Boot-Sommerbericht nennt nicht mehr Herkunftsland

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedens Küste ist weiterhin ein begehrtes Ziel fremder U-Boote. In einem Bericht an die Regierung stellt Oberbefehlshaber Lennart Ljung fest, daß in diesem Sommer die schwedischen Territorialgewässer höchstwahrscheinlich 20- bis 40mal verletzt worden sind und dabei in der Hauptsache Kleinst-U-Boote tief ins Hoheitsgebiet eingedrungen seien. Nach Ansicht des Oberbefehlshabers und der Regierung reiche das Material jedoch nicht aus, um eindeutig eine Nationalität der Eindringlinge feststellen zu können, weswegen von Stockholm kein neuer diplomatischer Protest zu erwarten sei.

Die Jagd nach fremden U-Booten in schwedischen Hoheitsgewässern ist für die Marine in diesem Sommer zu einer Vollzeitbeschäftigung geworden. Nach dem Zwischenfall im Haarsfjärden vor den Toren Stockholms im Oktober 1982 und dem daraus resultierenden Bericht der U-Boot-Schutzkommission, der Ende April dieses Jahres vorgelegt wurde und zu einem scharfen, an die Sowjetunion gerichteten Protest führte, nahmen die sowohl von der Zivilbevölkerung als auch von den Militärs gesammelten Beobachtungen erheblich zu. Wie aus dem Bericht des Oberbefehlshabers hervorgeht, blieben nach einer ersten Aussortierung noch rund 200 Verdachtsmomente übrig, die untersucht wurden.

Danach hätten 20 bis 40 Grenzverletzungen „höchsten Substanzwert“. Hierbei habe es sich um nichts anderes handeln können als um fremde U-Boote. Das Interesse der Eindringlinge konzentrierte sich auf die Schären und die militärischen Sperrgebiete vor Sundsvall, Stockholm und Karlskrona. Insgesamt entfiel etwa die Hälfte aller Verdachtsmeldungen auf die Ostküste. Nach Ansicht Lennart Ljungs habe sich das Verhaltensmuster der fremden U-Boote in schwedischen Gewässern nach der Veröffentlichung des Kommissionsberichtes im April deutlich verändert. Sie seien nunmehr sehr darauf bedacht, keine Spuren, wie Abdrükke auf dem Meeresboden, zu hinterlassen, sich noch mehr als bisher der Radarkontrolle zu entziehen und die Verbindungen mit der Außenwelt soweit wie möglich einzuschränken.

Verteidigungsminister Anders Thunborg erklärte zu dem Bericht des Oberbefehlshabers, die Herkunft der Eindringlinge sei nicht eindeutig auszumachen. Im Gegensatz zu dem Haarsfjärden-Zwischenfall gäbe es diesmal keine lückenlose Indizienkette. Seitens der Militärs wird jedoch betont, daß auch jetzt wieder erhebliches Beweismaterial verschiedener Art gesammelt worden sei und daß man davon ausgehe, daß zum überwiegenden Teil in den inneren Gewässern Kleinst-U-Boote eingesetzt worden seien, während die größeren Mutter-U-Boote außerhalb des engen Küstenstreifens gelegen hätten. Vereinzelt seien allerdings auch sie weit innerhalb des schwedischen Seeterritoriums beobachtet worden. Aus den Unterlagen der Marine stellt der sicherheitspolitische Experte der Konservativen, Carl Bilt, jedoch fest: „Wenn ich das recht verstehe, hatte der Oberbefehlshaber nicht den Auftrag, die Grenzverletzungen in erster Linie unter dem Herkunftsaspekt zu untersuchen. Würde die Regierung eine derartige Analyse bestellen, wäre das Ergebnis dasselbe wie das vom April dieses Jahres.“ Bilt meint, die Politiker sollten sich nicht scheuen, das Kind, die Sowjetunion, beim Namen zu nennen. In der Sitzung des außenpolitischen Beirates des Parlaments wurde jedoch beschlossen, keinen diplomatischen Protest abzugeben.

Der Verteidigungsminister versicherte, Schweden werde den fast schon permanenten Aufenthalt fremder U-Boote vor seiner Küste nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen. Die Bekämpfungsmittel würden ständig verbessert. Marine-Chef Per Rudberg verglich die Leistungsentwicklung mit dem Gymnasium. Man habe zu Beginn der Zwischenfälle auf der Unterstufe gestanden, liege jetzt auf der Grenze zur Oberstufe. Anders Thunborg bestätigte, daß die Marine die U-Boot-Bekämpfung auf Kosten der langfristigen Strategie die Verhinderung einer Invasion verschärfen könne. Bis 1992 würden darüber hinaus zusätzlich umgerechnet 360 Millionen Mark bereitgestellt. Aber erst 1987 verfügt Schweden über eine erste integrierte U-Boot-Bekämpfungsflotte, bestehend aus Flugzeugen, Hubschraubern und den notwendigen schwimmenden Einheiten, 1992 könnte die zweite einsatzbereit sein.

Seite 2: Die U-Boot-Lüge

Um Berlin wird in der UNO seit zehn Jahren still und zäh gerungen

Ein Jahrzehnt deutsch-deutsche Beziehungen in den Vereinten Nationen / Eine Bilanz

[illegible]TTA BAUER, New York

Noch 1[illegible]1 hatte der damalige Bundeskanzl[illegible] Willy Brandt bei einer Presseko[illegible]erenz in New York auf die Frage, [illegible] die Bundesrepublik Deutschl[illegible]d die Mitgliedschaft in den Ver[illegible]ten Nationen anstrebe, geantworte[illegible] „Ehrlich gesagt – ich kann ohne si[illegible]uskommen.“ Zwei Jahre später [illegible] es dennoch soweit. Ein kompliz[illegible]tes rechtliches Schema, das Vie[illegible]ächteabkommen über Berlin, der [illegible]rundlagenvertrag mit der „DDR“ [illegible]aubten den Aufnahmeantrag, oh[illegible] daß ein Veto der jeweils mit ihn[illegible] verbündenten Großmächte gegen [illegible] einen oder den anderen zu erwarte[illegible]ar.

Diese[illegible]fangsschwierigkeiten sind an dem [illegible]rhältnis der Bundesrepublik un[illegible]r „DDR“ zueinander auch noch ze[illegible] Jahre später zu spüren. Es war sch[illegible]lich die deutsche Teilung, die die [illegible]nahme um nahezu 20 Jahre hina[illegible]ezögert hatte, nicht der Ursprung [illegible] Vereinten Nationen aus der Kr[illegible]koalition gegen eben dieses La[illegible] Dennoch sagt der ständige Vertret[illegible]er Bundesrepublik in den Verein[illegible] Nationen, Botschafter Günth[illegible]n Well: „Wir haben es vermocht, [illegible]sen schwierigen Akt zu vollzie[illegible] ohne den Eindruck zu erwecken[illegible]aß die Deutschlandfrage endgül[illegible]m Sinne der Teilung gelöst ist.“

Das [illegible]festiert sich in dem nationalen [illegible]ehalt, der in jeder Erklärung ei[illegible] Vertreters der Bundesrepublik [illegible]em Forum der UNO enthalten [illegible]r lautet: „Es ist das erklärte [illegible] der Bundesrepublik Deutsch[illegible], auf einen Zustand des Frieden[illegible] Europa hinzuarbeiten, in dem die[illegible]sche Nation ihre Einheit in freier[illegible]stbestimmung wiedererlangt.“ [illegible]iesen Vorbehalt entgegnet reg[illegible]ßig der Vertreter der „DDR“, [illegible] sein Land in freier Selbstb[illegible]mung sich für den sozialistische[illegible]g entschieden hat. Bei atmosph[illegible]en Störungen zwischen d[illegible]iden Staaten wird der nationale[illegible]behalt in der „DDR“-Erklärung [illegible]um „Revanchismus“ hochge[illegible] Meist bleibt es bei der Routin[illegible]ung. Die deutsche Frage [illegible] ein weiteres Jahr Ruhe.

We[illegible] [illegible]ntlich, dafür um so öfter w[illegible] [illegible]rlin-Klausel angefochten, [illegible] [illegible]n Brief des Bundesaußenministers Walter Scheel aus dem Jahre 1973 besagt, daß die Bundesrepublik auch die Interessen von Berlin (West) bei den Vereinten Nationen vertritt – außer in Fragen, die sich die vier Mächte vorbehalten haben, also Sicherheit und Status. „Der UN-Generalsekretär“, erläutert Botschafter van Well, „ist Depositar für die meisten multilateralen Verträge. Wir geben dazu eine Verbalnote ab, daß das jeweilige Übereinkommen auch für Berlin (West) gilt.“ Danach wird fast automatisch von der Sowjetunion, der „DDR“ und sogar anderen osteuropäischen Staaten, die nicht Signatare des Viermächteabkommens sind, Protest erhoben.

Das war bei der inzwischen in Kraft getretenen internationalen Konvention gegen Geiselnahme der Fall, die auf eine Initiative der Bundesrepublik zurückgeht und gegen deren Entstehung die „DDR“ keine wesentliche Obstruktion betrieben hatte. „Doch selbst bei solch sachbezogenen Abmachungen“, schrieb van Well in der Zeitschrift „Berlin aktuell“, „wie dem internationalen Naturkautschuk-Abkommen von 1979 hat die Sowjetunion die Berlin-Erklärung der Bundesregierung nicht schweigend hingenommen.“ Um die Einordnung von Berlin (West) in statistischen und demographischen Jahrbüchern gibt es ständig einen stillen, aber zähen Kampf.

„Korrekte Beziehungen“

Die Vollversammlung und ihre sieben Hauptausschüsse, die UNO-Organisation in Genf, Wien oder Nairobi, das Kinderhilfswerk, die Unesco, die Weltgesundheitsbehörde und die übrigen Agenturen der Völkerorganisation sind die einzigen Gremien, in denen deutsche diplomatische Vertreter aus zwei Staaten gleichberechtigt nebeneinandersitzen – so wie ihre Fahnen vor dem Glaspalast nebeneinander im New Yorker Wind wehen. „Unsere Beziehungen sind korrekt“, sagt van Well. „Man sagt guten Tag, man wechselt ein paar Worte, kaum jedoch etwas Substantielles.“ Im vergangenen Jahr trennte ein Gang die beiden Delegationen. In demselben kann das Los sie wieder Ellbogen an Ellbogen nähern.

Man macht Höflichkeitsbesuche – „als ich vor zwei Jahren Herrn von Wechmar nachfolgte, stellte ich mich bei Florin vor. Als Florin ging, kam Botschafter Harry oft zu mir.“ Zu den Nationalfeiertagen, bei uns der Verfassungstag, dort der Tag der Staatsgründung, wird eingeladen. Eine menschliche Beziehung, auch bei den nachgeordneten diplomatischen Chargen, ergibt sich kaum. „Es geht ja auch oft hart zu in den Ausschüssen“, sagt eine Diplomatin. „Da verbietet sich schon eine freundschaftliche Beziehung.“

Die Bundesrepublik, das bestätigt jeder Delegierte und auch Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, ist ein angesehenes Mitglied der Weltorganisation. „Man akzeptiert den politischen Standort der Bundesrepublik als wesentlicher Partner des Westens, der jedoch verbesserte Beziehungen zum Ostblock anstrebt, der eine Initiativ-Rolle im Verhältnis zur Dritten Welt spielt“, sagt van Well. Schließlich ist die Bundesrepublik mit 8,54 Prozent viertgrößter Beitragszahler zum UNO-Haushalt, nach den USA, der UdSSR und Japan. Rechnet man die freiwilligen Beiträge für Friedenstruppen, für technische Hilfe hinzu, an denen sich die Sowjetunion nicht beteiligt, steht sie sogar nach den USA und Japan an dritter Stelle.

Fragt man die „richtigen“ Afrikaner, bekommt man über die „DDR“ zu hören, daß sie ein „angesehenes, zuverlässiges“ UNO-Mitglied sei. Wenn es jedoch um Wirtschaftshilfe geht, hält man sich lieber an die anderen Deutschen. Da nimmt man sogar das hartnäckige Beharren der Bundesrepublik auf Menschenrechte und Selbstbestimmung, auch für die Deutschen, in Kauf.

Angriffe auf die Bundesrepublik, für die die „DDR“ vorgeschickt wird, zielen meist auf ihre Beziehungen zu Südafrika. Die Namibia-Initiative jedoch, an der die Bundesrepublik führend beteiligt ist, hat diesen Versuchen einer „offensiven Linie“ (so van Well) entgegengewirkt. Umgekehrt „behalten wir uns vor, wenn sich Vorfälle ereignen, die angeprangert werden müssen, das auch zu tun. Wenn die UNO-Charta, die Menschenrechte tangiert sind, lassen wir uns nicht hindern, das vorzubringen. Wir haben regelmäßig auf die unhaltbaren Zustände an der Grenze hingewiesen.“ (SAD)

Zentrale des Geheimdienstes in Damaskus zerstört

DW. Damaskus

Bei einem Bombenanschlag im Zentrum der syrischen Hauptstadt Damaskus wurde, wie erst jetzt bekannt wurde, am 27. August die Zentrale des syrischen Nachrichtendienstes zerstört. Ein Vertreter der Moslembrüder sagte, seine Organisation habe das Attentat ausgeführt, bei dem 30 Personen, meistens Mitarbeiter des Nachrichtendienstes, getötet worden waren.

Der Anschlag ist die erste bekanntgewordene Operation, seitdem die Moslembrüder in Syrien mit dem Arafat-treuen Flügel der al-Fatah zusammenarbeiten. Die Kooperation ist das Ergebnis einer Reihe von geheimen Absprachen, in denen Moslembrüder mit al-Fatah-Offizieren aller Rangstufen in den vergangenen Monaten zusammengetroffen waren. Auch Arafat hatte mit Repräsentanten der Moslembrüder in Südjemen, in Libanon und Tunesien gesprochen.

Dabei kam man überein, daß die al-Fatah den Moslembrüdern Waffen liefern sollte. Darüber hinaus wurden palästinensische Ausbilder bereitgestellt, die die Moslembrüder für Sabotageaktionen trainieren sollten und ihnen bei der Bildung eines neuen Systems geheimer Zellen helfen sollten.

Springer spendete für Krankenhaus

SAD/DW. Jerusalem

Der Berliner Verleger Axel Springer und seine Frau Friede haben gestern im Beisein von Bürgermeister Teddy Kollek einen Ölbaum im Garten des vor der Vollendung stehenden Krankenhauses „Misgav Ladach“ in Jerusalem gepflanzt. Springer hatte zur Errichtung des Krankenhauses einen finanziellen Beitrag geleistet.

„Misgav Ladach“ ist das älteste Krankenhaus der Stadt. Es wurde vor 140 Jahren im jüdischen Viertel der Jerusalemer Altstadt erbaut, war jedoch 1948 von jordanischen Truppen zerstört worden. Das evakuierte Personal richtete daraufhin im israelischen Westteil der Stadt eine provisorische Klinik ein. Das an der ursprünglichen Stätte wieder errichtete Krankenhaus soll eine der modernsten Kliniken im Nahen Osten werden.

Bischof klagt Führung der „DDR“ an

■ Fortsetzung von Seite 1

schen Kirche „gern akzeptiert“, wenn sich eine Zusammenarbeit mit dem Staat außerhalb unserer Grenzen abspielt und damit der Außenpolitik der DDR und ihrem internationalen Ansehen zugutekommt... Warum aber ist es nicht möglich, diese gute Praxis vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften auch auf die *innenpolitische Szene zu übertragen?* Warum regieren hier so oft Mißtrauen, Verdächtigung und strikte Abgrenzung, vor allem der Jugend gegenüber? Wir müssen es deutlich sagen: Was sich nicht im Innern unseres Landes als praktikabel erweist, kann von uns auch nicht überzeugend dargestellt werden und erlangt keine Glaubwürdigkeit im internationalen Bereich."

Zur Raketenproblematik heißt es: „Wir befürchten eine weitere Militarisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in und zwischen den Staaten in Ost und West." Der Saalfelder Superintendent Ludwig Groß wandte sich entschieden gegen die „Eingrenzung der Ablehnung atomarer Waffen auf Westeuropa in der Propaganda". Die Verantwortung für das Leben von Menschen gelte „uneingegrenzt".

Synode bestürzt über Strafe für Jugenddiakon

Rochau half Ausreisewilligen und forderte Umweltschutz

hrk. **Potsdam**

Mit großer Betroffenheit haben am Wochenende die 60 Mitglieder des höchsten Kirchenparlaments der „DDR" die Nachricht über die in einem Geheimprozeß ausgesprochene dreijährige Gefängnisstrafe gegen den Jugenddiakon Lothar Rochau aus Halle aufgenommen. Er war am Freitag in einem Geheimverfahren wegen angeblicher „*staatsfeindlicher* Hetze, Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit und ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" nach Paragraph 106 des „DDR"-Strafgesetzbuches verurteilt worden.

Der Diplom-Jurist Dietmar Funcke, ein Bekannter Rochaus, war im selben Verfahren wegen ähnlicher Delikte sogar für viereinhalb Jahre ins Gefängnis geschickt worden. Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Rochau ist verheiratet und hat zwei Kinder. Auf Anfragen beunruhigter Synodaler sagte der Magdeburger Konsistorialpräsident Martin Kramer, Rochau sei am 23. Juni verhaftet worden. Der Stellvertreter des Ratsvorsitzenden des Bezirks Halle habe gegenüber Bischof Werner Krusche erklärt, diese Verhaftung stünde nicht im Zusammenhang mit der kirchlichen Tätigkeit von Rochau. Unmittelbar vor dem Prozeß habe Krusche dann nochmals einzugreifen versucht und auf „denkbare kirchenpolitische Auswirkungen" hingewiesen, die durch ein hartes Urteil gegen Rochau entstehen könnten, „ohne daß sie von irgendeiner Seite beabsichtigt sind".

Nähere Einzelheiten über die Hintergründe des Verfahrens konnte Kramer nicht mitteilen. Rochaus Verhaftung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als er nach innerkirchlichen Auseinandersetzungen über die Art seiner Arbeit als Jugenddiakon Ende Febraur 1983 aus dem kirchlichen Dienst zunächst ausgeschieden war.

Offenbar sahen die örtlichen Sicherheitsbehörden danach eine Chance, Rochau zu verhaften. Er hatte sich durch zahlreiche Umweltschutzaktivitäten im besonders luftbelasteten Chemierevier um Halle – durch Fahrrad-Demonstrationen und andere Aktionen – „verdächtig" gemacht.

Offenbar hängt Rochaus drakonische und als Abschreckung in den kirchlichen Raum hinein gedachte Strafe mit Kontakten zu Ausreisewilligen zusammen, von denen auch Kramer am Wochenende berichtete.

Washington: Wie der Kreml manipuliert, fälscht, täuscht

Studie des US-Außenministeriums über sowjetische „Aktivmaßnahmen" gegen den Westen

AP, **Washington**

Die Sowjetunion verstärkt nach Beobachtungen des US-Außenministeriums ihre Bemühungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in nichtkommunistischen Ländern durch Manipulation der Medien, Verbreitung gezielter Falschmeldungen und Anwendung anderer Täuschungstechniken. *Die Moskauer* Kampagne ziele in erster Linie darauf ab, die Unterstützung für die geplante Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa zu untergraben. Die Kampagnen werden allerdings nicht nur in Westeuropa, sondern weltweit geführt, heißt es in einem am Wochenende veröffentlichten Bericht des State Department.

Die Studie gibt einen Überblick über sowjetische „Aktivmaßnahmen", die seit der Vorlage eines früheren Berichts – Juli 1982 – beobachtet worden sind. Es wird eingeräumt, daß es gelegentlich schwierig sei, festzustellen, ob eine bestimmte Aktion von den Sowjets selbst oder von einem „befreundeten Geheimdienst" eingeleitet worden sei. Angesichts der engen Zusammenarbeit zwischen dem KGB und seinen befreundeten Diensten in anderen Ländern sei diese Unterscheidung jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Als Beispiele sowjetischer Desinformationspolitik werden genannt:

– Die Sitzung der Versammlung des „Weltfriedensrates" in Prag im Juni, an der zahlreiche nichtkommunistische Friedensgruppen teilnahmen. Der Rat wird in der Studie als „bedeutende sowjetische Tarnorganisation" bezeichnet, der es gelungen sei, den Widerstand gegen die beabsichtigte NATO-Nachrüstung zusammenzufassen und gleichzeitig sicherzustellen, daß keine Kritik an der Aufstellung sowjetischer SS-20-Raketen geäußert worden sei.

– Die Verwicklung sowjetischer Diplomaten in die schweizerische und norwegische „Friedensbewegung". Beide Regierungen haben Sowjetdiplomaten wegen ungebührlichen Verhaltens ausgewiesen.

– Erkenntnisse des niederländischen Geheimdienstes über Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien der Niederlande und der Sowjetunion bei Agitationskampagnen gegen den NATO-Nachrüstungsplan.

– Veröffentlichung gefälschter Depeschen der amerikanischen Botschaft in Rom mit dem Ziel, „glaubhafte Beweise" für den Vorwurf zu liefern, daß die Vereinigten Staaten die Verhaftung eines bulgarischen Geheimdienstbeamten im Zusammenhang mit dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. arrangiert hätten.

– Veröffentlichung eines gefälschten Dokuments in einer spanischen Wochenzeitung. In dem Falsifikat, das angeblich den *Sicherheitsberater* des ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter zum Verfasser hatte, wurden Maßnahmen zur Destabilisierung Polens gefordert.

– Eine gefälschte State-Department-Depesche, die in Österreich auftauchte und in der die Schulung von Emigranten und ihre Entsendung in ihre Ursprungsländer als Teil eines US-Programms zum Export der Demokratie gefordert wurde.

– Verbreitung gefälschter Dokumente in einer Reihe arabischer Staaten, in denen behauptet wurde, die USA hätten die Libanon-Aktion Israels im Jahre 1982 im voraus gebilligt.

In der Studie wird ausgeführt, daß es schwierig sei, die Auswirkungen der genannten Maßnahmen einzuschätzen. Deren Erfolg scheine jedoch in den Entwicklungsländern größer als anderswo zu sein.

CSU-Streit: Voigt will Termin bei Strauß

rtr, **Veitshöchheim**

Trotz seiner scharfen Kritik an dem vom Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß eingefädelten Milliardenkredit für die „DDR" ist der Bundestagsabgeordnete Ekkehard Voigt mit großer Mehrheit als Vorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises (WPA) der CSU wiedergewählt worden. Voigt, der 102 von 117 Stimmen erhielt, bemühte sich auf einer Pressekonferenz am Rande der WPA-Landesversammlung, einen Schlußstrich unter den Streit mit der CSU-Führung zu ziehen. In nächster Zeit werde er ein Gespräch mit Generalsekretär Otto Wiesheu führen. Außerdem wolle er sich um einen Termin mit Strauß bemühen.

Voigt hatte den Milliardenkredit als „politisches Schiebergeschäft wie auf dem schwarzen Markt" bezeichnet und Strauß beschuldigt, damit gegen Grundsätze der Partei verstoßen zu haben. Der Abgeordnete war daraufhin von Wiesheu heftig attakkiert worden. Vor der Presse räumte Voigt zwar ein, daß er im Stil seiner Kritik möglicherweise danebengegriffen habe. Er blieb aber bei seiner grundsätzlichen Ablehnung des „DDR"-Kredits, weil das Prinzip von Leistung und Gegenleistung mißachtet worden sei.

„Gromyko lag wenig an Reise“

● Fortsetzung von Seite 1

Ländern neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erforschen".

Ein ursprünglich für das Wochenende vorgesehener Besuch des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Georgi Kornijenko in Großbritannien ist, wie aus London bekannt wurde, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Der stellvertretende britische Außenminister Malcolm Rifkind sagte dazu, „in Anbetracht der gegenwärtigen Lage" habe man einen Aufschub des Besuches für geboten gehalten. Dies bezog sich offenbar auf den Abschuß des südkoreanischen Passagierflugzeugs.

Die britische Premierministerin Margret Thatcher bezeichnete es als unverständlich daß einige Verbündete sich nicht auf eine Verurteilung der Sowjetunion einlassen wollten.

Ceausescu soll vermitteln

US-Abgeordnete ersuchen um Demarche für Erfolg in Genf

AFP/AP/rtr, **Bukarest**

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu ist von acht amerikanischen Parlamentariern aufgefordert worden, im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zwischen den Regierungen der USA und der Sowjetunion zu vermitteln. Wie die amtliche rumänische Nachrichtenagentur Agerpres meldet, ersuchten ihn die Abgeordneten des US-Kongresses, sich dafür einzusetzen, „die Genfer Abrüstungsgespräche aus der Sackgasse herauszuführen".

Ceausescu weist in seiner ebenfalls von Agerpres veröffentlichten Antwort darauf hin, daß er Präsident Ronald Reagan sowie Staats- und Parteichef Jurij Andropow bereits in Botschaften ersucht habe, „alles zu tun, um die Genfer Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen". In seiner Antwort forderte Ceausescu die beiden Weltmächte USA und UdSSR ferner auf, bis zum erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen auf die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland, der „DDR", der Tschechoslowakei und anderen Staaten zu verzichten und ihre Rüstungsausgaben für zwei Jahre auf den Stand von 1983 einzufrieren.

Unterzeichner des Briefes an Ceausescu sind George Brown, Barney Frank, Michael Barnes, Edward Markey, Thomas J. Downey, Berkley Bedell, Paul Simon und David Bonior. Im Verlauf seiner Europa-Reise ist der amerikanische Vizepräsident George Bush gestern in Rumänien zu einer Unterredung mit Ceausescu eingetroffen.

EG fürchtet neuen Alleingang Athens

Partner erwägen, den Ratspräsidenten vor der UNO nicht für sie sprechen zu lassen

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die EG-Partner erwägen, dem griechischen Außenminister Joannis Charalambopoulos das Recht zu verweigern, in der nächsten Woche als EG-Ratspräsident in der UNO-Vollversammlung für die Europäische Gemeinschaft zu sprechen. Als Voraussetzung gilt auf jeden Fall, daß Charalambopoulos vorher seinen Text mit den EG-Partnern abstimmt. Andernfalls befürchten die beteiligten Außenminister angesichts der unliebsamen Erfahrungen beim EG-Außenministertreffen in Athen vor einer Woche, daß der Grieche in New York *im Alleingang Dinge vertreten könnte*, die keineswegs mit der Politik der übrigen Partner übereinstimmen.

In den vergangenen Jahren war der regelmäßge Auftritt des jeweiligen EG-Ratspräsidenten in der UNO-Vollversammlung stets unumstritten. *Der betreffende Außenminister setzte* die europäischen Partner üblicherweise vorher von den Schwerpunkten seiner Rede in Kenntnis. Darüber wurde dann im Politischen Komitee der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) diskutiert. So wurde dafür gesorgt, daß der Sprecher – nach Absolvierung des „nationalen Teils" seiner UNO-Ansprache – in ausgewogener Weise den Standpunkt der EG-Partner zu anstehenden internationalen Fragen vortrug.

Charalambopoulos benahm sich jedoch als Ratsvorsitzender während des Athener Außenministertreffens so eigenwillig und unkooperativ, daß sich die Reste seiner ohnehin schon geringen europäischen Kompetenz in Luft auflösten. Die Intransigenz des Griechen verhinderte jeden Versuch, eine gemeinsame Verurteilung des sowjetischen Abschusses einer koreanischen Verkehrsmaschine herbeizuführen.

Das war nicht der erste Fall griechischer Blockade. Seit dem Amtsantritt der Regierung Papandreou ist fast jedes Kommuniqué der EG oder der NATO, wenn es um heikle politische Fragen geht, mit abweichenden griechischen Fußnoten verunziert. Darum konnte der sonst öffentlich sehr zurückhaltende Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach der Athener Tagung nicht anders, als von einer „Vertrauenskrise" *innerhalb der Gemeinschaft zu sprechen.*

Der Gedanke, daß die Griechen nun in der UNO vor der gesamten Weltöffentlichkeit die EG blamieren könnten, bereitet den Regierungen in den Partnerstaaten Kopfschmerzen.

DKP-Krach um Wahlbündnis

W. K. **Düsseldorf/Bremen**

Um das Bremer Wahlbündnis zwischen DKP und einer Alternativgruppierung zur „Betrieblich-Alternativen Liste" (BAL) ist in der DKP-Führung ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Nach anfänglicher Billigung des Verzichts auf eine eigene DKP-Wahlbeteiligung plant der Parteivorstand in Düsseldorf die Ablösung Bremer Spitzengenossen nach der Wahl. Ihnen wird die Preisgabe unverzichtbarer DKP-Positionen vorgeworfen. Die nicht der DKP angehörenden BAL-Funktionäre wiederum haben das DKP-Organ „Unsere Zeit" (UZ) zu einer „*Richtigstellung*" *aufgefordert*. Die „UZ"-Redaktion dazu am Wochenende: „Im Sinne des Erfolgs der BAL halten wir es nicht für richtig, Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund zu rücken."

Sinnvolle Sanierung

Rei. – Köln zum Beispiel hat noch eine Reihe intakter Quartiere. Originelle Häuserzeilen mit guter Verkehrsanbindung werden von einer ausgewogen zusammengesetzten Bevölkerung bewohnt: Handwerker und Angestellte, Studenten und Ausländer, die Besitzer der Läden und Kneipen an der Ecke. Die Idylle war jedoch bedroht von Verslumung. Die Miethäuser hatten oft keine Zentralheizung, die Keller waren finstere Verließe, Wasch- und Trockenplatz wurden unters Dach verlegt und verhinderten zusätzlichen Wohnraum. Wenn der wilhelminische Putz bröckelte, wurde er abgeschlagen, und häuften sich noch andere Mängel, dachte man eher an Abriß und Neubau als an Erneuerung.

Doch gerade noch rechtzeitig wurde kehrt gemacht. Nicht zuletzt steuerliche Rahmenbedingungen, planungsrechtliche Hilfen und finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Kassen ermöglichten die Sanierung solcher Stadtteile. In Köln ist mancherorts zu sehen, wie vorsichtig Hinterhöfe „entkernt“, Fassaden aufgefrischt, Dächer ausgebaut werden und wie mit schönen alten Steinen aus Abgebrochenem Neues gemauert wird.

Vorsichtiger staatlicher Eingriff hat Gutes bewirkt, mehr als rein „wirtschaftliche Vorgehensweisen wie Abbruch, Kahlschlag und Neubau“, – so Bauminister Schneider (CSU) auf einer Festveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der historischen Städte Bamberg, Lübeck, Regensburg. Allerdings müßten, so Schneider, die erhaltenswerten Gebäude auch sinnvoll nutzbar sein. Dazu bedürfe es aber der Kompromisse mit dem Denkmalschutz. Andernfalls drohe die Gefahr, daß Altstädte zu „gigantischen Freiluftmuseen“ degenerierten. Und wer mag schon in einem Museum leben?

Widersprüchlich

J. Sch. (Paris) – Frankreichs Zukunft liege im technologischen Fortschritt. Dafür müsse mehr denn je investiert werden. Dieses jüngste Glaubensbekenntnis von Staatspräsident Mitterrand dürfte so schnell aber kaum zu verwirklichen sein. Nachdem die Investitionstätigkeit in Frankreich dieses Jahr um real 2,6 Prozent schrumpfen wird, rechnet die Regierung selbst für 1984 mit einem weiteren Rückgang von 0,5 Prozent. Außerdem verkündete der Präsident, daß die privaten wie staatlichen Unternehmen von ihren hohen Schulden herunter müßten. Aber wenn sie mehr investieren, würden sie wohl auch mehr Kredite aufnehmen, zumal sie ihren Preisanstieg begrenzen sollen. Um diesen Widerspruch zu lösen, erstrebt Mitterrand eine starke Kreditverbilligung. Dadurch würden die Finanzlasten der Unternehmen in investitionsfördernder Weise erleichtert, sagte er. Fragt sich nur, ob sich solche expansiven Ambitionen mit der notwendigen Austerity-Politik auf einen Nenner bringen lassen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Vor der Sitzung der Außen- und Finanzminister

Bonn will auf wirksamen Einsatz der knappen Finanzmittel dringen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Einen wirksameren Einsatz der Finanzmittel der EG hält die Bundesregierung für geboten. In einem Positionspapier zur Reform der Gemeinschaft tritt sie dafür ein, ausgabenwirksame Politiken künftig nur noch nach genauer Analyse des Sach- und Handlungsbedarfs zu beschließen und sich dabei auf solche Programme zu konzentrieren, deren Ziele nicht oder nicht genügend effizient durch nationale Programme erreicht werden können.

Das Papier ist eines von vier Memoranden, die den Außen- und Finanzministern bei ihren morgigen Beratungen zum Thema „Vorrangige Bereiche für neue Gemeinschaftspolitiken“ vorliegen. Gedanken gemacht haben sich neben der EG-Kommission auch noch die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens. Die Positionsbeschreibungen spiegeln nicht nur die gegenläufigen Interessen der Nettozahler und -empfängerländer wider, sondern auch recht unterschiedliche Vorstellungen über die künftige Rolle der Gemeinschaft. Vor allem in der Industriepolitik scheiden sich dabei die Geister.

Die Bonner Stellungnahme geht von der Überlegung aus, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik und die durch sie gesetzten Rahmenbedingungen die entscheidenden Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben sollten. Nach Ansicht der Bundesregierung muß die Gemeinschaft daher ihr Hauptinteresse darauf richten, die nationalen Wirtschaftspolitiken wirksamer zu koordinieren. Gerade in diesem Bereich entscheide sich die wirtschaftliche Zukunft der Gemeinschaft.

Bonn hält es vor allem für nötig, die marktwirtschaftlichen Steuerungselemente zu stärken. Eine weitere finanzielle Aufstockung der ausgabenwirksamen Politiken drohe die Gemeinschaft nur stärker vom Wettbewerbs- und Leistungsdenken wegzuführen. Vermieden werden müsse vor allem, daß sich die Fonds der EG zu einem interventionistischen Instrumentarium für einzelne Wirtschaftszweige entwickeln. Dies würde die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der europäischen Volkswirtschaften beeinträchtigen. Zwar verschließt sich auch die Bundesregierung nicht grundsätzlich der Forderung nach wirksamen Aktionen der EG. Entscheidend ist nach ihrer Meinung jedoch das „allgemeine wirtschaftspolitische Umfeld“ in den beteiligten Ländern.

Deutlich im Gegensatz zu diesen (vor allem vom Sparwillen geprägten) Vorstellungen stehen die französischen Ideen über den Beitrag der EG zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der europäischen Forschungs- und Spitzentechnologie. Sie zielen nicht nur auf höhere Zahlungen aus der EG-Kasse, die Schaffung besonderer europäischer Normen und eine Erleichterung von Kooperationen zwischen Unternehmen aus der EG ab, sondern auf eine umfassende industriepolitische Strategie unter Einschluß handelspolitischer Schutzelemente.

So tritt Paris dafür ein, in dem zu schaffenden einheitlichen „Industrie- und Wissenschaftsraum“ (Espace industriel et scientifique) die Zusammenarbeit zwischen Firmen der Gemeinschaft gegenüber Kooperationen mit Drittlandsunternehmen zu begünstigen und den Aufbau einer wettbewerbsfähigen europäischen Industrie durch vorübergehende Importzölle auf bestimmte Erzeugnisse der Spitzentechnologie zu erleichtern.

Daß es den Franzosen mit diesem Konzept ernst ist, geht schon daraus hervor, daß sich Staatspräsident Mitterrand persönlich immer wieder zum Sprecher einer engeren industriepolitischen Zusammenarbeit in der EG gemacht hat. In die gleiche Richtung gehen auch die jüngsten Äußerungen von Finanzminister Delors. Darin wurden den EG-Partnern „Konsequenzen“ Frankreichs angedroht, falls sich die Bemühungen um eine Belebung der Gemeinschaft als erfolglos erweisen sollten.

Auch das deutsche Memorandum nennt daher eine Reihe von Aktionsfeldern für neue Gemeinschaftsprojekte. Dazu zählen vor allem Maßnahmen der Forschungspolitik, Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie eine stärkere Kooperation im Fernmeldebereich.

US-AKTIENMÄRKTE

Mit der Geldmenge im Griff könnten Zinsen nun sinken

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Wall Street hat sich wieder einmal geirrt: Der erhoffte Spurt an den US-Aktienmärkten dauerte zu Beginn der Börsenwoche nur eine knappe Stunde, als der Dow-Jones-Industrie-Index um nahezu 20 Punkte in die Höhe schoß. Dann ging es vier Tage lang nur noch abwärts – eine beinahe panikartige Zinsfurcht vertrieb die Investoren, wobei sich der Abgabedruck hauptsächlich auf die im „Dow“ zusammengefaßten „Blue Chips“ konzentrierte. Erst am Freitag kehrte die Vernunft zurück; seitdem herrscht wieder Haussestimmung.

Die Zitterperiode scheint in der Tat vorbei zu sein. Denn nicht bewahrheitet haben sich die Gerüchte, daß die US-Notenbank die im Juli begonnene Geldverknappung weiter fortsetzen muß. Vielmehr hat sie die monetäre Versorgung im Griff, wie die neuesten Statistiken zeigen: Alle Aggregate liegen innerhalb der Zielkorridore. Ohne Aufregung wurde deshalb auch die jüngste Zunahme von M1 (Bargeld und Sichteinlagen) um 5,5 Milliarden Dollar registriert. Das weitgehend technisch bedingte Plus war allgemein erwartet worden. Nicht umsonst sackte der Dollar am Freitag am New Yorker Platz nachbörslich von 2,6775 auf 2,6715 Mark.

Viele Broker an der Wall Street sehen nicht nur den Geldkurs des Federal Reserve Systems nunmehr als gesichert an. Sie verweisen auch auf entlastende konjunkturelle Faktoren wie die Verlangsamung der Industrieproduktion und den Rückgang der Einzelhandelsumsätze in den letzten beiden Monaten.

Das schwächt nach ihrem Urteil die private Kreditnachfrage ab, so daß der Finanzierungsbedarf der Treasury, die in dieser Woche 14 Milliarden Dollar aufnimmt, leichter zu decken ist. Dean Witter rechnet bis März mit einem Zinsrutsch um 200 Basispunkte. Andere Häuser sind allerdings nicht so optimistisch.

Prudential-Bache bleibt dabei, daß der Rentenmarkt Washingtons Rekordhaushaltsdefizite nicht finanzieren kann und höhere Zinsen den US-Konjunkturmotor 1984 „zum Stottern bringen“. Das muß nicht sein, wenn es Republikanern und Demokraten im Kongreß wirklich gelingt, Steueranhebungen durchzusetzen. Man spricht von zwölf Milliarden Dollar. Obwohl längst nicht genug, wäre es ein Schritt in Richtung Geldverbilligung. Positiv ist überdies die im August auf 76,7 Prozent gestiegene Kapazitätsauslastung der US-Industrie, weil sie die Investitionsbereitschaft vergrößert.

Der „Dow“ gewann Freitag 10,67 Punkte, sank aber im Wochenverlauf um 14,03 auf 1225,71 Punkte. Weniger geschüttelt wurde der breitere Nyse-Index, der über die Woche nur 0,37 Punkte verlor und am letzten Börsentag um 0,94 auf 96,17 Punkte anzog. Festzustellen ist ein plötzliches Interesse an zyklischen Werten wie Stahl, Chemikalien, Aluminium und Öl. Die Krise in der Computerbranche drückt die „High Tech“-Papiere.

Aufgabe Steuerreform

Von PETER GILLIES

Ein politischer Appetithappen besonderer Art lockt seit einigen Wochen: eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer. Über Details schweigt sich die Politik aus. Weder werden Summen noch verläßliche Daten genannt. Ein Konzept ist selbst in Umrissen nicht erkennbar.

Durch die weiteren Kürzungsversuche des Haushaltsausschusses in der vergangenen Woche hat sich der finanzielle Spielraum um ein Quentchen erweitert – gemessen an einer Steuerentlastung von mindestens 13 bis 16 Milliarden Mark jedoch nur eine Mini-Etappe auf langem Weg.

Trotz zunehmenden Drängens auf Entlastung hält die Bundesregierung an ihrem Plan fest, erst im Frühjahr 1984 einen Grundsatzbeschluß zu fassen, der 1987 in Kraft treten könnte. Sie fühlt sich in einem Zielkonflikt zwischen der Haushaltskonsolidierung einerseits und der – auch von ihr für nötig gehaltenen – Steuerentlastung.

Der steigende Steuerwiderstand und die Blüte der Schattenwirtschaft sind der Reflex auf fiskalische Sünden, zu denen die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt weitere gehäuft hat. Im Zentrum des düsteren Bildes der Besteuerung steht die explodierte Lohnsteuer. So hat der Durchschnittsverdiener im Jahre 1960 noch 390 Mark Lohnsteuer gezahlt, 1970 waren es bereits 1628 Mark, 1980 fast 5000 Mark, und 1985 dürften es nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes rund 7100 Mark sein.

Hauptursache dafür ist die „kalte Progression“ des Steuertarifs. Als die CDU/CSU noch in der Opposition war, hat sie die heimlichen Steuererhöhungen ergreifend geschildert. Durch das Zusammenwirken von Progression und Inflation kassierte der Fiskus allein 1981/82 rund 15 Milliarden „heimlich“, bis 1985 dürften es weitere 30 bis 40 Milliarden Mark sein.

Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Prinzip der Leistungsfähigkeit, denn der Staat besteuert damit Kaufkraft, über die der Bürger nicht verfügt, weil sie lediglich aus Inflationsblähungen besteht. Viele Mittel- und Kleinverdiener sind in die Progression geraten, die eigentlich gar nicht für sie gedacht war.

Die Verdrossenheit kommt nicht nur aus der Steuer, sondern auch aus anderen Zwangsabgaben, vor allem für Soziales. Ein lediger Arbeitnehmer behielt 1982 von einer Gehaltserhöhung von 100 Mark nur 39,20 Mark übrig. Der Rest waren direkte und indirekte Steuern und Sozialabgaben. 1985 dürften es nur noch 35 Mark sein.

Der Zugriff auf das zusätzlich verdiente Leistungseinkommen hat die 50-Prozent-Grenze überschritten – nicht für Millionäre, sondern für Durchschnittsverdiener. In der Steuerklasse I lag sie 1982 bei 51,4 Prozent (ohne indirekte Steuern). Die Entlastungsnotwendigkeiten sind so zwingend wie gewaltig. Aber auch die Reform, so sie irgendwann käme, brächte keine Steuersenkung, sondern nur eine Atempause bei weiteren Erhöhungen.

Zusätzlich kompliziert wird der Auftrag zur Steuerreform durch den Vorsatz, für Familien mit Kindern ein steuergünstiges Splitting einzuführen, Subventionen abzubauen, die Gemeindefinanzen umzugestalten, endlich zu vereinfachen und zumindest die dringendsten Widersprüche steuerpflichtiger Flickschusterei aufzulösen.

Die Betrachtung, man könne bei den Einkommensteuern nur etwas nachlassen, wenn man im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht, ist zu statisch, wenn auch für einen bedrängten Finanzminister verständlich. Eine kräftige Steuersenkung bietet immer auch Wachstumsanreize, wenngleich man keine Wunder erwarten darf.

Die zahlreichen Ideen, neue Abgaben und Steuern offen oder verdeckt einzuführen, den Spitzensteuersatz vielleicht von 56 auf 60 Prozent aufzustocken oder die Verbrauchssteuern kräftig zu erhöhen, sind allesamt Irrwege. Würde man sie beschreiten, belebte man die Untergrundwirtschaft und riskierte letztlich weitere Arbeitslosigkeit.

Nach Jahren, in denen die Steuerpolitik aus dem Ruder gelaufen ist, sind plötzliche Fundamentalkorrekturen schwer möglich. Dazu ist das Thema mit zuviel – auch außerökonomischen – Faktoren befrachtet. Aber es ist an der Zeit, sich der Diskussion zu stellen. Die heute Regierenden brauchen nur auf ihre Reden zurückzugreifen, die sie jahrelang hielten.

AUF EIN WORT

„Eine Volkswirtschaft wie die unsere kann es sich einfach nicht leisten, ihrer Industrie Energiepreise zuzumuten, die die Konkurrenz im Ausland nicht zu tragen braucht. Wir dürfen uns nicht vom Energiepreisniveau der konkurrierenden Industrienationen abkoppeln. Und vor allem müssen wir erkennen, daß wir schon auf diesem verhängnisvollen Weg sind.“

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorsitzender des Vorstandes der Veba AG, Düsseldorf FOTO: WOLF P. PRANGE

WERFTENKRISE

Stoltenberg: Noch kein klares Bremer Konzept

dpa/VWD, **Hamburg/Bremen**

Die Werftenkrise in Hamburg und Bremen beschäftigte auch am Wochenende die Verantwortlichen in Bund und Ländern. Während die Besetzung des Hamburger Werks der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) unverändert fortgesetzt wurde, kam es zwischen dem Bremer Senat und der Bundesregierung zu neuen Unstimmigkeiten. Der Senat teilte nach einer Nachtsitzung am Sonntagmittag mit, man habe mit „großer Verwunderung feststellen müssen, daß bisherige Absprachen zur Behandlung des Antrags der Werftvorstände im Bund am Wochenende aufgehoben wurden“.

Entgegen früherer Absprachen erwarte Bonn zunächst von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Treuarbeit“ eine Tragfähigkeitsbestätigung für das vorgelegte Konzept einer Fusion der Bremer Werften und die hierfür beantragte Finanzierung, um dann über weitere Schritte zu entscheiden.

Sonnabend hatte Bundesfinanzminister Stoltenberg den Senat kritisiert, weil er „immer noch kein klares Konzept“ für die künftige Struktur der Werften vorgelegt habe. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hatte erklärt, das Fusionskonzept sei so lange noch unvollständig, wie noch andere Konzepte geprüft werden. Wie Lambsdorff Freitagabend in Bremerhaven in einem Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft sagte, wolle Bonn dort helfen, wo sinnvoll geholfen werden könne. Von einer 75prozentigen Hilfe aus Bonn, wie Bremens Bürgermeister Hans Koschnick gefordert habe, könne jedoch nicht die Rede sein. Dies würde einen Präzedenzfall schaffen, der nicht gewollt sein könne.

Opec-Förderung sinkt weiter

rtr, **Tulsa**

Der Anteil der Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) an der gesamten Weltölförderung ist im ersten Halbjahr auf den niedrigsten Stand seit Bestehen des Kartells abgesunken. Wie es in der Fachzeitschrift „Trade Journal“ heißt, lag der Opec-Anteil lediglich noch bei 31,1 Prozent, wobei sich die durchschnittliche Tagesförderung in der ersten Jahreshälfte auf 15,9 Millionen Barrel belaufen habe. Damit sei die Fördermenge erstmals seit 1967 unter 16 Millionen Barrel gefallen.

STAHLKRISE

„Hochzeitsgeschenk“ aus Bonn für Krupp und Thyssen?

rtr, **Bonn**

Die beiden Stahlunternehmen Thyssen und Krupp hoffen auf ein zusätzliches „Hochzeitsgeschenk“ des Bundes. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums erklärte am Rande eines Treffens der Wirtschaftsminister aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz in Aachen, zwar sei der von den beiden Unternehmen ins Gespräch gebrachte Betrag von 1,5 Milliarden Mark „in der Höhe unrealistisch“, doch habe die Bundesregierung Entgegenkommen signalisiert.

Allerdings räumte der Sprecher ein, daß ein Gespräch zwischen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und den beiden Unternehmensvorständen „nicht so sehr viel weitergebracht“ habe, es stehe noch „ein gutes Stück Arbeit“ bevor. Die Bundesregierung hat wiederholt anklingen lassen, daß sie ein ganz besonderes Interesse an der Zusammenarbeit dieser beiden Unternehmen habe. Von ihrer Zusammenlegung der Stahloperationen erwarte man sich „eine Signalwirkung“ auf die Sanierungsanstrengungen für die gesamte deutsche Stahlindustrie.

Aus informierten Kreisen wurde darauf verwiesen, daß dieser Betrag nicht in die drei Milliarden Mark einbezogen sei, die die Bundesregierung bislang als Obergrenze der öffentlichen Umstrukturierungshilfen zugesagt hat. „Diese Beträge sind bei den Unternehmen längst stillschweigend verbucht“, hieß es dazu. Momentan gehe es nun um Gelder über diesen Betrag hinaus. Die Möglichkeit, daß im Falle der Gewährung von Zusatzhilfen für das Zusammengehen auch die anderen Stahlunternehmen neue Gelder einfordern werden, wollte der Sprecher nicht ausschließen.

VEREINIGTE STAATEN

Washington gegen Einfuhr von britischem Billigstahl

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Reagan-Administration wird nicht zulassen, daß Amerikas größter Stahlkonzern, die U.S. Steel Corporation in Pittsburgh, jährlich drei Millionen Tonnen Halbzeug in Form von Brammen aus England bezieht. Wie der Staatssekretär im Handelsministerium, Lionel Olmer, vor einem Kongreßausschuß erklärte, würden derartige Einfuhren das gesamte im vergangenen Herbst mit der AEG ausgehandelte Stahlpaket, das freiwillige europäische Lieferbeschränkungen enthält, gefährden.

Gegen die erheblich verbilligten Importe läuft auch die Gewerkschaft der United Steelworkers Sturm, die den Verlust von 3000 Arbeitsplätzen befürchtet. Um das Geschäft mit der British Steel Corp. abzublocken, hat die amerikanische Bethlehem Steel Corp. mit einer Einfuhrbeschwerde gedroht, weil das englische Halbzeug nach ihrer Überzeugung subventioniert ist und die Lieferungen damit gegen das Gesetz, das unfaire Handelspraktiken untersagt, verstößt.

Laut Olmer erwägt die Administration zwei Eingriffsmöglichkeiten: Einmal kann sie nach Absprache mit Brüssel die britischen Brammen in die Quotenregelung einbeziehen, die jetzt zehn Produkte umfaßt. Zum anderen würden, wenn sich der Subventionsverdacht bestätigt, Ausgleichszölle die Lieferung, weil unwirtschaftlich, stoppen. Nach Berechnungen des Ministeriums verdoppeln sich nahezu die US-Stahlbezüge aus Westeuropa, gemessen am 83er Niveau.

Nach den Plänen der U.S. Steel würde British Steel in die Fairless-Werke außerhalb von Philadelphia, wo die Brammen weiterverarbeitet werden sollen, 150 bis 600 Millionen Dollar investieren.

KAFFEE-ABKOMMEN / Das Kartell besteht 20 Jahre – Vertrag wird verlängert

Dumpingpreise überschatten Jubiläum

dpa/VWD, **London**

In der West-Londoner Berners Street wird in diesen Tagen ein seltenes Jubiläum gefeiert. Wenn am 19. September im Haus Nr. 22 Delegationen aus insgesamt 72 Ländern zusammenkommen, können sie auf das 20jährige Bestehen eines internationalen Abkommens zurückblicken, das bis zum heutigen Tag recht gut funktioniert hat: Das Internatioanale Kaffee-Abkommen.

Die Bedeutung des Abkommens ist nicht zu überschätzen: Die Exporteinnahmen aus der Kaffee-Erzeugung lagen 1982 mit rund neun Milliarden US-Dollar an zweiter Stelle hinter dem Erdöl. Viele der 47 kaffeeproduzierenden Länder, die das Abkommen unterzeichnet haben, sind mangels anderer Rohstoffe auf die Einnahmen durch den Export angewiesen.

Um den Handel zu steuern, wurde 1963 das Kaffee-Abkommen geschlossen, das einen angemessenen Preis für das beliebte Genußmittel sichern und die Einnahmen der Mitgliedstaaten steuern soll.

Hauptanliegen des Abkommens ist aber die Sicherung der Preise. Von 1963 bis 1973 war das bei allgemeiner Überproduktion einfach. Die Mitgliedsstaaten einigten sich auf ihrem jährlichen Treffen in London auf Exportquoten, um Angebot und Nachfrage auszugleichen. Probleme hatte das ICO dagegen von 1974 bis 1980, als Frosteinbrüche in Brasilien und politische Wirren in afrikanischen Kaffee-Ländern den Kaffee plötzlich rar und damit teurer werden ließen.

Seit 1980 aber hat sich die Lage verändert. Die Kaffee-Länder produzieren – wie früher – mehr, als Konsumenten in den Verbraucherländern des Abkommens abnehmen können. Der Preis hat sich gehandelt, und erhöht sich – wie man in London stolz verweist – seit Jahren nur um den Betrag der durchschnittlichen Inflationsrate. Die Steuerung des Handels durch Exportquoten birgt auch Gefahren: Durch die Exportbeschränkungen wird auf die Hersteller Druck ausgeübt, weniger Kaffee anzubauen. Dies wiederum kann langfristig zu Knappheit auf dem Weltmarkt und damit höheren Preisen führen.

Die gegenwärtige Überproduktion hat allerdings einige Staaten dazu verleitet, ihre überflüssigen Bohnen zu Billigpreisen an Länder zu verkaufen, die nicht Mitglieder des Abkommens sind. Diese unerwünschten Verkäufe sollen jetzt auf der Jahrestagung des Kaffeerats in London diskutiert werden. Denn nichts – so ICO-Offizielle – wäre gefährlicher, als eine Unterminierung des Kaffeeabkommens, das am 1. Oktober durch einen neuen auf sechs Jahre vereinbarten Vertrag ersetzt wird. Eine Krise im internationalen Kaffeehandel könnte letztlich katastrophale Folgen für die Finanzmärkte der Welt haben: Gehören doch einige der Kaffee-Produzenten (wie Brasilien) zu den am höchsten verschuldeten Staaten der Erde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Subventionen schwer zu bremsen

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes in Mrd DM

1966	70	74	78	1982	83	1984
8,8	15,0	20,8	25,4	27,2	28,6	29,1 geplant

Aufteilung 1984 in Mrd DM: Verkehr 1,9; Landwirtschaft, Ernährung 2,8; Sparförderung, Vermögensbildung 3,1; Wohnungswesen, Städtebau 7,4; Gewerbliche Wirtschaft 9,7; sonstiges 4,2

Im Jahre 1966 betrugen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes erst 8,8 Milliarden Mark. Im kommenden Jahr werden es 29,1 Milliarden sein. Als Erfolg wird es schon gewertet, daß die Zuwachsrate 1984 auf 1,7 Prozent zurückgeht – nach über fünf Prozent 1982. Hauptempfänger der Subventionen ist die gewerbliche Wirtschaft mit 9,7 Milliarden im kommenden Jahr.

QUELLE: GLOBUS

Für EG-Abwrackaktion

Duisburg (dpa/VWD) – Die strukturellen Überkapazitäten der Binnenschiffahrt in der EG können nach Meinung von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) nur durch eine „wirksame Abwrackaktion“ verringert werden. Erfolgreich könne diese kapazitätsregulierende Maßnahme aber nur sein, „wenn gleichgerichtete Aktionen in unseren Nachbarstaaten“ in allernächster Zeit geschähen, sagte der Minister in Duisburg vor dem Internationalen Binnenschiffahrtstag. Den Niederländern warf er vor, ihre Rheinflotte in den letzten Jahren um 22 Prozent verstärkt zu haben, während die deutsche Rheinflotte in dieser Zeit um vier Prozent verringert wurde.

Weg der Kurse

	16. 9. 83	9. 9. 83
Boeing	41,75	40,75
Chrysler	29,25	29,25
Citicorp	37,625	36,50
Coca-Cola	48	48,875
Exxon	38	38,75
Ford Motors	61,375	61,25
IBM	123,50	121,375
PanAm	7,25	7,375
US Steel	29	27,75
Woolworth	35,25	37,25

Preiserhöhungen in Ungarn

Budapest (AFP) – Empfindliche Preiserhöhungen für Lebensmittel werden heute in Ungarn in Kraft treten, meldete die ungarische Nachrichtenagentur MTI. Auch die Preise in Restaurants und Cafés werden angehoben. Die ungarische Preisbehörde, so MTI, begründete die Erhöhungen mit der ungenügenden Agrarproduktion infolge der großen Trockenheit in diesem Sommer und mit der Nichterfüllung der Wirtschaftspläne in verschiedenen Industriesektoren.

Heizöl wird gespart

Hamburg (dpa/VWD) – In diesem Jahr wird der Absatz von leichtem Heizöl in der Bundesrepublik weiter sinken, wenn auch nicht mehr im gleichen Maße wie in den vergangenen drei Jahren. Die Esso AG, Hamburg, erwartet für 1983 Heizölverkäufe von rund 32 Millionen Tonnen. Das ist ein Rückgang um vier Prozent. In den ersten acht Monaten 1983 wurden in der Bundesrepublik etwa 22,8 Millionen Tonnen leichtes Heizöl abgesetzt. Das waren knapp drei Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. Noch drastischer war der Verbraucherrückgang mit über 20 Prozent beim schweren Heizöl. Dagegen ist die Nachfrage nach Benzin und Diesel 1983 gestiegen und zwar bis August um knapp ein bis etwa drei Prozent.

Postverwaltungsrat

Bonn (rei.) – Zu seiner konstituierenden Sitzung ist am Freitag in Bonn der neugebildete Postverwaltungsrat zusammengetreten. An der Sitzung nahm auch Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) teil. Am nächsten Termin, dem 12. Dezember, wird der Haushalt des Bundespostministers für 1984 zur Diskussion stehen. Der neue Verwaltungsrat ist im wesentlichen der alte geblieben. Bei einer Stimmenthaltung wurde der Vorsitzende des Vorstands der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG in Frankfurt, Walter Hesselbach, wieder zum Vorsitzenden gewählt.

Verkauf von BP-Anteilen

London (AP) – Im Zuge ihrer Reprivatisierungspolitik hat die konservative britische Regierung den Verkauf von 130 Millionen Anteilen des Erdölkonzerns British Petroleum (BP) angekündigt. Die Anteile im Wert von über 500 Millionen Pfund (fast zwei Milliarden Mark) sollen in der nächsten Woche für einen Minimalpreis von 4,05 Pfund angeboten werden. Durch den Verkauf verringert sich der von der britischen Regierung gehaltene Anteil am BP-Aktienkapital von 38,85 auf 31,73 Prozent.

Keine Einigung

Lagos (rtr) – Nigeria hat sich mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF) bislang noch nicht endgültig über die Gewährung einer Finanzhilfe an das Land einigen können. Wie Finanzminister Victor Masi mitteilte, sind auch nach dem jüngsten Besuch einer IWF-Delegation noch „einige Dinge“ strittig.

Londoner Kassapreise

	16. 9. 83	9. 9. 83
Kupfer (£/t)	1023	1077,75
Blei (£/t)	285,754	288,125
Zink (£/t)	541	577,75
Zinn (£/t)	8430	8465
Gold ($/Unze)	406,125	414,625
Silber (p/Unze)	779,05	819,80
Kakao [1] (£/t)	1510,5	1411
Kaffee [2] (£/t)	1729,5	1694,5
Zucker (£/t)	145	158
Kautschuk (p/kg)	74,5	77
Wolle (p/kg)	400	395
Baumwolle [3] (cts/lb)	89,10	91,95

[1] Abladung Dezember; [2] Abladung November;
[3] A-Index-Preis Liverpool

JAPAN / US-Kritik an Industriepolitik

„Ausländer benachteiligt"

FRED DE LA TROBE, Tokio

Meinungsverschiedenheiten zwischenUSA und Japan über Industriepolitik ließen sich auf einer zweitägigen Konferenz in Tokio nicht überbrücken. Die Amerikaner stellten vor allem die Zielgebungen und Hilfestellungen der Japaner für bestimmte, mit überdurchschnittlichen Wachstumsmschancen bedachten Zukunftsindustrien sowie die finanzielle und steuerliche Bevorzugung solcher Branchen sowie auch notleidender Industrien in Frage.

Die Differenzen beider Länder über die Frage der japanischen Industriepolitik hatten sich im Laufe dieses Jahres zu einem der Hauptstreitpunkte im chronischen Handelskonflikt zwischen Tokio und Washington herauskristallisiert. Die Delegation aus den USA wurde von Staatssekretär Michael B. Smith aus dem amerikanischen Handelsministerium und die japanische Abordnung von Staatssekretär Kunio Komatsu aus dem Industrie- und Handelsministerium (Miti) geleitet.

Die japanische Delegation verteidigte die Politik des Miti mit dem Argument, daß sie nur indirekt und risikomindernd wirke. Außerdem gebe es in den Vereinigten Staaten eine ähnliche Politik, wie sie sich etwa bei dem Schutz für die Firma Chrysler oder bei Zollerhöhungen auf Motorrad-Importe gezeigt habe. Die japanischen Maßnahmen zur Sanierung notleidender Industriezweige stehe im Einklang mit den von der OECD gebilligten Schritten.

Die amerikanische Kritik richtet sich auch gegen Subventionen für förderungswürdige Branchen und Protektion gegen ausländische Konkurrenz, um die Wettbewerbsstärke der Wirtschaft zu erhöhen. Durch administrative Hemmnisse würden etwa ausländische Unternehmen mit technischen Vorsprüngen in Japan behindert, um inländischen Firmen Zeit zu geben, die Wettbewerbsvorteile der Ausländer auszugleichen.

Von den Amerikanern angeführte Beispiele für die ausländische Konkurrenz benachteiligende Industriepolitik sind etwa die mit Regierungsmitteln begründete japanische Computergesellschaft oder das 1980 beendete dreijährige Projekt für sehr große integrierte Schaltkreise. Die Computergesellschaft leiht Geräte zu Preisen an japanische Firmen aus, die niedriger als die am Markt sind und kauft von japanischen Unternehmen auch veraltete Apparate auf, die sie dann an Kleinbetriebe weitergibt. Unter dem Projokt für integrierte Schaltkreise wurde ein Pool zwischen Regierungsstellen, Elektronikfirmen und akademischer Forschung gebildet, der wesentlichen Anteil an der Herstellung der wettbewerbsstarken 64-K und der 256-K Ram-Chips hatte. (SAD)

ITALIEN / In einem Finanzgesetz soll Haushaltsstabilisierung abgesteckt werden

Hauptansatzpunkt ist der Sozialetat

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung wird das Finanzgesetz für 1984 dem Parlament fristgerecht am 30. September vorlegen. Ins Finanzgesetz werden alle Maßnahmen Eingang finden, mit denen die Regierung den Haushalt zu stabilisieren und Mittel für die Investitions- und Beschäftigungspolitik frei zu machen beabsichtigt. Hauptansatzpunkt werden die Etats der Sozialversicherung und des staatlichen Gesundheitsdienstes sein, die allein etwa ein Drittel des Staatsdefizits ausmachen. Geplant ist unter anderem eine Verlängerung des Rentenalters von heute 60 auf 65 (Frauen 60 Jahre) stufenweise in zehn Jahren beginnend mit 1984 sowie der Wegfall des Kindergeldes bei den höheren Einkommen. Als Preis für den gewerkschaftlichen Konsens ist die Regierung dafür bereit, die Renten an die gleitende Lohnskala zu binden. Schon in der vergangenen Woche hatte die Regierung mit einer ersten Teilreform des Sozial- und Gesundheitswesens begonnen, in dem per Erlaß schärfere ärztliche Kontrollen bei Krankheit und ein Limit für Invaliditätsrenten eingeführt wurden.

Wie der sozialistische Arbeitsminister Gianni de Michelis erklärte, ist nicht daran gedacht, die Errungenschaften des in den letzten 15 Jahren aufgebauten Wohlfahrtstaates abzuschaffen. Die Regierung wolle vielmehr die Leistungen verstärkt auf diejenigen konzentrieren, die wirklich bedürftig sind.

Zusätzliche Einnahmen will die Regierung durch die für 1984 geplante neue Erhöhung der Eisenbahn-, Post- und Telefongebühren sowie die Einführung neuer kommunaler Steuern unter anderem auf Immobilien erzielen. Außerdem ist eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer geplant. Auf der Ausgabeseite sollen alle Mehrjahresprogramme überarbeitet werden, bei denen Streichungen oder zeitliche Verschiebungen als vertretbar erscheinen. Dafür will die Regierung beschleunigt die Fonds ausschöpfen, die für die Exportförderung im Agrar- und Ernährungsgüterbereich und im Tourismus zur Verfügung stehen. Keine Abstriche sind auch an dem Investitions- und Beschäftigungsfonds vorgesehen, den die Regierung 1984 mindestens ebenso hoch dotieren will wie im laufenden Jahr.

Insgesamt hofft die Regierung auf der Ausgabenseite 5000 bis 6000 Milliarden Lire (8,35 bis zehn Milliarden Mark) einsparen zu können, während die Einnahmen um zusätzlich 7000 bis 8000 Milliarden Lire steigen sollen. Damit soll das tendenzielle Defizit, das ohne Eingriffe in den Haushalt im kommenden Jahr beinahe 120 000 Milliarden Lire erreichen würde, auf annähernd 105 000 Milliarden Lire sinken.

Im laufenden Jahr wird der Kassenfehlbetrag der öffentlichen Hand voraussichtlich 85 000 Milliarden Lire erreichen, wenn es gelingt, bis Jahresende das tendenzielle Defizit in den noch verbliebenen 3½ Monaten um 4000 Milliarden Lire zu senken.

OECD / Scharfer Wettbewerb im Tourismus

Beunruhigende Perspektiven

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Touristen der westlichen Industriestaaten werden immer anspruchsvoller, stellt die OECD fest. Demzufolge würden sich die Konkurrenzbedingungen im internationalen Reiseverkehr zunehmend verschärfen. Damit könnte es zu protektionistischen Maßnahmen kommen, welche die Freizügigkeit in Frage stellen. Das seien sehr „beunruhigende" Perspektiven.

Das Tourismusjahr 1982 brachte nach den Feststellungen der OECD global allerdings wieder Zuwachsraten. Bei den Grenzübertritten und Übernachtungen waren es 0,7 und 2,4 Prozent nach Rückgängen von 1,9 und 0,5 Prozent im Vorjahr. Den Deviseneinnahmen der OECD-Länder aus dem Fremdenverkehr von 67,7 Milliarden Dollar standen Ausgaben von 69,1 Milliarden Dollar gegenüber, was ein Defizit der Touristenbilanz von 1,4 Milliarden Dollar ergab nach 4,9 Milliarden Dollar 1980.

Inflationsbereinigt und unter Ausschluß der Wechselkursschwankungen waren die Einnahmen unverändert geblieben. Es verreisten zwar mehr Personen ins Ausland und dies auch für längere Zeit. Aber sie gaben kaufkraftmäßig weniger aus, stellt die OECD fest. Für Europa verblieb aber immer noch ein Einnahmeplus von 2 Prozent, dabei von 12,7 Prozent in Italien und 9,6 Prozent in Spanien und von 4,4 Prozent in Frankreich.

Die Vereinigten Staaten dagegen mußten einen Einnahmerückgang von 11 Prozent in Kauf nehmen. Der Grund: Wegen der Dollar-Hausse waren 1982 9,4 Prozent weniger Ausländer in die USA gereist, dabei 20 Prozent weniger Briten, 9 Prozent weniger Deutsche und 6 Prozent weniger Franzosen. Umgekehrt fuhren 4 Prozent mehr Amerikaner nach Europa und 13 Prozent mehr in die pazifischen OECD-Staaten (Japan, Australien, Neuseeland).

Der Flugverkehr über den Nordatlantik in beiden Richtungen, der sich, an der Zahl der beförderten Passagiere gemessen, 1979 um 5,7 Prozent, 1980 um 1 Prozent und 1981 um 2,6 Prozent erhöht hatte, schrumpfte 1982 um 2,5 Prozent.

Leichter Anstieg der Inflationsrate

fu. London

Die Preissteigerungsrate in Großbritannien ist im August im Jahresvergleich leicht auf 4,6 Prozent gestiegen. Im Juli lag die Inflationsrate auf Jahresbasis noch bei 4,2 Prozent, nachdem sie sowohl im Mai als auch im Juni mit jeweils nur 3,7 Prozent das niedrigste Niveau seit März 1968 erreicht hatte. Im Durchschnitt erhöhten sich die Einzelhandelspreise im August wieder nur um 0,4 Prozent (Juli 0,5, Juni 0,2 und Mai 0,4 Prozent). Der Anstieg der Inflationsrate war erwartet worden, nachdem im August vergangenen Jahres der Index der Einzelhandelspreise unverändert geblieben war. In London geht man davon aus, daß die Inflationsrate von sechs Prozent am Ende dieses Jahres sogar unterschritten werden dürfte.

William J. Fellner gestorben

William J. Fellner, emeritierter Wirtschaftsprofessor der Yale-Universität, Träger des Großen Verdienstkreuzes und des Bernhard-Harms-Preises des Kieler Weltwirtschaftsinstituts sowie korrespondierendes Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften, ist in Washington im Alter von 77 Jahren gestorben. Fellner stammte aus Ungarn, studierte in Budapest, Zürich und Berlin, wo er 1929 promovierte, und kam 1938 in die USA. In einem halben Dutzend Büchern hat sich Fellner mit dem Widersinn preistreibender Politiken auseinandergesetzt. Mit ihm hat einer der ganz großen Nationalökonomen die Washingtoner Bühne verlassen. Zurück bleibt sein enger Freund, der ältere Währungs- und Außenhandelstheoretiker Gottfried Haberler. (Sbt.)

NAMEN

Hans-Adolf Barthelmeh, Vorsitzender der Geschäftsführung der Rank Xerox GmbH und früherer Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG und der Gildemeister AG, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Werner Koek, zur Zeit noch Geschäftsführer Verkauf der Langnese-Iglo GmbH, wird zum 1. Januar 1984 den Vorsitz der Geschäftsleitung der Elida-Gibbs GmbH übernehmen. Seine Nachfolge wird voraussichtlich **Jochen Kirsch** antreten.

Dr. **Hermann Wessels**, bisher als Leiter Planung, Budgetierung und Finanzanalyse der Krautkrämer GmbH tätig, hat am 1. August die Leitung des Zentralbereichs Betriebswirtschaft der Cyklop International übernommen.

USA / Streit um Ländersteuer

Die Multis laufen Sturm

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Deutschen halten sich zurück, an vorderster Front streiten die Briten gegen die Praxis von 13 US-amerikanischen Bundesstaaten, auf die weltweiten Gewinne ausländischer Unternehmen eine Einheitssteuer zu erheben. Ohne diese Abgabe, die grob aus Umsatz, Grundvermögen und Lohnsumme im jeweiligen Standortland ermittelt wird, würde die Besteuerung der „Multis" um 600 bis 900 Millionen Dollar niedriger ausfallen.

Britische Firmen sind am stärksten betroffen, weil sie in den USA in Form von Tochtergesellschaften und Beteiligungen 23,3 Milliarden Dollar investiert haben. Auf dem zweiten und dritten Rang folgen die Niederlande mit 21,4 und Kanada mit 9,8 Milliarden Dollar. Die japanischen privaten Direktinvestitionen erreichten Ende Dezember 8,7, die deutschen 8,2 Milliarden Dollar.

Erst im Juni hat der Oberste Gerichtshof in Washington den Bundesstaaten das Recht zur Steuererhebung bestätigt. Sie hatten behauptet, die Firmen könnten zu versteuerndes Einkommen durch Transaktionen mit anderen Tochtergesellschaften im Ausland „verstecken". Die Briten wiederum argumentieren, daß die US-Länder keinerlei Recht auf Abgaben besitzen.

Der Streit dauert nun schon acht Jahre, und die ausländischen Firmen in den USA hoffen, daß Präsident Reagan ihn mit einem Federstrich beilegt. Um die internationale Kontroverse aus der Welt zu schaffen, hat sich der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts kürzlich für eine Aufhebung der einseitigen Ländersteuer ausgesprochen.

RENTENMARKT / Ausländer kaufen

Stimmung schlechter als die Lage

Händler kennzeichnen die Situation am Rentenmarkt zwar als frustrierend. Aber die Stimmung ist wohl schlechter als die Lage. Das Zinsniveau blieb einigermaßen stabil, zumindest im Bereich der öffentlichen Anleihen. Immerhin konnte die Bundesbank in der vorigen Woche für gut 220 Mill. DM Bundestitel in den Markt geben. Die Nachfrage stammte vorwiegend von ausländischen Anlegern, die übrigens auch Schuldscheine des Bundes kauften. Etwas weicher präsentiert sich der Markt der Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Hier kommen neue Emissionen an den Markt, mit denen die Übernahme von Schuldscheinen finanziert wird, die von einigen Bundesländern angeboten wurden. D-Mark-Auslandsanleihen waren stabil. (cd.)

Emissionen	16.9. 83	9.9. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,96	7,95	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,88	7,87	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,10	8,10	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,32	8,22	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,08	8,09	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,81	7,81	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,52	8,53	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,08	8,08	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,37	8,36	8,45	10,32	8,32

POLEN / Anfang 1984 werden die Preise um zehn bis 20 Prozent erhöht

Die Begründung: „Politik der Wahrheit"

AFP, Warschau

Die Polen werden sich darauf einrichten müssen, im kommenden Jahr den Gürtel noch enger zu schnallen. Landwirtschaftsminister Stanislaw Zieba kündigte an, daß 1984 die Preise um zehn bis 20 Prozent angehoben werden sollen. Einzelheiten über die vorgesehenen Preissteigerungen sind noch nicht bekannt. Der Minister erklärte lediglich, die lebenswichtigen Güter, hauptsächlich die Grundnahrungsmittel, würden nur geringfügig erhöht, dafür sollen jedoch Luxusgüter sehr stark im Preis ansteigen. Welche Produkte unter diese Kategorie fallen, wurde nicht mitgeteilt.

Die für 1984 vorgesehenen weiteren Preiserhöhungen werden offiziell mit der Notwendigkeit einer „Politik der Preiswahrheit" begründet. Minister Zieba betonte, die Verbraucher müßten sich darüber klar sein, daß die Preise von den Produktionskosten abhängen. Was die Nahrungsmittel angehe, so habe der Staat am 1. Juli die den Bauern gezahlten Preise für Agrarerzeugnisse heraufgesetzt. Gewisse Produkte würden auch künftig subventioniert. Die staatlichen Zuschüsse müßten sich jedoch in Grenzen halten, setzte der Minister hinzu.

Mit den angekündigten neuen Preisaufschlägen wird das Lebensniveau des größten Teils der polnischen Bevölkerung weiter zurückgehen. Die amtliche polnische Presseagentur „PAP" hatte letzte Woche unter Berufung auf Angaben des statistischen Zentralamtes bestätigt, daß die Lebenshaltungskosten ständig ansteigen. Im ersten Halbjahr 1983 erreichte die Steigerungsrate 30 Prozent, nachdem sie im Gesamtjahr 1982 über 100 Prozent betragen hatte. Entsprechend fiel die Kaufkraft im Vergleich zum vergangenen Jahr zwischen zehn und 30 Prozent zurück.

„PAP" hatte zwar versichert, der durchschnittliche Kaufkraftverlust habe im ersten Halbjahr 1983 auf nationaler Ebene nur ein Prozent betragen, gleichzeitig jedoch hinzugesetzt, daß er für die Hälfte der Bevölkerung ganz wesentlich höher ausfiel. Weil der Entwicklung bei den Preisen keine entsprechenden Erhöhungen der Löhne und Renten gegenüberstanden, sind weitere Teile des polnischen Volkes zunehmend auf dem Wege der Verarmung.

Die wirtschaftliche Entwicklung birgt zunehmend politischen und sozialen Zündstoff. Bereits in der Vergangenheit hatte der starke Rückgang der Kaufkraft der breiten Massen zu sozialen Explosionen geführt. Ein Teil der polnischen Führungspitze scheint sich dieses Risikos bewußt zu sein. So erklärte das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Marian Kasprzyki, in einem Interview, „die Lage sei gefährlich, die Arbeiter erbittert".

INDONESIEN / Geringeres Wachstum

Erdöleinnahmen schrumpfen

dpa/VWD, Jakarta

Die künftige Wirtschaftsentwicklung Indonesiens – das gegenwärtig infolge der einseitigen Abhängigkeit vom Export von Erdöl und Erdgas tief in der Rezession steckt – wird von der Weltbank längerfristig optimistisch beurteilt. Die Bank hält allerdings aufgrund der in Jakarta getroffenen Sparmaßnahmen deutlich geringere Wachstumsraten als bisher in den kommenden beiden Jahren für unvermeidbar, rechnet aber nach Angaben von Fachleuten in Jakarta ab 1985 wieder mit einem Anstieg auf rund fünf Prozent.

Neben einer drastischen Abwertung der Rupiah Ende März hat Indonesien inzwischen eine Reihe großer Entwicklungsprojekte in einer Größenordnung bis zu 20 Milliarden US-Dollar zurückgestellt oder eingeschränkt. Außerdem hat die Regierung Suharto eine grundlegende Finanzreform eingeleitet und einen „gründlichen Abbau" der hemmenden Bürokratie versprochen.

Nach Meinung der Weltbank wird Indonesien weit besser abschneiden als die meisten Industriestaaten, für die die Bank in der Phase wirtschaftlicher Wiederholung bis 1990 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3,5 Prozent errechnet hat.

Von einer Erholung in den Industrieländern kann Indonesien nach Auffassung der Weltbankexperten aber nur mittelfristig profitieren. Unbedingte Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß der nicht vom Erdöl abhängige Teil der Wirtschaft reale Zuwachsraten von mindestens sechs Prozent erziele, um das rapide wachsende Arbeitskräftepotential zu absorbieren.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

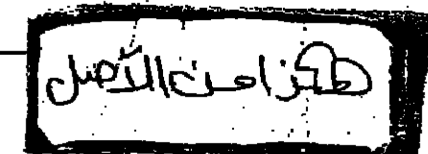
Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche





BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bernd Rüster (Hrsg.): Business Transactions in Germany, Verlag C. H. Beck, München 1983, rund 3500 S., Loseblatt in 4 Ordnern, 985 Mark.

Es gibt kaum noch ein deutsches Großunternehmen, das nicht in den Vereinigten Staaten Fuß gefaßt hat und ebensowenig amerikanische Unternehmen, die nicht in Deutschland selbst oder durch eine Tochtergesellschaft vertreten sind. Angesichts der überragenden Bedeutung des Außenwirtschaftsrechts für die Bundesrepublik Deutschland erstaunt es, daß erst jetzt ein Handbuch des deutschen Wirtschaftsrechts in englischer Sprache vorgelegt wird. Immer häufiger werden Rechtsanwälte und Wirtschaftsjuristen mit multinationalen Geschäftsvorfällen konfrontiert. Daher ist es wichtig, ausländische Partner mit den Besonderheiten des deutschen Rechtssystems vertraut zu machen. Das vierbändige Kompendium hat sich diese Aufgabe zum Ziel gesetzt.

International erfahrene Wirtschaftsjuristen behandeln die wesentlichen Rechtsgebiete, die ausländische Unternehmen für ihre wirtschaftliche Betätigung in der Bundesrepublik benötigen. Die Beiträge informieren über das deutsche Rechts- und Verfassungssystem, das Zivilrecht mit dem Schwerpunkt auf dem Handelsrecht sowie über zahlreiche weitere Fragen zu wirtschaftsorientierten Rechtsmaterien. Das Werk wird ergänzt durch einen Textband mit englischen Übersetzungen wichtiger deutscher Gesetze.

Neben der Gegenüberstellung und Erläuterung der Besonderheiten des deutschen Rechts im Vergleich zum ausländischen, insbesondere angloamerikanischen Recht bietet das Handbuch einen reichhaltigen Fundus zweisprachiger Fachterminologie, der auch bei Verhandlungen und der Geschäftskorrespondenz hilfreich sein kann. Es ist beabsichtigt, das Loseblattwerk regelmäßig auf dem neusten Stand zu halten und weitere Beiträge über relevante Wirtschaftsfragen hinzuzufügen.

Das sehr spezielle Werk wird sicherlich seine Abnehmer in großen Rechtsanwaltkanzleien mit internationaler Ausrichtung, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Unternehmensberatungsgesellschaften mit internationaler Klientel sowie in der Bundesrepublik tätigen Tochtergesellschaften internationaler Konzerne finden. Es richtet sich aber auch an wissenschaftliche Institutionen, Wirtschaftsverbände, Industrie- und Handelskammern.

(jwh)

OTTO MAIER VERLAG / Einstieg bei Homecomputern, aber nicht bei Video

Bei Spielen Pluspunkte gesammelt

WERNER NEITZEL, Ravensburg

Sich für Unterhaltung und Bildung stark zu machen, Kreativität zu fördern und Anstöße zum Denken und Handeln zu liefern ist die Linie, der sich die Otto Maier Verlag GmbH, Ravensburg, die in diesem Jahr auf ein 100jähriges Bestehen zurückblickt, auch in der Zukunft verpflichtet fühlt. Wie die geschäftsführenden Gesellschafter Dorothee Hess-Maier und Otto Julius Maier in einem Gespräch hervorheben, kommt es diesem renommierten Buch- und führenden Spieleverlag in seiner Produktpolitik sehr auf gute Form und optische Darbietung an, man wolle einfach geschmacksbildend wirken.

Mit dieser Philosophie ist das Familienunternehmen bisher ganz gut auf den inzwischen immer heißer umkämpften Märkten gefahren. Der Umsatz bewege sich in beiden Sparten bislang auf Vorjahresniveau, eine leichte Steigerung werde für das ganze Jahr, dessen Hauptsaison noch bevorstehe, für möglich gehalten. Der konsolidierte Umsatz einschließlich der ausländischen Tochtergesellschaften, der in 1972 noch bei knapp 74 Mill. DM lag, hat sich innerhalb von zehn Jahren annähernd verdoppelt und erreichte in 1982 eine Größenordnung von 141 (139) Mill. DM.

Wenngleich die Videospiele Kaufkraft „absaugten", laufe das klassische Gesellschaftsspiel nicht schlecht. Bislang ist es dem Unternehmen, das sich als die Nummer eins im Bereich der Brett- und Kartonspiele einstuft, noch immer gelungen, in dieser Sparte durch neue Themen und Spielideen Pluspunkte zu sammeln. Als große „Renner" des Spieleverlags (Marke „Ravensburger") entpuppten sich in der jüngsten Vergangenheit vor allem die mit Kritikerpreisen bedachten Spiele „Hase und Igel" oder auch „Sagaland".

Große Erwartungen knüpft man an das von einem Projektteam des eigenen Hauses kreierte Spiel „Scotland Yard", das gute Voraussetzungen auch für einen internationalen Erfolg mitbringt. Die Regel ist, daß Spielideen von externen „Spieleerfindern" kommen, die dann angekauft und zum fertigen Produkt weiterentwickelt werden. „Dauerhits" sind die Spiele „Mefiz" und „Memory", von denen bisher Stückzahlen in siebenstelliger Größenordnung verkauft wurden. Ausrichtung sei und bleibe für Maier, die Kommunikation zu fördern, also Spiele für den Familienbereich zu schaffen, wobei insbesondere die Kombinationsfähigkeit auf den Prüfstand gehoben werde.

Auf dem Sektor der Elektronikspiele verhält sich Maier eher zurückhaltend, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Produktion verhältnismäßig hoher Entwicklungskosten kaum mit den möglichen Verkaufszahlen in Einklang zu bringen sei. Von den beiden von Maier entwickelten Spielen „Galaxis" und „Fantom" wurden bisher weniger als 100 000 Stück abgesetzt. Reserviert zeigt sich Maier auch gegenüber den Videospielen herkömmlicher Art, denen man nur einen begrenzten Höhenflug zutraue. Anders ist offenbar die Einstellung zum Homecomputer. Bei ihm sei Interaktionsfähigkeit gefragt. Maier werde hier sicherlich Ideen zu realisieren versuchen.

Mit einem Marktanteil von etwa 40 Prozent unterstreicht Maier seine eindeutig führende Stellung im Bereich der Puzzles. Der große Boom, der sich hauptsächlich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre abspielte, flache sich ab. Der Markt in der Bundesrepublik, auf dem sich rund 5 Anbieter tummeln, ist gekennzeichnet durch einen erbitterten Preiskampf. Durch Ermunterung zu sportlichen Puzzle-Mannschaftswettbewerben will Maier neues Interesse wecken. Über ein Drittel der Produktion von Spielen, Puzzles und Hobbyartikeln wird inzwischen über Tochtergesellschaften im europäischen Ausland abgesetzt. Auch in Japan will Maier Aktivitäten entfalten.

Ein wichtiges Bein Maiers ist der Buchverlag, der im vergangenen Jahr knapp 30 Mill. DM umsetzte. Gut die Hälfte davon entfällt auf das Jugendbuch. Darüber hinaus sind Sachbücher für Erwachsene und Taschenbuch-Programme für Kinder, Jugendliche und Freizeit im Sortiment.

GEUTHER / Autotransporte Hauptumsatzträger

Agent für viele Reedereien

W. WESSENDORF, Bremen

Die Firma Karl Geuther & Co., Bremen, eines der führenden Häuser der deutschen Seehafenwirtschaft, besteht seit 25 Jahren. Die weitverzweigte Gruppe mit 14 Niederlassungen im In- und Ausland beschäftigt 700 Mitarbeiter. Ihr Umsatz betrug im vergangenen Jahr über 500 Mill. DM; 50 Prozent davon bringt das Automobilgeschäft. „Wir haben 1982 rund 350 000 Wagen über den Nordatlantik und die Ostsee verschifft", berichtet Inhaber Karl-Hillard Geuther. Bis zu 6400 Autos in 14 Etagen werden pro Schiff heute nach Amerika transportiert. Zurück werden meist Düngemittel transportiert.

Als vor 25 Jahren Karl Geuther & Co. gegründet und zuerst als Generalagent für die schwedische Wallenius Lines arbeitete, erfolgte der Auto-Umschlag noch in den stadtbremischen Häfen von Uferkranen. Karl-Hillard Geuther und die Wallenius Lines wurden enge Partner. Wallenius baute Automobil-Spezialtransporter, und in den bremischen Häfen wuchsen stetig die Aufstellflächen, für die Autos unmittelbar an der Kaje hinter der Nordschleuse in Bremerhaven. Inzwischen ist die Geuther-Gruppe als Agent für mehr als 30 Schiffahrtslinien von und nach vielen Teilen der Welt tätig. Das Dienstleistungsangebot nahm ständig zu. 1960 wurde in Hamburg die erste Niederlassung eingerichet. Zug um Zug baute Geuther & Co. dann die Inlandsorganisation aus, weitere Niederlassungen in London und Rotterdam kamen hinzu.

Während im Bremer Stammsitz überwiegend Stauerei für konventionelle Linienschiffe und die Container-Haltung betrieben wird, konzentrieren sich die Aktivitäten in Bremerhaven auf Serviceleistungen für Container- und Roro-Dienste bekannter Reedereien. Eine technische Abteilung zur Reparatur von Schiffen und Containern wurde geschaffen. An der Trave entstand 1974 die Firma Auto-Umschlag Lübeck, spezialisiert für den Auto-Umschlag über die Ostsee.

Auch der Fährverkehr über den Kanal und im Mittelmeer wird betreut. Jüngster Firmensproß von rund 20 Gesellschaften der Gruppe ist die Übernahme der Helia Import und Export H. Klatte GmbH & Co., Bremerhaven. Sie wickelt den weltweiten Verkauf von zollfreien Lebens-, Genußmitteln und Waren für beispielsweise diplomatische Vertretungen ab. Ihr Umsatz beträgt 12 Mill. DM.

ERGEBNISSE

Hamburg – Offenbach	6:0 (2:0)
Frankfurt – Bremen	0:0
München – Mannheim	6:0 (2:0)
Köln – Bochum	3:0 (2:0)
Uerdingen – Leverkusen	2:1 (0:1)
Dortmund – Bielefeld	1:0 (1:0)
K'lautern – Düsseldorf	5:2 (3:1)
Stuttgart – M'gladbach	0:0
Nürnberg – Braunschweig	4:2 (2:1)

DIE SPIELE

Köln – Bochum 3:0 (2:0)
Köln: Schumacher – Strack – Hönerbach, Steiner, Willmer – Zimmermann, Gielchen (46. Hartmann), Haas (73. Schmidt), Allofs – Littbarski, Fischer. – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Gothe, Knüwe – Bönighausen, Woelk, Schulz, Oswald – Benatelli (71. Pater), Kuntz, Schreier (67. Kühn). – **Schiedsrichter:** Barnik (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 Fischer (1.), 2:0 Fischer (42.), 3:0 Littbarski (73.). – **Zuschauer:** 5000. – **Gelbe Karten:** Hönerbach, Strack, Woelk (4).

Stuttgart – Gladbach 0:0
Stuttgart: Roleder – Niedermayer – Buchwald, K.-H. Förster, B. Förster – Allgöwer, Müller (71. Reichert), Ohlicher (71. Kempe), Sigurvinsson – Kelsch, Corneliusson. – **Gladbach:** Sude – Bruns – Hannes, Herlovsen – Krauss, Frontzeck, Matthäus, Schäfer (87. Borowka), Bruns, Rahn – Mill (65. Criens), Lienen. – **Schiedsrichter:** Gächter (Schweiz). – **Zuschauer:** 20 400. – **Gelbe Karten:** B. Förster (3), Kempe (3), Frontzeck (2).

Uerdingen – Leverkusen 2:1 (0:1)
Uerdingen: Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Jusufi, Raschid, Funkel, Feilzer (46. Hofmann), Sackewitz – Loontiens, Gulich (71. Buttgereit). – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Saborowski, Posner – Hörster, Winklhofer (67. Vöge), Röber, Bittorf, Wojtowicz – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Waas (43.), 1:1 Hofmann (58.), 2:1 Funkel (62.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** van de Loo (3), Brinkmann (2), Vollack, Hörster.

Nürnberg – Braunschweig 4:2 (2:1)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Grahammer, Reinhardt (16. Täuber), Habiger – Eder, Burgsmüller, Heck (62. Brunner), Heidenreich – Abramczik, Trunk. – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Bruns, Schön, Merkhoffer – Hollmann (46. Zavisic), Lux (75. Geiger), Tripbacher, Studzizba – Keute, Worm. – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Tore:** 1:0 Trunk (15.), 1:1 Studzizba (20.), 2:1 Burgsmüller (35.), 2:2 Tripbacher (59.), 3:2 Heidenreich (63.), 4:2 Weyerich (83.). – **Zuschauer:** 12 500. – **Gelbe Karten:** Worm, Schön.

K'lautern – Düsseldorf 5:2 (3:1)
K'lautern: Grüner – Briegel – Melzer, Wolf (46. Eilenfeldt) – Geye, Bongartz, Kitzmann, Brehme – Frowein, Nilsson, Allofs. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Löhr, Kuczinski, Weikl – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend – Edvaldsson, Wenzel (60. von Diericke). – **Schiedsrichter:** Correll (Happenbach). – **Tore:** 1:0 Brehme (11., Foulelfmeter), 2:0 Bongartz (28.), 2:1 Bommer (73.), 3:1 Nilsson (41.), 4:1 Briegel (50.), 5:1 Allofs (72.), 5:2 Bokkenfeld (73.). – **Zuschauer:** 13 522. – **Gelbe Karte:** Kuczinski (2).

Frankfurt – Bremen 0:0
Frankfurt: Jüriens – Berthold – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Kraaz, Sievers (82. Fruck), Kroth, Trieb – Borchers (59. Rieth), Svensson. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Okudera, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Schaaf – Reinders (29. Neubarth), Völler, Meier. – **Schiedsrichter:** Risse (Hattingen). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Trieb, Fruck, Völler, Gruber.

Hamburg – Offenbach 6:0 (2:0)
Hamburg: Stein – Jakobs (73. Hieronymus) – Kaltz, Schröder – Hartwig, Rolff, Groh, Magath, Wehmeyer – Schatzschneider, Hansen. – **Offenbach:** Herr – Franusch – Rothe, Kutzop (79. Hofmann) – Trapp, Höfer, Bein, Grünewald, Michelberger – Krause (60. Peukert), Sandner. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Schröder (32.), 2:0 Hartwig (34.), 3:0 Schatzschneider (48.), 4:0 Schatzschneider (70.), 5:0 Rolff (77.), 6:0 Rolff (81.). – **Zuschauer:** 14 800. – **Gelbe Karte:** Hartwig (2).

Dortmund – Bielefeld 1:0 (1:0)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Storck, Koch – Loose, Tenhagen, Keser (46. Lusch), Zorc, Raducanu – Klotz, Dreßel. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Geils, Pohl – Dronia, Büscher, Pagelsdorf, Schnier (63. Ozaki), Schröder – Rautiainen, Grillemeier (55. Kühlhorn). – **Schiedsrichter:** W. Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Raducanu (45., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Tenhagen, Schnier (2), Geils.

München – Mannheim 6:0 (2:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Grobe, Dürnberger – Lerby (79. Kraus), Pflügler, Nachtweih – Del'Haye, M. Rummenigge (69. Mathy), K.-H. Rummenigge. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Knapp, Dickgießer, Schlindwein – Hein, Schön, Quaisser – Olaidotter (80. Böhni), Makan, Walter (70. Bauer). – **Schiedsrichter:** Wuttke (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Dremmler (6.), 2:0 Del'Haye (10.), 3:0 M. Rummenigge (57.), 4:0 K.-H. Rummenigge (69.), 5:0 K.-H. Rummenigge (78.), 6:0 K.-H. Rummenigge (87., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 32 000. – **Gelbe Karte:** Bauer.

VORSCHAU

Freitag, 23. 9., 20.00 Uhr

Offenbach – K'lautern	(–:–)
Düsseldorf – Dortmund	(2:3)
Bremen – Hamburg	(3:2)

Samstag, 24. 9., 15.30 Uhr

Braunschweig – Frankfurt	(1:0)
Bielefeld – Uerdingen	(–:–)
Leverkusen – Stuttgart	(0:3)
M'gladbach – Köln	(1:4)
Mannheim – Nürnberg	(–:–)
Bochum – München	(0:0)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison

FUSSBALL/Das gemeinsame Debakel der beiden Aufsteiger Offenbach und Mannheim – 0:6 in Hamburg und München

Schlappner flucht: „Wer hat die meisten Bayern-Autogramme?"

MARTIN HÄGELE, Bonn

Früher hätte Klaus Schlappner (43) an einem Abend wie diesem zum Telefon gegriffen und die Nummer seines Freundes Lothar Buchmann (47) gewählt. Oder umgekehrt. Buchmann hätte bei seinem einstigen Assistenten angeklingelt. Wahrscheinlich hätten sich schon am späten Nachmittag Irene Schlappner und Erika Buchmann über die beruflichen Nackenschläge ihrer Ehegatten hinweggetröstet.

0:6 hatten die Bundesligaaufsteiger Waldhof Mannheim bei Bayern München und Kickers Offenbach beim Hamburger SV verloren. Geradezu parallel hatten die beiden Neulinge von zwei Meisterschaftsaspiranten den Hintern versohlt bekommen.

„Immer, wenn es bei uns geklingelt hat, ist postwendend ein Tor gegen Offenbach gefallen." Das waren Irene Schlappners Erlebnisse am Samstag vor dem Radiogerät. Sie hat sich dann ihre Gedanken gemacht, was in ihrem Mann wohl vorgehe und wie verärgert er nach Hause komme. Sie hat sich entschlossen, ihn mit einem Kuß, einem freundlichen Gesicht und einem Gläschen Wein zu empfangen.

Aber bei der Leidensgenossin hat sie nicht angerufen. Die Freundschaft zwischen den Familien Schlappner und Buchmann ist gestorben. Weil Schlappner es gewagt hatte, beim Triumph über seinen einstigen Chef Buchmann einen Zylinder auf sein Haupt zu setzen. Diese Geste vor gut einem halben Jahr beim Mannheimer Sieg über Offenbach, der damals in der zweiten Liga die Weichen in der Meisterschaft zugunsten Schlappners und Waldhofs gestellt hatte, hat Buchmann nicht verwunden.

Das Thema ist für beide tabu. „Ich bedauere es, daß wir Aufsteiger gerade jetzt den stärksten Mannschaften vor die Flinte gelaufen sind. Da kann ich mit jedem mitfühlen", sagt Klaus Schlappner.

Für Lothar Buchmann ist es ein Zufall, daß die Geschichte mit den sechs Toren am gleichen Tag passierte. „Aber vielleicht trifft die Waldhöfer ein solcher Schlag doch härter, weil sie euphorischer in die Bundesliga gegangen sind und nicht an diese Probleme gedacht haben."

Zwischen Aufsteiger und Aufsteiger gibt es Unterschiede. Auch in der Art und Weise, wie beide Trainer die gemeinsame Niederlage bewältigen wollen. Gemeinsamkeiten gibt es. Die verbalen Hiebe, die den Neulingen im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF verabreicht wurden, klangen wie aus einem Mund.

Reporter Günther-Peter Ploog: „Zwischen dem FC Bayern München und Waldhof Mannheim lagen Welten. Die Schlappner-Schützlinge wirkten hilflos, in der Mannheimer Abwehr ging es chaotisch zu, sie war überhaupt nicht vorhanden. Nichts war zu sehen von Waldofs Spielkultur, nicht einmal Härte

Reporter Rolf Töpperwien: „Der HSV mußte nicht viel mehr als ein Trainingsprogramm abspulen. Der Offenbacher FC war eine Zumutung, schon berufsschädigend für die Bundesliga."

Einen Teil seines Ärgers hat Klaus Schlappner kurz vor Mitternacht mit einem guten Tropfen Wein heruntergespült. Und dem Argument seiner Frau („Lieber verlierst du einmal 0:6 als dreimal 0:2") konnte er sich auch nicht verschließen. Schlappner: „Schon da war der erste Druck weg. Ich habe auch gut geschlafen."

Den restlichen Zorn hat er sich dann am Sonntagvormittag vom Hals geredet. Und keiner der Mannheimer Spieler hat über die Sprüche gelacht, mit denen der wortgewaltige Trainer die Sitzung eröffnete: „Ihr braucht euch nicht an der Brust eurer Mädchen auszuheulen, das regeln wir hier unter Männern." Und: „Wer von euch hat eigentlich die meisten Bayern-Autogramme mitgebracht?".

Aus lauter Respekt vor Rummenigge und Kollegen hatten einige Mannheimer Spieler vergessen, daß sie eigentlich zum Fußballspielen nach München gefahren waren. „Sie guckten und staunten nur", sagte Schlappner. Die versäumte Laufarbeit hat er gestern morgen nachholen lassen. Um 12 Uhr waren sämtliche Leviten gelesen, war die Lektion abgehakt: „Wir müssen nach vorn blikken aufs nächste Spiel gegen den 1. FC Nürnberg." Das Schlimmste, was ihnen jetzt passieren könnte, wäre, „wenn wir uns selbst mies machen".

Schlappner hat seinen Humor nicht verloren. Und wenn ihm, dem Meister der lockeren Zunge, nun aus manchen Ecken Schadenfreude entgegengrinst, „das juckt mich nicht". Er hatte eine solche Abreibung durch eine Top-Mannschaft in seinem persönlichen Terminplan einkalkuliert. „Nur daß wir schon so früh eine vor den Latz kriegen, damit hatte ich nicht gerechnet."

Auch Buchmann hat gut geschlafen. „Vor fünf, sechs Jahren hätte ich in einer solchen Nacht kein Auge zugetan", gibt er zu. Seine Frau habe ihn auch nicht trösten müssen. Buchmann: „Meinen Job habe ich mir doch ausgesucht."

Der Offenbacher Trainer war den ganzen Sonntag auf Achse. Er überreichte einen Pokal beim Behinderten-Sportfest, beobachtete am Nachmittag die Amateurmannschaft der Offenbacher. Und dabei hat er sich immer wieder Gedanken gemacht, „wie verkaufe ich meiner geknickten Mannschaft nun Selbstvertrauen"? Zusammenstauchen kann er sie nicht. Am Freitag kommt der 1. FC Kaiserslautern auf den Bieberer Berg. „Jetzt draufhauen wäre das Dümmste", meint Buchmann. Er will mit seinen Leuten Dinge üben, die sie ohnehin gut beherrschen. Damit möglichst schnell der Glaube an die eigene Stärke wieder wächst.

Nur eines wird er ihnen ganz hart an den Kopf werfen. Buchmann: „Beim HSV grätscht Felix Magath in der 90. Minute einen Ball von der eigenen Torlinie. Der kranke Groh rennt wie ein Verrückter, und Schatzschneider läßt sich spritzen, um durchzuhalten. Aber wir verfallen bei der kleinsten Verletzung schon in Selbstmitleid."

Zwei Aufsteiger haben am siebten Spieltag gleichzeitig gelernt, wie groß der Abstand zur Spitze ist. Nun können sie auch gleichzeitig und gemeinsam darüber nachgrübeln, warum gerade der dritte Aufsteiger mit der Spitze mithält. Oder kommt bei Uerdingen diese Erfahrung nur etwas später?





Spiel der Hände im Fußball: Norbert Brinkmann verhindert mit der Faust, daß Herbert Waas mit dem Kopf an den Ball kommt – übrigens vom Schiedsrichter unbemerkt. Und Littbarski scheinen vier Arme zu wachsen – wo doch vier Füße in seiner Formkrise wirkungsvoller wären . . . FOTOS: GEBEL/SIMON

Der siebte Spieltag: Ein Hat-Trick von Rummenigge

							Heim		Auswärts	
1. München	7	5	2	0	17:6	12:2	9:2	6:2	8:4	6:0
2. Hamburg	7	5	1	1	18:9	11:3	13:4	7:1	5:5	4:2
3. Uerdingen	7	5	1	1	20:12	11:3	13:6	8:0	7:6	3:3
4. Stuttgart	7	3	3	1	14:7	9:5	7:2	6:2	7:5	3:3
5. Gladbach	7	3	2	2	15:9	8:6	7:2	5:1	8:7	3:5
6. Bremen	7	3	2	2	9:7	8:6	8:2	6:0	1:5	2:6
7. Leverkusen	7	3	1	3	13:11	7:7	9:2	6:0	4:9	1:7
8. Köln	7	3	1	3	10:9	7:7	8:4	6:2	2:5	1:5
9. Kaiserslaut.	7	2	2	3	17:15	6:8	12:6	6:2	5:9	0:6
10. Nürnberg	7	3	0	4	13:13	6:8	12:6	6:2	1:7	0:6
11. Dortmund	7	2	2	3	10:14	6:8	4:6	4:4	6:8	2:4
12. Düsseldorf	7	2	2	3	10:14	6:8	6:4	4:2	4:10	2:6
13. Bielefeld	7	3	0	4	9:13	6:8	6:6	4:2	3:7	2:6
14. Frankfurt	7	1	3	3	11:13	5:9	7:4	5:3	4:9	0:6
15. Mannheim	7	1	3	3	9:17	5:9	7:5	4:2	2:12	1:7
16. Bochum	7	2	1	4	11:20	5:9	4:5	4:2	7:15	1:7
17. Braunschweig	7	2	0	5	11:17	4:10	7:5	4:2	4:12	0:8
18. Offenbach	7	2	0	5	8:19	4:10	8:7	4:2	0:12	0:8

Viele Tore, wenig Fans

Die Behauptung, viele Tore lockten viele Zuschauer an, kann nicht stimmen. Nur 149 400 Zuschauer (Schnitt 16 600) sahen die neun Spiele vom Samstag. Aber es fielen – trotz zwei 0:0-Unentschieden – 32 Treffer. Insgesamt fehlen den Vereinen im Vergleich zum Vorjahr 130 065 Zuschauer. Aber es gab 47 Tore mehr als zum gleichen Zeitpunkt der Saison 82/83. 3,55 Tore im Durchschnitt pro Spiel sprechen für den immer propagierten Offensivfußball. ● Der Leverkusener Herbert Waas hat die alleinige Führung in der Torschützenliste übernommen. Mit sieben Treffern führt er vor Burgsmüller, Corneliusson, Funkel und Schatzschneider (alle 6). ● Lothar Woelk vom VfL Bochum ist als zweiter Spieler nach Paulus (Offenbach) nach vier Verwarnungen automatisch für ein Spiel gesperrt. ● Es wird offensichtlich immer schwerer, auswärts zu gewinnen. Zum zweiten Mal in dieser Saison gab es keinen Auswärtssieg. Insgesamt bisher: 41 Heimsiege, 13 Unentschieden, nur neun Auswärtssiege. ● Karl-Heinz Rummenigge gelang ein Hat-Trick. Innerhalb von 16 Minuten erzielte er die letzten drei Treffer beim 6:0 über Mannheim. ● Klaus Fischer erzielte das 200. Tor der Saison – gegen den VfL Bochum, bereits nach 40 Sekunden. ● Andreas Brehme (Kaiserslautern) ist der sicherste Elfmeterschütze der Saison. Gegen Düsseldorf verwandelte er bereits seinen vierten Strafstoß.

„Mehr Test als Show"

Das Abschiedsspiel für Gerd Müller (morgen, 20 Uhr) soll für die deutsche Auswahl nach den Worten von Bundestrainer Jupp Derwall „mehr Test als Show" werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Nationalmannschaft am 5. Oktober in Gelsenkirchen ohne Hansi Müller, Bernd Förster und Pierre Littbarski spielen wird.

Derwall kritisierte Hansi Müller: „Ihm fehlt vor allem Selbstkritik. Ich hole ihn nur dann wieder, wenn er über einen längeren Zeitraum beste Form und Fitneß unter Beweis stellt." Dremmler wird in München für Bernd Förster spielen, Herbert Waas soll von Anfang an für Littbarski in die Mannschaft kommen. Derwall machte damit deutlich, daß er wenigstens eine Halbzeit lang die Mannschaft spielen lassen will, mit der er auch gegen Österreich antritt, wenn ihm die Spieler zur Verfügung stehen, die er jetzt aufbieten kann. Was dabei fraglich bleibt, ist der Einsatz von Uli Stielike. Für das Spiel in München sagte er erneut wegen eines nicht völlig ausgeheilten Muskelrisses ab.

So soll die deutsche Nationalmannschaft beginnen: Schumacher – Strack – Dremmler, K. H. Förster, Briegel – Rolff, Schuster, Matthäus – Rummenigge, Völler, Waas.

Gegner der Nationalmannschaft ist Bayern München, das mit Franz Beckenbauer antreten wird. Diego Maradona, den Müller verpflichten wollte, hat abgesagt.

Schatzschneider nörgelt am frischen Ruhm von Herbert Waas herum: „Da gibt es zuviel Wind"

Von HEINZ STUMM

Dieter **Schatzschneider** (25) verbrachte gestern einen schmerzlichen Sonntag. „Ich fühle mich wie 80", stöhnte er am Telefon. Schon in der Nacht habe er wieder den Knöchel gespürt, gegen den ihn am Dienstag der Leverkusener Vorstopper **Jürgen Gelsdorf** (30) mit Wucht getreten hatte. Dem HSV zuliebe, so Schatzschneider, sei er das Risiko eingegangen, sich zwei schmerzbetäubende Spritzen geben zu lassen: „Sonst hätte der Happel ja überhaupt keine Sturmspitze gehabt." Ergebnis: Schatzschneider erzielte zwei Tore beim 6:0 gegen Offenbach. In sechs Spielen hatte er nun sechsmal getroffen.

Mehr Rücksicht auf die Gesundheit eines Spielers nahm Kölns Trainer **Johannes Löhr** (41), der auf den exzellenten Verteidiger **Dieter Prestin** (26) verzichtete, weil er ihm eine schmerzstillende Injektion ersparen wollte. Prestin hatte eine Woche zuvor in Ludwigshafen gegen Waldhof Mannheim eine Mittelfußprellung erlitten, der sich eine Knochenhautentzündung anschloß.

Zurück zu Schatzschneider: Der frühere Hannoveraner ist eifrig bemüht, am frischen Lorbeer des Leverkusener Jungstars **Herbert Waas** (20) zu zupfen: „Um den wird doch viel zu viel Wind gemacht, was wäre Waas ohne Tscha. Tscha ist der Stürmer, der Leverkusen so gefährlich macht, und von dem Waas vor allem lebt." Indirekt kritisierte Schatzschneider damit die Politik des HSV-Managers **Günter Netzer** (39), der es ablehnte, den Südkoreaner zu verpflichten und sich lieber das Problemkind **Wolfram Wuttke** (20) – zur Zeit wegen Spuckens gesperrt – an die Alster holte.

Waas und Tscha waren beim Spiel der Werksmannschaften Uerdingen und Leverkusen in Krefeld wesentlich harmloser als vier Tage zuvor beim 2:0-Sieg über den HSV in Leverkusen. **Timo Konietzka** (43), Trainer des schlagzeilenproduzierenden Aufsteigers Uerdingen, berichtete, wie er die Wirkung der beiden Stars entschärfte: „Ich habe dem Brinkmann gesagt, er solle den Waas hautnah decken und van der Loo gesagt, er solle Tscha nicht aus den Augen lassen. Außerdem habe ich darauf hingewiesen, daß die beiden ihre Tore zu Hause machen und dabei soll es bleiben."

Danach gefragt, ob er nicht ein wenig einen Einbruch à la Offenbach oder Mannheim fürchte, sagte Konietzka: „Ich glaube nicht, daß wir so etwas erleben werden." Die Betonung liegt auf „glaube". Denn für den Westfalen, der hofft, bald einen Schweizer Paß zu haben, ist der Spruch „Glaube versetzt Berge" keine platte Binsenweisheit, sondern Rezept gegen Bänglichkeit und verzagtes Auftreten.

„Als ich nach Uerdingen kam, sagte man mir, den Jungen fehlt das Selbstvertrauen. Deshalb bin ich drangegangen, ihnen die Angst vor der Konkurrenz zu nehmen." Wie er das macht? „Nun, ich bin ein positiver Mensch, schaue immer nach vorn und hämmere den Spielern unentwegt ein, daß sie nach vorn und aggressiv spielen müssen. Und das tun sie."

Auch gegen die Mannschaft seines Lehrers **Dettmar Cramer** (57) klappte das Konzept. Cramer bringt Konietzka übrigens gewaltigen Respekt entgegen, seit er ihn in jungen Jahren in die westdeutsche Auswahl geholt und anschließend bei Sepp Herberger für die Nationalmannschaft empfohlen hat. Konietzka erinnert sich gern an gemeinsame Zeiten mit dem nur 1,64 m großen Cramer. „Der war unheimlich stark am Kopfball-Pendel."

Wie die meisten Bundesligatrainer rief Konietzka gestern, am Sonntag, seine Profis schon wieder zur Pflicht. Frei, so ließ er wissen, gebe er ihnen am Donnerstag, an einem Tag also, an dem die meisten seiner Kollegen die Spieler über den Platz jagen, bis ihnen die Knie wackeln. Für Konietzka sind das „Blödmänner". Sein Erfolgscredo: „Am Wochenanfang müssen die Spieler hart rangenommen werden, und je näher das Spiel rückt, desto weniger soll man sie belasten. Biß hat man nur, wenn man erholt und frisch ist."

Bevor **Rolf Schafstall** (46) mit seinen Spielern am Samstag gegen 12.00 Uhr von Bochum mit dem Bus nach Köln fuhr, mußte er erst einmal einem seiner jungen Lizenzspieler „aufrichtiges Beileid" aussprechen. **Frank Benatelli** (19) weinte über den Tod seiner Oma, an der er, wie Bochums Vereinspräsident **Ottokar Wüst** (52) sagte „mit ganzem Herzen hing". Sie war am Samstag morgen gestorben. Als sie vorher wochenlang im Krankenhaus lag, fühlte sich ihr Enkel nicht in der Lage, an den Bundesligaspielen gegen Braunschweig und Mönchengladbach teilzunehmen. Und auch in Köln fürchtete Schafstall eine Absage. Doch als er vom Tod der Großmutter erfahren hatte – sie erzog den Jungen –, hielt er es für angebracht, Benatelli zum Spiel zu überreden. „Ich habe dem Frank gesagt, Junge, es ist doch besser, wenn du jetzt mit uns zusammen bist, und dich ganz aufs Spiel konzentrierst. Das lenkt dich ab von deinem Schmerz." Gesagt, getan: Frank Benatelli gehörte in Köln zu den Besten seiner Mannschaft, die nur deshalb verlor, „weil wir den Kölnern zwei Tore schenkten und nicht mit der nötigen Konzentration begonnen haben" (Schafstall).

Als Ursache dafür schließt der Trainer eine allzu schnelle Busfahrt nach Köln nicht aus: „Ich hatte mit anderthalb Stunden gerechnet, doch schon nach einer Stunde waren wir da. Und dann saßen die Spieler im Umkleideraum herum und verloren ihre Spannung. Das nächstemal fahren wir später."

Möglicherweise kombinierte der Busfahrer ähnlich wie die Lokalredaktion des „Kölner Stadtanzeigers", die ihre Leser warnte: „Wegen des Bundesligaspiels 1. FC Köln gegen Bochum ist am Samstag zwischen 17.15 Uhr und 18.00 Uhr mit Verkehrsbehinderung zu rechnen." Bei knapp 6000 Zuschauern war diese Warnung überflüssig.

Bei Kölns Vereins-Präsidenten **Peter Weiand** (63) löste die Meldung zu nächtlicher Stunde ein herzhaftes Lachen aus. Weniger wird ihm das Bonmot geschmeckt haben, das von Kölns Polizeisprecher Werner Schmidt stammt: „Es geht schon das Gerücht um, die Polizei würde Falschparkern statt Knöllchen FC-Eintrittskarten unter die Scheibenwischer klemmen." Bestrafung durch Kölner Fußball – so tief ist dieser Verein in seiner Stadt gefallen.

Weiand nützte die Stunden nach dem 3:0-Sieg über Bochum, um über die jüngste Vergangenheit seines Klubs zu plaudern. Dabei betonte er, daß er durchaus die Möglichkeit gesehen habe, Torwart **Harald Schumacher** (29) fristlos zu kündigen. Der Nationaltorwart hatte gesagt: „Wenn sich der Verein für die neue Saison nicht verstärkt, will ich meine Freigabe." Weiand: „Das war Nötigung."

Sollten Schumacher und sein Freund, der CDU-Spitzenpolitiker **Bernhard Worms** (53) indes annehmen, Weiand würde vor Ende seiner Amtszeit resignieren, so dürften sich die beiden irren. Weiand hat vor, bis 1985 am Ruder zu bleiben, „weil ich den Verein und meine Kollegen nicht im Stich lassen kann".

Schumacher selbst wehrte sich gegen einen Bericht, aus dem hervorgeht, er habe versucht, seinen Einsatz in Mannheim mit 50 000 Mark zu erkaufen: „Das ist ausgemachter Blödsinn." Schumacher beteuerte, er habe nur gesagt: „Lieber hätte ich 20 000 Mark Strafe hingenommen, als die Sperre gegen Mannheim, denn dadurch ist meine schöne Serie (216 Bundesligaspiele in Folge) gerissen."

In Frankfurt gab ein Amateur sein Bundesliga-Debüt, der gegen Werder Bremen nicht nur respektlos verteidigte, sondern anschließend auch respektlos ehemalige Eintracht-Stars angriff: „Seit Pezzey und Nickel nicht mehr bei der Eintracht sind, macht es mehr Spaß. Da kommen wir jungen Spieler zum Zuge und werden gleich in die Mitverantwortung genommen", sprach **Armin Kraatz** (19) nach dem 0:0. **Karl-Heinz Körbel** (28) äußerte sich wohlwollend über die zwangsverjüngte Frankfurter Mannschaft: „Es ist schon erfreulich, wie sich die Jungen ein- und durchsetzen. Ich hatte nur Angst, daß ihnen einmal die Puste ausgehen wird, denn sie leben ja nur von der Kraft und ihrem Ehrgeiz." Körbel schaffte selbst mit 17 Jahren den Sprung in die erste Mannschaft.

Viel Pech hatte der ehemalige Nationalspieler **Uwe Reinders** (28) im Waldstadion. Er zog sich eine Bänderdehnung zu. Er war in ein Loch getreten, das von einer Schäferhund-Ausstellung im Waldstadion stammte. Bremens Präsident **Franz Böhmert** (46), von Haus aus Anästhesist, beruhigte gestern Trainer **Otto Rehhagel** (45) schon wieder: „Das ist schmerzhafter, als es aussieht. Am Freitag wird Reinders wieder spielen."

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Einstimmig gegen eine Verkürzung auf 16 Klubs

sid, Düsseldorf

Die von vielen geforderte Verkleinerung der Fußball-Bundesliga auf 16 Klubs ist unwahrscheinlich geworden. Dabei war für DFB-Präsident Hermann Neuberger die Sache schon so gut wie perfekt. Entsprechend fiel auch die Einladung zur Präsidenten-Tagung (morgen in München) aus. Da die Manager, so hieß es da lapidar, mit 17:1 Stimmen für eine Reduzierung gestimmt hätten. Dabei wurde aber lediglich eine Tendenz erkennbar, und zwar unter der Prämisse, daß allseits eine längere Winterpause gewünscht wurde. Die wiederum, so die Erkenntnis der Manager, sei nur mit 16 Klubs zu erreichen.

Mittlerweile jedoch, nachdem die Verkleinerung intensiver diskutiert wurde, hat sich der Wind völlig gedreht. „Der Liga-Ausschuß hat einstimmig gegen eine Reduzierung gestimmt und wird eine entsprechende Empfehlung an die Präsidenten-Versammlung weitergeben", erklärte der Bielefelder Klub-Chef Jörg auf der Heyde. Bei einer Umfrage des Sport-„Informations-Dienstes Düsseldorf" (sid) äußerten sich nur noch fünf Vereine ohne jede Einschränkung für die 16er-Liga: Bayern München, der HSV, Stuttgart, Frankfurt und Offenbach.

Bochums Präsident Ottokar Wüst nennt das häufigste Argument für die Ablehnung: „Die Einnahmen aus den zwei Punktspielen, die uns fehlen würden, können wir nirgendwo wieder reinholen." Udo Sopp aus Kaiserslautern ergänzt: „Man sollte im Fußball so wenig wie möglich experimentieren." Bei solch eindeutigen Positionen wird auch der Münchner Willi O. Hoffmann mit Zahlen, die er in der letzten Stadion-Zeitung veröffentlichte, kaum für einen Umschwung sorgen. Hoffmann schrieb: „In den USA kommen auf 250 Millionen Einwohner etwa 20 Clubs im American Football. Der deutsche Fußball hat bei 60 Millionen Einwohnern 38 Profi-Vereine. Das ist zuviel. Am besten gingen wir auf 14 Klubs."

Konsequenz für das Fortbestehen der 18er-Liga wäre die Beibehaltung des bisherigen Terminkalenders mit einer höchstens sechswöchigen Winterpause. Hermann Neuberger: „Wenn es keine Reduzierung gibt, soll nur ja keiner mehr kommen und vom DFB eine lange Winterpause verlangen."



ZWEITE LIGA / Schalkes erste Niederlage

Solingen: Krautzun kam, sah und siegte mit 4:0

dpa, **Bonn**

Das Wehklagen der Bundesliga über den schlechten Besuch findet in der 2. Fußball-Bundesliga bisher kein Echo. Die Bundesliga-Absteiger Schalke 04, Karlsruher SC und Hertha BSC füllen erwartungsgemäß bei den Konkurrenten die Kassen. In der vergangenen Spielzeit hatten insgesamt nur 1,8 Millionen Besucher Eintritt gezahlt, das waren 47 508 pro Spieltag. An den ersten neun von 38 Spieltagen der laufenden Serie ist mit 672 300 Zuschauern bereits ein Drittel der Gesamtzahl von 1982/83 erschienen. 74 700 pro Durchgang stellten die Schatzmeister bisher fast überall zufrieden.

Schalke 04 hatte auch diesmal – wie zuletzt vor zwei Jahren (10 454) – mit 12 000 Zuschauern Rekordbesuch in Solingen gebracht. Drei Tage nach seiner Verpflichtung sorgte Japan-Heimkehrer Eckhard Krautzun als neuer Trainer mit einem 4:0 für den Schalker Sturz. Während es in der Solinger Führung mit Rücktritten am laufenden Band drunter und drüber geht, nahm die Mannschaft den bisher ungeschlagenen haushohen Favoriten regelrecht auseinander. „Wir haben so schlecht gespielt wie seit Monaten nicht mehr", klagte Schalkes Trainer Ferner, nachdem Torhüter Junghans ein noch größeres Debakel verhindert hatte.

Nach dem Absturz von Schalke 04 (13:5 Punkte) hat nur noch der Karlsruher SC (15:3) als ungeschlagener Spitzenreiter eine weiße Weste. Das 2:0 gegen Neuling SCC Berlin fiel allerdings schwer. Karlsruhes Trainer Werner Olk: „Wir mußten die Berliner regelrecht niederkämpfen, ein Opfer waren sie nicht." Hinter die Karlsruher schob sich aufgrund der besseren Tordifferenz vor die mit 13:5 punktgleichen Mannschaften Schalke 04 und SC Freiburg das Team von Hessen Kassel, das beim 3:1 in Osnabrück „wie die Spitzenmannschaft der Zweiten Liga aufspielte" (so Osnabrücks Trainer Carl-Heinz Rühl). Für Kassels Trainer Jörg Berger war eine Serie zu Ende gegangen: „Wir haben unser Flutlicht-Gespenst endlich besiegt." Vorher hatte es unter Kunstbeleuchtung 0:12 Punkte gegeben.

Für Berger war der Auswärtssieg auch „ein kräftiger Trommelwirbel für unser nächstes Heimspiel gegen Hertha". Die Berliner (11:7 Punkte) enttäuschten trotz des 3:0 gegen den 1. FC Saarbrücken. 8463 Besucher waren im Olympiastadion Minusrekord. Pierre Dickert, wie Trainer Uwe Klimaschefski und Walter Gruler früher bei Hertha unter Vertrag, sagte nach den 90 Minuten: „Hertha war für mich stärker als Schalke, aber ich glaube nicht, daß die Berliner den Aufstieg schaffen."

DIE ERGEBNISSE

Hannover – Oberhausen	1:1 (1:0)
Hertha – Saarbrücken	3:0 (2:0)
Solingen – Schalke	4:0 (2:0)
Karlsruhe – SCC Berlin	2:0 (0:0)
Freiburg – Stuttgart	2:1 (1:1)
Darmstadt – Ulm	4:3 (2:1)
Osnabrück – Kassel	1:3 (0:2)
Aachen – Köln	0:0
Duisburg – Lüttringhausen	4:1 (2:0)
Wattenscheid – Essen	2:1 (1:1)

DIE VORSCHAU

Freitag: Essen – Aachen; **Samstag:** Oberhausen – Duisburg, Lüttringhausen – Freiburg, SCC Berlin – Wattenscheid, Köln – Darmstadt, Kassel – Hertha, Saarbrücken – Hannover, Ulm – Solingen; **Sonntag:** Schalke – Osnabrück, Stuttgart – Karlsruhe.

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	9	6	3	0	24:8	15:3
2. Hess. Kassel	9	6	1	2	25:11	13:5
3. Schalke	9	5	3	1	16:8	13:5
4. Freiburg	9	5	3	1	13:9	13:5
5. Hertha BSC	9	4	3	2	18:11	11:7
6. Aachen	9	3	5	1	9:6	11:7
7. Solingen	9	3	4	2	14:13	10:8
8. Duisburg	8	3	3	2	12:7	9:7
9. Darmstadt	9	3	3	3	13:17	9:9
10. Ulm 1846	9	3	2	4	16:17	8:10
11. Köln	9	2	4	3	17:19	8:10
12. Saarbrücken	9	3	2	4	9:15	8:10
13. Osnabrück	9	3	2	4	8:14	8:10
14. Hannover	9	1	5	3	9:14	7:11
15. Essen	8	2	2	4	8:13	6:10
16. Oberhausen	9	2	2	5	13:15	6:12
17. Stuttgart	9	1	4	4	10:16	6:12
18. Lüttringh.	8	1	3	4	6:12	5:11
19. Wattenscheid	8	0	5	3	5:11	5:11
20. SSC Berlin	9	2	1	6	6:15	5:13

TURNEN / Letzte Qualifikation der Damen zur Weltmeisterschaft

Verwunderung über große Nervosität Bundestrainer: „Wir müssen zaubern"

M. RUHROTH/dpa/sid, **Cappel**

Fünf Wochen vor den Weltmeisterschaften in Budapest präsentierten sich die Kunstturnerinnen aus der Bundesrepublik Deutschland bei ihrer zweiten WM-Qualifikation in Cappel bei Marburg erstaunlich nervös. Zwei Absteiger am Barren und sogar elf am Schwebebalken – da wunderte sich sogar Erich Biendl aus München, der Vorsitzende des Trainerrates: „Ich begreife das nicht. Denn diese Mädchen sind sich doch im Grunde ihrer Sache sicher. Sie brauchen doch auch nicht um einen Platz in der Nationalmannschaft zu bangen."

Die Siegerin von Cappel, die 16jährige Berlinerin Yvonne Haug, erzielte zwar nach Pflicht und Kür insgesamt 76,70 Punkte, doch auch sie patzte am Stufenbarren beim Deltschew-Salto. Vielleicht lassen sich vor allem die Absteiger am Schwebebalken so erklären: Die Übungen der deutschen Spitzenturnerinnen sind überaus schwierig und kompliziert. Wenn sie ohne Fehler geturnt werden, dann kann man – wie im Falle der Wattenscheiderin Astrid Beckers – sogar damit rechnen, daß sie in Budapest bis ins Finale vordringt. In Cappel turnte Astrid Beckers, die vor acht Wochen beim Training am Barren die Mittelhand gebrochen hatte und erst seit zehn Tagen wieder trainiert, mit zwei Rücksaltos 9,75 Punkte. Das alles wirkte zwar nicht allzu rhythmisch und auch nicht so elegant wie bei Yvonne Haug, doch die Wattenscheiderin befindet sich wieder auf dem Weg nach vorn.

„Siegerin des Tages", nannte Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz (Berlin) die 16jährige Hannoveranerin Elke Heine. Fünf Wochen nach ihrer schweren Knieverletzung präsentierte sich die Hannoveranerin in Top-Form. Die hübscheste Turnerin der deutschen WM-Riege wurde Vierte und freute sich: „Ich habe keinerlei Schmerzen gehabt. Nun hat sich das harte Aufbautraining doch ausgezahlt."

Noch einmal zum Stichwort „Nervosität": Die Berlinerin Brigitta Lehmann, die nach ihrem Streit mit Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz im Leistungszentrum Hannover trainiert, lag nach der Pflicht an zweiter Stelle. Doch in der Kür gelang der erfahrenen Brigitta Lehmann fast nichts: Sowohl am Barren wie auch am Schwebebalken mußte sie vom Gerät, bei der Bodenkür turnte sie im wahrsten Sinne des Wortes neben der Musik.

„Müssen wir halt ein bißchen zaubern", sagte der tschechoslowakische Bundestrainer Vladimir Prorok nach den Darbietungen in Cappel vor 800 Zuschauern. Prorok benannte dann endgültig die Riege für Budapest: Yvonne Haug, Brigitta Lehmann (beide Berlin), Heike Schwarm (Niederwörrbach), Anja Wilhelm (Wolfsburg) und Elke Heine (Hannover). Hinzu kommt noch Astrid Bekkers, die wegen ihrer noch nicht ganz ausgeheilten Handverletzung nur vier von acht Übungen turnte (Prorok: „Wir wissen von früher, was sie kann"), und als Ersatzturnerinnen Petra Einbrecher (Unterpfaffenhofen) sowie Alexandra Lang (TV Nellingen).

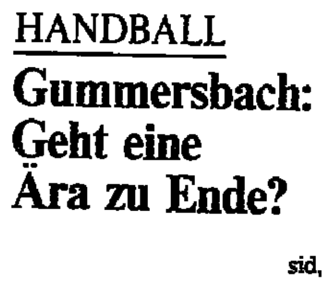
Noch zwei Länderkämpfe stehen im Vorfeld der Weltmeisterschaften für die deutschen Turnerinnen auf dem Programm. Am 30. September/1. Oktober ist in Haumont Frankreich der Gegner, am 14./15. Oktober steigt in Berlin der Vergleich mit den USA. Bei diesen Länderkämpfen soll nicht nur der Leistungsstand getestet, sondern auch der Teamgeist gestärkt werden – eine für den Bundestrainer wichtige Voraussetzung für WM-Erfolge. Prorok: „Bisher haben die Mädchen gegeneinander gekämpft. Ab jetzt müssen sie miteinader kämpfen."

Was die letzten Vorbereitungen betrifft, so geht der Prager Prorok ohne Hektik an diese Aufgabe heran. „Einige Übungen", sagt Prorok, „müssen bis zur Weltmeisterschaft noch sicherer werden, doch das ist zu schaffen." Zuspruch erhielt Prorok auch von Helmut Meyer, dem Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL): „Die Aufwärtsentwicklung bei unseren Kunstturnerinnen ist unübersehbar. Ich bin sicher, daß sich die Verpflichtung von Vladimir Prorok spätestens in Budapest endgültig auszahlen wird."

Ziel für Budapest ist es, in der Mannschaftswertung Platz acht zu belegen und dabei Ungarn zu schlagen. Das würde allemal ausreichen, um im nächsten Jahr bei den Olympischen Spielen in Los Angeles dabeizusein.

Eleganz am Schwebebalken: Die deutsche Kunstturn-Meisterin Yvonne Haug aus Berlin. FOTO: LP

HANDBALL



Gummersbach: Geht eine Ära zu Ende?

sid, **Kiel**

Nichts scheint mehr zu gehen beim VfL Gummersbach. Nach dem 13:13 gegen TUSEM Essen, dem ersten Punktverlust in eigener Halle seit 36 Monaten und 49 Spielen, fiel der Handball-Europapokalsieger beim THW Kiel mit 14:17 auf den Bauch. 1:3 Punkte nach zwei Spielen, das ist ein Auftakt, wie es ihn seit Einführung der höchsten Handball-Klasse für Gummersbach noch nicht gegeben hat. „Dieser Verein wird seinen Titel nicht verteidigen. Ohne Weltklassespieler Erhard Wunderlich ist die Mannschaft nicht mehr zu großen Taten fähig", sagte Kiels Manager Heinz Jacobsen.

Der Schwarzmarkt blühte vor dem Schlagerspiel in Kiel. Karten wurden bis zu 200 Mark angeboten, statt 7000 wollten 15 000 den THW Kiel gegen Gummersbach siegen sehen. Und der Vizemeister schlug den Europapokalsieger zum vierten Mal hintereinander in der Ostseehalle und ist nun seit Januar 1982 zu Hause unbesiegt.

„13 oder 14 Tore sind zu wenig", sprach der neue Trainer Herbert Wittchen unverblümt die Gummersbacher Angriffsprobleme an. Der 20 Jahre alte Rüdiger Neitzel war auf der Wunderlich-Position mit fünf Toren der einzige Lichtblick, doch Wittchen sagt: „Rüdiger ist ein großes Talent, er braucht aber noch ein Jahr zum Durchbruch." Kiels Trainer Johan Ingi Gunnarsson hingegen lobte Neitzel: „Er war besser als Wunderlich im Vorjahr bei unserem 18:17-Sieg über Gummersbach. Er kann ein ganz Großer werden."

Groß in Form war TUSEM Essen in der ersten Halbzeit beim TV Großwallstadt. 6:2, 7:4, 10:9 bei Halbzeit, und noch einmal 11:10 führte der Gast in Elsenfeld. Dann hatten die Essener keine Chance mehr und verloren klar mit 13:21. „Ohne Psyche, Ausdauer, Konzentration und Beherrschung kann man nicht gewinnen", ärgerte sich Essens Trainer Petre Ivanescu über den krassen Leistungsabfall. Bundestrainer Simon Schobel lobte vor allem den Großwallstädter Uli Gnau, der „mit dieser Leistung wieder ein Kandidat für die Nationalmannschaft ist".

BASKETBALL

Osnabrücks Fehlstart gegen Köln

dpa/sid, **Osnabrück**

Für Aufsteiger BC Giants Osnabrück hängen die Körbe in der Basketball-Bundesliga zu hoch. Nach sieben Jahren, in denen der Aufstieg von der Bezirksklasse bis in die Bundesliga geschafft wurde, gab es zum Saisonauftakt gegen Pokalsieger BSC Saturn Köln mit 62:81 (38:40) eine deftige Bauchlandung. „Meine Mannschaft ist es nicht gewohnt, gegen einen Gegner zu spielen, der 40 Minuten ununterbrochen Druck macht", sagte Osnabrücks Trainer Günther Hagedorn.

„Ich hatte mir die Giants stärker vorgestellt. Sie haben das Einzelspiel übertrieben. Da fehlte die mannschaftliche Geschlossenheit", analysierte Kölns israelischer Coach Ralph Klein. Besonders der hochgelobte Amerikaner Arnette Halman (16 Punkte) verzettelte sich immer wieder in Einzelaktionen. Neben einigen spektakulären Szenen trug er wenig zum konstruktiven Spielaufbau bei. Lediglich Ex-Nationalspieler Rudi Kleen, der auch Geschäftsführer des Vereins ist, überzeugte voll und erzielte 24 Punkte.

Vor den folgenden Auswärtsspielen beim DTV Charlottenburg Berlin und dem SSV Hagen sowie dem Gastspiel von ASC Göttingen sieht die Situation für Giants Osnabrück nicht rosig aus. Ein Bundesligastart mit 0:8 Punkten ist keine Utopie, zumal Junioren-Nationalspieler Christian Welp am Montag zurück in die USA fliegt.

Die deutschen Basketball-Damen verloren bei der Europameisterschaft in Budapest auch das letzte Spiel gegen Spanien mit 63:64 (38:38). Nach sechs Niederlagen in sieben Spielen belegte die deutsche Mannschaft den zwölften und damit den letzten Platz. In einer nur mäßigen Vorbereitung, deren bezeichnender Abschluß eine strapaziöse Busreise nach Ungarn bildete, ist wohl als Hauptgrund für die Pleite zu sehen. Bundestrainer Toni Di Leo hatte zuvor den achten Platz anvisiert, was auch als realistisches Ziel galt. Nach der unverhofften Pleite sagte der Bundestrainer: „Diese Mannschaft hat unter ihren Möglichkeiten gespielt."

SPORT-NACHRICHTEN

Dressur: Drittes Gold

München (sid) – Zum dritten Mal in Folge seit Einführung dieses Championats 1981 gewann die deutsche Equipe die Dressur-Europameisterschaft für Junge Reiter. Im Münchener Olympia-Stadion siegte das Quartett in der Besetzung Wiljo Klein (Erkrath) auf Admirals Cup, Heike Kemmer (Berlin) auf Lotus, Martina Betzler (Hilden) auf Koran und Gabi Wilcken (Curau) auf Amarillo mit 3816 Punkten überlegen vor Holland (3791) und Finnland (3513).

Prost bleibt bei Renault

Paris (sid) – Alain Prost (28), Spitzenreiter in der Gesamtwertung der Formel-1-Weltmeisterschaft, fährt auch in der nächsten Saison für Renault. Der Franzose unterschrieb einen Einjahresvertrag b/ei dem französischen Rennstall, für den er seit 1981 tätig ist.

Schiedsrichter gestorben

New York (dpa) – Sechs Tage nach seinem Unfall bei den Internationalen US-Tennis-Meisterschaften ist der 61 Jahre alte Schiedsrichter Dick Wertheim aus Lexington gestorben. Wertheim war beim Junioren-Endspiel von einem Ball des Schweden Stefan Edberg in der Leistengegend getroffen worden und hart mit dem Kopf auf den Boden geschlagen. Der Sturz hatte zu Gehirnblutungen geführt.

Connors ausgeschieden

Irving (sid) – Fünf Tage nach seinem fünften Titelgewinn bei den US-Open in New York schied Jimmy Gonnors (USA) beim Grand-Prix-Turnier in Irving/Texas aus. Er unterlag seinem Landsmann Sandy Mayer im Viertelfinale mit 4:6, 5:7. Mayer verlor danach 1:6, 2:6 gegen Gomez (Ecuador).

Erfolg für Podlesch

Berlin (dpa) – Weltmeister Rainer Podlesch gewann ein Rennen der weltbesten Amateursteher. Der 38jährige Berliner setzte sich in seiner Heimatstadt nach zwei Läufen über 30 und 40 Kilometer im Gesamtergebnis mit 27 Metern Vorsprung vor Vizeweltmeister Mathe Pronk aus Holland durch.

Verträge verlängert

Besseges (sid) – Die Radprofis Sean Kelly (Irland) und Joop Zoetemelk (Niederlande) haben die Verträge als Kapitäne bei ihren französischen Rennställen um ein weiteres Jahr verlängert. Während die Mannschaft Kellys als neuen Sponsor eine niederländische Bastelmaterial-Firma gewonnen hat, wird Zoetemelks Team weiterhin von der französischen Firma „Mercier" unterstützt.

Golf: Langer Dritter

Saltash/England (dpa) – Trotz starker Schulter- und Rückenschmerzen liegt Bernhard Langer bei dem mit 120 000 Dollar dotierten Golf-Turnier in Saltash auf Platz drei hinter den beiden gemeinsam mit 201 Schlägen führenden Briten David Faherty (68+69+64) und Paul Way (66+67+68). Langer benötigte bei Platzstandard 70 203 (69+68+66) Schläge.

Biathlon für Frauen

München (sid) – Die ersten Biathlon-Weltmeisterschaften für Frauen werden vom 27. Januar bis 4. März in Chamonix ausgetragen. Auch in den beiden noch nicht ins olympische Programm aufgenommenen Mannschafts-Wettbewerben im Skispringen (26. Februar in Engelberg/Schweiz) und in der Nordischen Kombination (17./18. März in Rovaniemi/Finnland) finden erstmals Weltmeisterschaften statt.

Neue Mannschaftsmeister

Rheine (sid) – Neue Titelträger gab es bei den deutschen Mannschaftsmeisterschaften im Trampolinturnen in Rheine durch den TV Dillenburg bei den Damen und TV Unterbach bei den Herren. Bei den Herren mußte sich Titelverteidiger TGJ Salzgitter mit dem zweiten Rang zufriedengeben.

Protest abgelehnt

Newport (sid) – Nach sechsstündiger Verhandlung hat die internationale Yacht-Renn-Vereinigung (IYRO) den Protest der „Australia II" beim Americas Cup in der amerikanischen Hafenstadt Newport abgelehnt. Aufgrund von Video-Aufzeichnungen kam die Regatta-Kommission zu dem Schluß, daß die von den Australiern angeführte „Beinahe-Kollision" während der zweiten Wettfahrt mit der amerikanischen Yacht „Liberty" nicht den Ausgang des Rennens beeinflußt hatte. Damit führen die Amerikaner mit zwei Tagessiegen.

Dennis Follows gestorben

London (sid) – Im Alter von 75 Jahren ist Sir Dennis Follows, der Präsident des Olympischen Komitees von Großbritannien, gestorben. Als Sekretär des englischen Fußball-Verbandes wurde Follows 1967 von Königin Elisabeth II. geadelt.

Sieben Weltcup-Termine

München (sid) – Nach der Einführung des Weltcups in der Nordischen Kombination steigt die Zahl der nordischen Weltcup-Veranstaltungen in diesem Winter in Deutschland auf sieben an. Es sind die Langläufe in Reit im Winkl, die beiden ersten Konkurrenzen der Vierschanzen-Tournee, die Nordischen Kombinationen in Schonach und Nesselwang, Biathlon in Ruhpolding und Skifliegen in Oberstdorf.

BOXEN

Sportwart Birkle und die Tricks

dpa, **Lake Placid**

In den USA bewahrten die Regel-Tricks des Sportwarts Heinz Birkle den Deutschen Amateur-Box-Verband (DABV) nach dem 11:13 im offiziellen Kampf am Mittwoch auch beim 10:14 am Samstag in der Eishalle von Lake Placid vor einem Debakel. Birkle, der seit einigen Wochen der Technischen Kommission und Regelkommission des Weltverbandes (AIBA) angehört, kannte in Wilmington und Lake Placid allein die richtige Auslegung der neuen Regeln. Danach werden in der ersten Runde abgebrochene internationale Vergleiche Unentschieden gewertet. Dadurch kam Hussing-Ersatz Peter Geier aus Kostheim im ersten Vergleich zu einem Remis. In Lake Placid wurde Geier von dem erst fünf Tage vor diesem Duell 17 Jahre alt gewordenen Amerikaner Mike Tyson in der ersten Runde zur Aufgabe gezwungen.

Auch Manfred Zielonka, der in den USA seinen besten Kampf seit seiner Bonzemedaille bei der Münchner WM lieferte, profitierte vom Regelwissen Birkles. Wegen einer Verletzung in der dritten Runde gestoppt, mußten die Punktrichter das bisherige Geschehen auswerten: Punktsieger Zielonka. In Lake Placid setzte Birkle das in den USA ansonsten unübliche Unentschieden durch. Davon profitierten Bogdan Maczuga in Bantam und Harald Künstler im Halbschwergewicht. Möglicherweise wären sonst beide Kämpfe verlorengegangen und die Gesamtniederlage höher ausgefallen.

Weil der DABV nur eine Verlegenheitsstaffel ohne die Olympiakandidaten Stefan Gertel, Ralf Rocchigiani und Peter Hussing in die USA schikken konnte, wurden zwei deklassierende Niederlagen befürchtet. Die USA stellten ihrerseits nur zweit- und drittklassige Boxer auf, weil ihre erste Garnitur zur gleichen Zeit gegen Kuba bei den Nordamerikanischen Meisterschaften in Houston antreten mußte.

Im Hinblick auf Olympia '84 war Sportwart Birkle mit dem vorolympischen Trip sehr zufrieden: „Unsere Kämpfer haben wichtige Erfahrungen gesammelt, vor allem auch gegen Gegner mit Kopfschutz." Ein Sonderlob in der DABV-Staffel verdienten außer Zielonka die Doppelsieger Alex Künzler und Helmut Gertel im Welter sowie Markus Bott im Halbschwergewicht. Diese vier – dazu Stefan Gertel und ein von zuviel Arbeit befreiter Bauzeichner Hussing – sind erste Anwärter auf olympische Tickets.

OLYMPIA / Wird die Gefahr eines Boykotts durch die Sowjetunion jetzt doch größer?

Ruderer und Kanuten starten nicht in Los Angeles Kaliforniens Parlament für Ausschluß der UdSSR

sid, Los Angeles

Die Gefahr eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele 1984 in Los Angeles durch die Sowjetunion und ihre Verbündete ist spürbar größer geworden, nachdem die UdSSR die Teilnahme an den vorolympischen Wettbewerben der Ruderer und Kanuten zurückgezogen hat. In einem Telegramm, das am Freitag im Organisationskomitee eintraf, widerriefen die Sowjets die geplante Anreise mit ihrer 17köpfigen Delegation „aufgrund der existierenden Umstände".

Für die am Donnerstag beginnenden Testrennen hatten sich 26 Verbände angesagt. Noch offen war bis zum Wochenende, ob die anderen gemeldeten osteuropäischen Teams antreten würden.

Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees, zeigte sich von der Absage „enttäuscht, auch wenn wir die Beweggründe verstehen". Man werde sich weiter bemühen, die Spiele aus dem Einfluß der Politik herauszuhalten. Wie schwierig dies sein wird, haben jedoch auch die jüngsten Reaktionen in den USA gezeigt.

Nach dem Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges mit 269 Menschen, darunter 70 amerikanischen Bürgern, verabschiedeten Mitte der Woche beide Häuser des kalifornischen Parlaments eine Resolution mit der Aufforderung an die Regierung der USA, die UdSSR für die Sommerspiele 1984 auszuladen. Dieser Vorschlag wurde bereits vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zurückgewiesen. „Nach den Regeln des IOC ist das olympische Organisationskomitee in Los Angeles verpflichtet, die UdSSR einzuladen", erklärte ein IOC-Sprecher.

Dennoch hat sich die Lage verschärft. Die in wenigen Wochen geplante USA-Tournee der sowjetischen Basketball-Nationalmannschaft ist gefährdet, weil bereits drei amerikanische Universitäten die Spiele abgesagt haben. Auch das Eishockey-Spiel zwischen den USA und der UdSSR am 17. Dezember in Philadelphia wird nicht stattfinden. Der amerikanische Verband berief sich dabei auf den Abschuß der südkoreanischen Linienmaschine.

Für die Organisatoren in Los Angeles bedeutet die jüngste Entwicklung einen harten Rückschlag ihrer Bemühungen der letzten Wochen, das Verhältnis mit Moskau zu normalisieren. So reisten Ueberroth und General-Manager Usher im August zur Spartakiade nach Moskau und vergaben die Fernsehrechte an die osteuropäische „Intervision" für nur drei Millionen Dollar – ein „eindeutig politischer Preis". Der Vertrag soll am 26. September in Los Angeles unterzeichnet werden. Vor einer Woche sagte Tom Bradley, der Oberbürgermeister von Los Angeles, dieser Vertrag sei bereits unter Dach und Fach.

Ueberroth bekräftigte auch nach dem Boykott-Telegramm aus Moskau das Interesse, die Fronten nicht weiter zu verhärten: „Unsere Aufgabe bleibt, unabhängig von unseren persönlichen Gefühlen, möglichst komplette Spiele zu veranstalten." Sowohl er als auch das amerikanische Nationale Olympische Komitee (USOC) hatte die Resolution des kalifornischen Parlaments hart kritisiert.

Doch angesichts der letzten Entwicklungen beschäftigt man sich in den USA nun mit einem möglichen Boykott. Die Fernsehgesellschaft ABC erarbeitete bereits eine Klausel, nach der bei einem Teilboykott Zahlungen für die Fernsehrechte reduziert werden. ABC hat die Rechte für insgesamt 225 Millionen Dollar erworben.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Pokal, 2. Hauptrunde: Gröditz – Halle 0:1, Senftenberg – Frankfurt 0:4, Rudisleben – Jena 1:4, Rotation Berlin – Lok Leipzig 0:6, Schkopau – Dresden 0:4, Premnitz – Dynamo Berlin 1:5, Böhlen – Aue 0:3, Gera – Erfurt 0:3, Zwickau – Chemie Leipzig 2:0, Wernigerode – Karl-Marx-Stadt 0:2, Stralsund – Union Berlin 1:0, Thale – Magdeburg 0:5, Dessau – Riesa 0:7, Schwedt – Rostock 1:3, Heckert Karl-Marx-Stadt – Babelsberg 1:4, Stahl Brandenburg – Post Neubrandenburg 3:0.

Erste englische Division, 6. Spieltag: Birmingham – Ipswich 1:0, Coventry – Leicester 2:1, Liverpool – Aston 2:1, Luton – Wolverhampton 4:0, Norwich – Nottingham 2:3, Notts – Arsenal 0:4, Queens Park – Sunderland 3:0, Southampton – Manchester United 3:0, Stoke – Watford 0:4, Tottenham – Everton 1:2, Bromwich – West Ham 1:0. – Tabellenspitze: 1. West Ham 15 Punkte, 15:4 Tore, 2. Southampton 14/8:1, 3. Liverpool 14/8:3, 4. Ipswich 13/15:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: Hagen – Göttingen 80:84, Gießen – Charlottenburg 73:76, Wolfenbüttel – Bayreuth 104:76, Osnabrück – Köln 62:81, Leverkusen – Heidelberg 87:74.

EISHOCKEY

Bundesliga, 5. Spieltag: Iserlohn – Düsseldorf 6:4, Freiburg – Rosenheim 3:3, Landshut – Köln 5:2, Kaufbeuren – Rießersee 9:6, Mannheim – Schwenningen 5:1.

HOCKEY

Bundesliga, 13. Spieltag, Gruppe Nord: Hannover – Kahlenberg 2:0, Großflottbek – RW Köln 4:2. – Gruppe Süd: Frankfurt – Rüsselsheim 2:4, Berlin – Limburg 6:2, Heidelberg – Frankenthal 0:3. – Bundesliga, Damen, 13. Spieltag, Gruppe Nord: Düsseldorf – Hamburg 2:0, BW Köln – Großflottbek 2:0, Braunschweig – RW Köln 1:0, Leverkusen – Raffelberg 1:0. – Gruppe Süd: Brandenburg – Münchner SC 6:1, HTC Stuttgart – Frankfurt 2:2, RW Stuttgart – Hanau 0:3, Berliner HC – Pasing München 3:0. – Nachholspiel: Münchner SC – Pasing München 0:0.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Lemgo – Dankersen 24:20, Kiel – Gummersbach 17:14, Günzburg – Reinikkendorf 20:22, Großwallstadt – Essen 21:13, Hüttenberg – Hofweier 26:25, Nürnberg – Schwabing 15:17.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Saarbrücken – Grenzau 9:3, Bad Hamm – Bremen 6:9, Düsseldorf- – Herbornseelbach 9:1, Reutlingen – Heusenstamm 9:2, Jülich – Altena 6:9.

KANU

Deutsche Slalom-Meisterschaften in Augsburg, Herren, Einer-Canadier: 1. Köpping (Dormagen) 263,28 Sek, 2. Schnitzerling 267,00, 3. Libuda (beide Augsburg) 281,20. – Einer-Kajak, Altersklasse: 1. Gerlach (Grevenbroich) 263,75 Sek., 2. Trojovsky (Augsburg) 267,34, 3. Loos (München) 301,70. – Damen: Einer-Kajak: 1. Hildesheim (Schwerte) 285,03, 2. Schmidt (Augsburg) 293,13, 3. Erbers (Krefeld) 312,86, . . . 7. Deppe (Lippstadt) 358,86. – Mixed-Zweier-Canadier: 1. Gabriele u. Michael Radermacher (Aachen) 358,75, 2. Anke u. Kai Asmer (München) 420,04, 3. Gabe Schmidt/Peter Micheler (Augsburg) 704,37.

KUNSTTURNEN

2. WM-Qualifikation der Turnerinnen in Marburg, Endstand: 1. Haug (Berlin) 76,70 Punkte (Pflicht 38,80/Kür 35,90), 2. Schwarm (Niederwörresbach) 75,60, (38,30/37,30), 3. Wilhelm (Wolfsburg) 75,35 (37,55/37,80), 4. Heine (Hannover) 75,10 (37,10/38,00), 5. Lehmann (Berlin) 75,00 (38,50/36,50), 6. Eiselbrecher (Unterpfaffenhofen) 72,90 (36,55/36,15).

RINGEN

Bundesliga, 5. Wettkampftag, Gruppe West: Bonn-Duisdorf – Aschaffenburg 19:19,5, Schifferstadt – Goldbach 14,5:20,5, Königshofen – Aldenhoven 15,5:23,0, Köllerbach – Witten 15,5:21,5. – Gruppe Süd: Aalen – Hallbergmoos 34:5, Freiburg-St. Georgen – Urloffen 11:26,5, Wiesental – Reilingen 14:22.

REITEN

CSI in München, 1. Qualifikation zum Großen Preis der Springreiter: 1. Wiltfang (Thedinghausen) Gordon 0 Fehlerpunkte/73,36 Sek., 2. Rüping (Itzehoe) Silbersee 0/75,67, 3. Mullins (Irland) Mostrim 0/76,32.

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen-Horst: 1. R.: 1. Paraklet (R. Bowker), 2. Nicode, 3. Giro, Toto: 48/Pl. 14, 12, 15, ZW: 104, DW: 356, 2. R.: 1. Vis-a-Vis (J. Ochocki), 2. Birthday, 3. Stamitz, Toto: 44, Pl. 12, 13, 17, ZW: 104, DW: 512, 3. R.: 1. Lua Vindu (M. Tunc), 2. Flammensturm, 3. Tomar, Toto: 124, Pl. 21, 15, 13, ZW: 772, DW: 2900, 4. R.: 1. Imo (P. Belau), 2. Wirto, 3. Simson, Toto: 168, Pl. 30, 16, 22, ZW: 652, DW: 2896, 5. R.: 1. Mantelano (J. Orihuel), 2. Belasco, 3. Sariano, Toto: 56, Pl. 13, 10, 12, ZW: 256, DW: 604, 6. R.: 1. Sachsenhain (St. Wegner), 2. Dodo, 3. Winabit, Toto: 28, Pl. 17, 21, 28, ZW: 176, DW: 1040, 7. R.: 1. Amedeo (P. Kallai), 2. Sirjana, 3. Alpentanne, Toto: 64 Pl. 26, 34, 62, ZW: 1640, DW: 1 324, 8. R.: 1. Winkelmoos (D. K. Richardson), 2. Zirella, 3. Schallgrenze, Toto: 64, Pl. 20, 20, 20, ZW: 668, DW: 2340, 9. R.: 1. Nanga Parbat (B. Selle), 2. Playa, 3. Vorschuß, Toto: 180, Pl. 42, 23, 26, ZW: 2676, DW: 12 496.

ROLLKUNSTLAUFEN

Europameisterschaften in Bologna: Damen, Kürwertung: 1. Poll (Italien) 228,5, 2. Bonati (Italien) 224,8, 3. Melchers (Deutschland) 220,3. – Kombinationswertung: 1. Bonati 402,8, 2. Bruppacher (Deutschland) 399,9, 3. Melchers 397,5. – Herren, Kürwertung: 1. Biserni (Italien) 232,0, 2. Alvares (Spanien) 230,2, 3. Helmle (Deutschland) 221,1. – Kombinationswertung: 1. Biserni 425,2, 2. Helmle 410,4, 3. Beaton (England) 391,8.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 8, 25, 34, 41, 49, Zusatzzahl 6. – Spiel 77: 3 2 5 3 1 9 3. – **Toto**, Elferwette: 1, 0, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 0, 1, 1. – **Glücksspirale**, Endziffern: 04, 417, 3562, 86 194, 960 737, 0 465 719. – Prämienziehung: 453 653, 502 459, 698 377. (Ohne Gewähr)

VOLLEYBALLEM

Zum Aufakt ein Sieg über Polen

dpa Schwerin

Die deutschen Volleyball-Damen spielen erstmals bei einer Europameisterschaft mit den Großen mit. Nach dem grandiosen [illegible]:1-Triumph über Polen legten am Ende doch noch viele Schweriner Zuschauer ihre Zurückhaltung ab. „Da sind viele zu uns gekommen und haben uns herzlich gratuliert. Während des Spiels waren sie ja ziemlich reserviert und haben den Gegner mehr unterstützt", schilderte die Lohhofer Spielmacherin Renate Riek die Atmosphäre.

Nach dem letzten Ballwechsel hatten sich noch Beifall und Pfiffe der 3000 Zuschauer gemischt, während die Mädchen des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) in großen Jubel ausbrachen und sich immer wieder um den Hals fielen. „Ich hatte hier im Spiel wirklich mehr Unterstützung für uns erwartet", sagte der polnische Bundestrainer Andrzej Nieczyk.

Die DVV-Vertretung hat mit ihrer Vorstellung gegen die Polinnen die osteuropäischen Mannschaften geschockt und das hochgesteckte Ziel, erstmals in die Endrunde der besten Sechs zu kommen, schon so gut wie erreicht. Erstmals bei einer Europameisterschaft überhaupt gelang einer deutschen Mannschaft ein Sieg gegen eine Vertretung Osteuropas. Vor zwei Jahren war man noch Zehnter, während Polen auf Rang fünf gelandet war.

Für den 39jährigen Trainer Niemczyk und auch die vor drei Jahren aus Polen übersiedelte und in diesem Spiel überragende Danuta Niemietz hatte der Erfolg gegen das Team aus der ehemaligen Heimat auch noch besondere Akzente: „Wir haben der Mannschaft immer wieder gesagt, daß sie hier bestehen kann. Jetzt hat sie es erstmals selbst gemerkt", meinte Verbandspräsident Xoland Mader (München).

Wie groß das Selbstbewußtsein des Teams inzwischen geworden ist, zeigte sich besonders in der kritischen Phase des Spiels, als die Polinnen drauf und dran waren, den zweiten Satz zu gewinnen, die deutsche Mannschaft dann jedoch fünf Matchbälle abwehrte und das Spiel gewann.

Bei den Polen herrschte große Enttäuschung. Trainer Andrzej Dulski – einst in Polen Assistenz unter Niemczyk – hatte eine Medaille zum Ziel gesetzt.

Das zweite Spiel gegen Europameister Bulgarien verlor die deutsche Mannschaft erwartungsgemäß 0:3 (8:15, 10:15, 11:15).

BOXEN

Wieder Niederlage für Stevenson

sid, Houston

Der 21 Jahre alte Bauarbeiter Craig Payne hat den Weltcup der Amateurboxer in Rom (17. bis 22. Oktober) um eine Attraktion beraubt. Bei den Nordamerika-Ausscheidungen in Houston (Texas) besiegte der Amerikaner im Super-Schwergewicht mit 3:2 Richterstimmen den Kubaner Teofilio Stevenson.

Payne erhielt im amerikanischen Team den Vorzug vor Weltmeister Tyrell Biggs, der bei den Panamerikanischen Spielen in Caracas nur die Bronzemedaille gewonnen hatte. Für Stevenson, der 1984 in Los Angeles zum vierten Mal Olympiasieger werden will, war es die dritte schwere Niederlage in den letzten 16 Monaten. Bei der WM 1982 in München scheiterte der 31jährige an dem italienischen Europameister Damiani, vor einigen Monaten verlor er gegen den Sowjetrussen Krupin.

ROLLKUNSTLAUF

Nur die Damen sind in Form

sid, Bologna

Die Italiener laufen bei den Rollkunstlauf-Europameisterschaften in Bologna den Deutschen ihre europäische Spitzenposition ab. Im Paarlauf gab es einen dreifachen italienischen Erfolg. Karin Ebert und Rüdiger Schneider (Heilbronn) wurden nur Vierte. Der deutsche Meister Michael Helmle (Heilbronn) hatte zum Auftakt im Pflicht-Wettbewerb die Silbermedaille gewonnen. Nach der Kurzkür liegt Helmle hinter dem Italiener Biserni auf dem zweiten Platz.

Bundestrainer Günter Koch war mit den Leistungen nicht zufrieden. Vor 6000 Zuschauern überzeugten nämlich im deutschen Team bisher nur die Damen: Mit Petra Schneider, Claudia Bruppacher und Birgit Melchers belegen sie nach Pflicht und Kurzprogramm die ersten drei Plätze.

DRESSURREITEN

Heike Kemmer Europameisterin

sid, München

Die deutschen Teilnehmer beherrschten wie erwartet die Dressur-Europameisterschaft für junge Reiter in München. Nach dem Mannschaftserfolg durch Martina Betzler (Hilden) auf Koran, Heike Kemmer (Berlin) auf Lotus, Wiljo Klein (Erkrath) auf Admirals Cup und Gabi Wilcken (Curau) auf Amarillo mit 3816 Punkten vor Holland und Finnland gingen Gold und Silber in den Einzelentscheidungen ebenfalls an deutsche Reiter.

Europameisterin wurde die 21 Jahre alte Heike Kemmer mit 1329 Punkten vor Martina Betzler (19), die acht Punkte weniger erhielt. Bundestrainer Harry Boldt: „Heike Kemmers Pferd Lotus besitzt bereits Grand-Prix-Reife. Sie vermag deshalb beim kommenden Wechsel zu den Senioren im Großen Sport sicherlich mitzuhalten."

Ataxerxes ist überraschend für Paris gemeldet

Zwei Pferde aus deutscher Zucht haben eine Nennung für den Prix de l'Arc de Triomphe (1,48 Millionen Mark, 875 000 Mark dem Sieger, 2400 m) am 2. Oktober 1983 in Paris-Longchamp erhalten. Wie erwartet ist der fünfjährige Hengst Orofino aus dem Gestüt Zoppenbroich dabei. Ob Deutschlands derzeit bester Galopper (Gewinnsumme: 1 091 425 Mark) tatsächlich im bedeutendsten Rennen der Welt läuft, ist aber noch nicht sicher. In den beiden letzten Jahren stellte sich bei Orofino stets eine Art „Herbstkrise" ein.

Überraschend tauchte der Name Ataxerxes in der Nennungsliste auf. Der jetzt sechsjährige Hengst siegte 1982 für das Gestüt Schlenderhan im Kölner Preis von Europa. Vor einigen Wochen wurde er als Deckhengst nach Südamerika verkauft, da er wegen eines fehlenden Hodens in Deutschland nicht als Vererber wirken darf. Im Vertrag mit der Pariser Firma Opec-International ist eindeutig vereinbart, daß Ataxerxes nur für Zuchtzwecke verwendet werden darf. Gestütsleiter Ewald Meyer zu Düte und Trainer Heinz Jentzsch entschlossen sich zum Verkauf, weil es um die Gesundheit des Europa-Preis-Siegers nicht mehr zum besten stand. Um so überraschender nun die Nennung für den „Arc".

*

Als dritte Frau schaffte Petra Faulstich (25) aus Dortmund in Köln mit Ado Khan den 50. Sieg als Profi-Reiterin. Sie darf sich nun nach Carola Ortlieb und Heike Kuhse mit dem Titel „Jockey" schmücken. Carola Ortlieb ist inzwischen als Trainerin in Frankfurt tätig.

*

Fußball-Nationalspieler Klaus Allofs vom 1. FC Köln hat seinen Galopperhengst Trupper als Reitpferd verschenkt. Der Vierbeiner zog sich im Training einen Griffelbeinbruch zu. Trupper startete zuletzt bei der Derbywoche in Hamburg. Seinen größten Sieg für Allofs schaffte Trupper am 12. Mai 1983 in einem Hürdenrennen im belgischen Sterrebeek.

*

Nur für den damaligen Ankaufpreis von 20 000 Mark war die dreijährige Stute Eisheilige versichert, die bei dem Brand am 5. September auf der Kölner Rennbahn ums Leben kam. Für diesen Betrag ersteigerte Trainer Günter Rosenbusch das Pferd auf der Auflösungsauktion des Gestüts Waldfried am 9. Oktober 1981 in Köln. Eisheilige war in diesem Jahr Zweite im klassischen Schwarzgold-Rennen.

*

Aufgelöst wird das Gestüt Fohlenhof in Haßloch, in Köln wird der Bestand demnächst versteigert, für den in Fohlenhof stationierten Deckhengst Authi wird ebenfalls ein Käufer gesucht, er soll etwa 450 000 Mark kosten. Lord Udo, Deckhengst im Gestüt Röttgen, Derbyzweiter von 1974, soll ins Gestüt Etzean im Odenwald verpachtet werden.

*

Am 2. September 1980 gewann der damals fünfjährige Hengst Arinos in Iffezheim den Union-Klub-Pokal. Eine schwere Sehnenverletzung unterbrach die Laufbahn. Am letzten Sonntag ging Arinos in Hannover wieder an den Start – und gewann ein kleines Rennen überlegen. Arinos ist nach Malpolon der zweite deutsche Galopper, der mit einer in der Tierklinik in Sottrum bei Bremen durchgeführten Sehnen-Transplantation ein Rennen gewonnen hat.

*

Spurlos verschwunden ist der sechsjährige Hengst Toscarimus, vor drei Jahren Sieger im Großen Hansa-Preis von Hamburg. Er wurde aus seinem Stall bei Trainer Hubertus Fanelsa in Bremen entwendet, ohne daß Zeichen von Gewaltanwendung an der Boxentür sichtbar waren.

KLAUS GÖNTZSCHE

Als Matrosen und Arbeiter meuterten – Der Aufstand von Kronstadt

Doch es siegte Lenins „reine" Lehre

Die etwa 10 000 Matrosen der sowjetischen Ostseeflotte in Kronstadt vor Petrograd (Petersburg/Leningrad) glichen kaum noch den Roten „Helden" der Februar- und der Oktoberrevolution von 1917, die ihren Flottenchef und 30 höhere Seeoffiziere ermordet und, mit Granaten an den Füßen, aufrecht stehend im Meer versenkt hatten. Der Rat der Volkskommissare in Moskau hatte Bauernsöhne aus den Schwarzmeergebieten zum Dienst bei der Marine eingezogen. Diese wußten nur zu gut, daß es dem Bauerntum, das in den Besitz des „Herrenlandes" gekommen war, schlechter ging als zu den Zeiten der Herren und des „verfluchten Zarismus".

Zu Beginn des Jahres 1921 herrschte nach dem Bürgerkrieg Hungersnot im ersten „Arbeiter-und-Bauernstaat" der Weltgeschichte. Selbst die Brotrationen mußten drastisch gekürzt werden. In den großen Betrieben in Petrograd, der Wiege der Revolutionen von 1917, streikten die Arbeiter in den Großbetrieben. Im Februar 1921 fanden Demonstrationen gegen die schlechte Versorgungslage statt. Der „Rote Zar" von Petrograd, der Parteisekretär Grigori Sinowjew, handelte nach zaristischem Muster, ließ Militär holen, verfügte Massenverhaftungen und verhängte das Standrecht.

Darauf beschlossen die Bauernmatrosen der Flotte in Kronstadt in revolutionären Meetings am 1. und 2. März 1921, sich mit den Petrograder Arbeitern zu solidarisieren. Der Politkommissar der Flotte, Kusmin, wurde festgesetzt, ebenso der Kronstadter Parteichef. Die Matrosen wählten einen Ausschuß für die sogenannte „Dritte Revolution". Sie verlangten Aktionsfreiheit, Pressefreiheit, freie Wahlen für eine neue Konstituante zum Ersatz für die von den Sowjets im November 1918 auseinandergejagte Verfassunggebende Versammlung, in der die Menschewiki (Sozialdemokraten) die Mehrheit gehabt hatten. Bauern, Handwerker, gewerbliche Kleinbetriebe sollten selbständig wirtschaften können. Flugblätter der Menschewiki tauchten auf, propagierten die Beseitigung des Kommunismus, den Sturz der Gewaltherrschaft der Kommissare.

Die Matrosen von Kronstadt – ZDF, 21.20 Uhr

Ein schwerer Schock für den Rat der Volkskommissare mit Lenin und Trotzki an der Spitze in Moskau. Sie entsandten den Genossen Michail Kalinin vom Obersten Sowjet nach Kronstadt, um die Matrosen durch seine Jovialität zu beschwichtigen. Die Matrosen brüllten ihn nieder. Mit Mühe konnte er sich seiner Verhaftung entziehen.

Darauf entschloß man sich, die Rote Armee mit schwerer Artillerie und Bombenflugzeugen gegen die Meuterer einzusetzen. Eine „Dritte Revolution", einen humanisierten Kommunismus durfte es nicht geben. Der Kriegskommissar Trotzki erschien selbst in Petrograd. Den Oberbefehl erhielt einer der jüngsten und brillantesten Armeekommandeure, Michail Tuchatschewski, ein roter Renegat aus altem Adel.

Die Matrosen, zu denen etwa 4000 Mann Landtruppen der Garnison kamen, wehrten sich unter dem Befehl eines Militärspezialisten, des Generals Koskowski, mit dem Mut der Verzweiflung. Am 7. März 1921 begann Tuchatschewskis Artillerie das Feuer zu eröffnen. Die ersten Sturmangriffe über das Eis des noch zugefrorenen Meeres scheiterten. Funksprüche gingen aus der belagerten Festung hinaus: Kronstadt kämpfe für die Freiheit. Sie fanden kein Echo im Westen. Als die Oranienbaumer Garnison meuterte, um Kronstadt zu Hilfe zu kommen, erschienen Spezialtruppen der GPU (KGB) und erstickten die Auflehnung.

Nach zehn Tagen wilder Kämpfe erlosch am 18. März 1921 der letzte Widerstand in Kronstadt. Der Großteil der Rebellen war gefallen oder verwundet. Wer in Gefangenschaft geriet, wurde erschossen oder in Straflager deportiert. Die „reine" Lehre Lenins hatte über die „Konterrevolution" gesiegt. Das sollte so bleiben, 1953 in Mitteldeutschland, 1956 in Ungarn, 1980/83 in Polen.

WALTER GÖRLITZ

KRITIK

Aneinander vorbeigeredet

Es war ein Musterbeispiel für ein undiszipliniertes Aneinandervorbeireden und Nichtzuhörenkönnen – jene kurzfristig angesetzte TV-„Pressekonferenz" mit dem amerikanischen NATO-Oberbefehlshaber zum Thema **Die NATO und der „heiße Herbst"** (ARD). Da erklärte General Bernard Rogers, zu Beginn ausdrücklich: „Die Sowjets wollen keinen Krieg. Aber sie wollen – ohne einen Schuß abzugeben – ganz Europa unter Kontrolle bringen." Doch dann mußte ausgerechnet Theo Sommer von der „Zeit" als Spätzünder explodieren: „Ist es nicht völlig unrealistisch, daß die Sowjets angreifen . . ." Rogers – cool und selbstbeherrscht bis in die Fingerspitzen –, berief sich gegenüber dem respektvoll als „Doctor Sommer" apostrophierten Nichtzuhörer auf Vorausgegangenes.

Genauso intelligent wie der Printmedien-Kollege Sommer, fragte Carl Weiss von ARD-Brüssel: „Die Sowjets können noch nicht einmal Polen kontrollieren. Wie wollen sie dann ganz Europa unter Kontrolle bringen?" Ebenso zeigte der ursprünglich als Gesprächsleiter vorgesehene, dann wild mitdiskutierende Joachim Braun vom Sender Freies Berlin die totale Unfähigkeit, auf Rogers' Argumente überhaupt einzugehen. Da hätte man doch einmal nachhaken sollen – als Rogers bemerkte, daß die etwaige Aufstellung von amerikanischen Mittelstreckenraketen im Dezember dieses Jahres den Sinn haben könnte, neben einer glaubhaften Abschreckung der UdSSR einen Anreiz zum ernsthaften Weiterverhandeln über die Raketenfrage zu geben.

Aber wie und auf welcher Ebene soll das geschehen? Ist für den NATO-Oberkommandierenden auch eine Gipfelkonferenz zum Thema Mittelstreckenraketen denkbar? Diese doch ganz naheliegenden Fragen wurden von dem Journalistenterzett überhaupt nicht gestellt. Auch Rogers' Bemerkung, daß die Sowjetunion seit Beginn der Genfer Verhandlungen über 600 Sprengköpfe neu installiert hatte, erschien keines Nachfragens wert. So galt zumindest für die drei dilettantischen Interviewer des NATO-Chefs der altbekannte Satz: Außer Spesen nichts gewesen.

GISELHER SCHMIDT

STUDIO

Nachrichtensendungen und politische Magazine im Fernsehen stehen bei 80 Prozent der älteren Menschen sehr hoch im Kurs. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Deutschen Altershilfe in Köln. Weiter ermittelten die Forscher, daß die ARD-Tagesschau beliebter sei als die „heute"-Sendung im ZDF. Dagegen werde das „heute-Journal" den Tagesthemen vorgezogen. Mit Abstand die beliebteste Magazinsendung ist der Untersuchung zufolge das „ZDF-Magazin" mit 44,4 Prozent Zuschauern, während „Report" und „Panorama" auf den Plätzen zwei und drei folgen. Sendungen des Nachmittagsprogramms, die sich speziell mit Problemen des Alterns beschäftigen, werden der Studie zufolge kaum angesehen. Kritisch beurteilt die Studie die Arbeit der Fernsehmacher, die sich viel zuwenig mit den Problemen der älteren Menschen auseinandersetzten. Um den Gewohnheiten und Bedürfnissen der älteren Bürger gerecht zu werden, sollten künftig spezielle Sendungen für Ältere, etwa das ZDF „Mosaik", ins Abendprogramm übernommen werden.

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Bücherjournal
10.50 Vom Dritten keine Spur
Amerikanischer Spielfilm (1959)
12.00 Tagebuch
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Jeder hat sein Nest im Kopf
Wiederbegegnung mit Dorsten/Westf.
17.20 Der Trotzkopf
Letzter Teil: Hochzeit
Ilse hat Leo verlassen und lebt nun in der Provinzstadt bei ihrer Freundin Nellie. Dort trifft sie auch Rosi, Orla und Flora wieder, ihre ehemaligen Mitschülerinnen aus dem Internat.
17.50 Tagesschau
(Anschl.: Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Glanz und Elend der Kurtisanen (4)
Buch und Regie: Maurice Cazeneuve
Der Baron de Nucingen ist Esther völlig hörig, und das ist die Chance, auf die der Abbé gewartet hat. Er zwingt Esther, fingierte Wechsel zu unterschreiben, die der Baron dann einlösen soll. Die Leidenschaft des Barons ist so stark, daß er alle finanziellen Forderungen erfüllt, ohne ans Ziel seiner Wünsche gelangt zu sein.
21.15 2 x Kamerun und zurück
Bericht über eine Reise
22.00 Der nächste, bitte!
Geschichten aus der Praxis
3. Teil: Sein letzter Wille
22.30 Tagesthemen
23.00 Verbotene Spiele
Französischer Spielfilm (1952)
Regie: René Clement
00.25 Tagesschau

ZDF

15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Mathematik und Experiment
1. Geometrie am Himmel
(Anschl.: heute-Schlagzeilen)
16.35 Servus Gespenst!
Was war los im September 1683? Kinder entdecken Geschichte in Wien
17.00 heute/Aus den Ländern
17.50 Die Straßen von San Francisco
Nur ein Unfall
(Dazw.: heute-Schlagzeilen)
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Mit Beobachtungen von Michael Heuer:
„Hypnose zwischen Magie und Medizin"
Moderation: Hans Mohl.
21.00 heute-journal
21.20 Die Matrosen von Kronstadt
Szenischer Bericht über einen Aufstand in der Frühzeit Sowjetrußlands
Nach den zurückliegenden Revolutions- und Kriegswirren befindet sich Sowjetrußland Anfang des Jahres 1921 in einer tiefen Versorgungskrise. Die Unruhen im ganzen Lande wachsen und führen schließlich zu Streiks in den Städten, die sich auch gegen Disziplinierungsmaßnahmen der staatlichen Bürokratie wenden. Die politische Führung ist alarmiert.
23.20 Zwischen den Bildern
1. Teil: Montage im Erzählkino
00.20 heute



Szene mit Werner Kreindl (l.) und Siemen Rühaak aus Theodor Schübels dokumentarischem Bericht „Die Matrosen von Kronstadt" (ZDF, 21.20 Uhr)

FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
21.45 Rand-Probleme
Arbeitslose im Siegerland
22.15 Hilf mir träumen (5)
23.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Mensch ärgere dich doch! (1)
19.00 Eine Klassenreise (1)

NORD

19.15 Die Sprechstunde
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Budapester Märchen
22.45 Gespräche am Abend: Bei Martin Sperlich
24.00 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Abkehr vom Fließband
19.30 Elternstammtisch
Es war ein ständiger Wechsel zwischen Duldung und Widerstand
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
21.00 Drei aktuell
21.15 Colombo
Amerikanischer Spielfilm (1977)
22.25 Bücher-Report

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau mit Blick ins Land im Dritten
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
Dreimal schwarzer Kater
20.20 Bilder deutscher Städte
Potsdam – gestern und heute
21.00 [illegible]
21.45 [illegible]
Ein ganz leises Fliegen in geringer Höhe über Weiß hinweg
22.10 [illegible]

BAYERN

18.15 [illegible]
18.45 Rundschau
19.00 [illegible]
Amerikanischer Spielfilm (1957)
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 [illegible]
22.50 [illegible]
Amerikanischer Kriminalfilm
00.05 Rundschau

Pankraz, Enzensberger und die „Bild"-Zeitung

Man kann bekanntlich nicht zweimal in demselben Fluß baden. Hans Magnus Enzensberger hat es jetzt dennoch versucht, und er ist dabei buchstäblich auf dem Trocknen gelandet. In der letzten Ausgabe des „Merkur" knüpft er an seine alten pressekritischen Versuche an, die mittlerweile fast ein Vierteljahrhundert zurückliegen, und versucht noch einmal, gewisse Publikationen in Grund und Boden zu donnern. Statt des Neckermann-Katalogs ist es diesmal der Quelle-Katalog, und statt der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ist es die „Bild"-Zeitung. Aber der kesse Biß von einst fehlt völlig. Was Enzensberger abliefert, ist zahnloses Gemümmel, das niemandem wehtut, allenfalls zur Steigerung des intellektuellen Frusts beiträgt.

Nahm sich der Kritiker früher einzelne Aufsätze oder Absätze her, um sie sprachanalytisch zu sezieren, so begnügt er sich heute damit, Sätze aus der „Bild"-Zeitung, die den unterschiedlichsten Beiträgen entstammen, wahllos aneinanderzureihen. Er verfertigt also müde Textkollagen, und die Schlußfolgerungen, die er daraus zieht, formieren sich – durchaus unfreiwillig – zu einem machtvollen Lob für „Bild", das selbst eingefleischten „Bild"-Lesern wie Pankraz zu weit geht. So genial, wie Enzensberger sie zeichnet, sind die Kollegen von der Hamburger Fuhlentwiete denn doch nicht.

Natürlich hat er recht, wenn er konstatiert, daß „Bild" über alle seine linken Kritiker triumphiert habe. Tatsächlich hat das Blatt seit der letzten Kampagne von Wallraff seine Auflage um fast eine Million gesteigert. Es stimmt auch, daß seine Leserschaft sich nicht nur mehr aus plebejischen und proletarischen Gruppen rekrutiert, sondern daß man der „Bild"-Zeitung inzwischen „ebensooft in den Intercity-Zügen, in den Lobbys der Luxushotels und in der ersten Klasse der Lufthansa-Flüge begegnet wie in Arbeiterkneipen und S-Bahn-Abteilen". Aber daraus zu folgern, den „Bild"-Redakteuren sei es gelungen, die anderswo „längst preisgegebene Utopie der klassenlosen Gesellschaft" einzulösen, ist reiner Kokolores. Es geht nicht um das Einlösen von Utopien, sondern um den Verkauf von Nachrichten. Wer kauft, gehört deshalb nicht automatisch zu „einer Gemeinde". Enzensberger ist hier dem Image erlegen, das Zeitungen gern von sich selbst erzeugen.

Auch wenn er behauptet, das formale Modell der „Bild"-Zeitung sei „das Kunstwerk der Avantgarde", kann Pankraz ihm nicht folgen. „Bild ist der alltäglich gewordene Bruch mit jeder tradierten Sprache und mit jeder tradierten Form", schreibt H.M.E., „es ist Collage, Montage, Assemblage, ist das ‚objet trouvé' und die ‚écriture automatique', Bewußtseins- und Bewußtlosigkeitsstrom, Poesie ohne Poesie, es ist die ästhetische Zertrümmerung des Ästhetischen, die Aufhebung der Kunst, die ästhetische Summa unserer Zivilisation . . ."

Angesichts dieser Suada kann man Enzensberger nur dringlich raten, die Kirche doch endlich im Dorf zu lassen. Sicherlich, „Bild" hat geschickte Layouter, aber es geht ihnen nicht im geringsten darum, mit Max Ernst oder Marcel Duchamps zu konkurrieren. Konkurrenz sind statt dessen die elektronischen Medien, die bei H.M.E. bezeichnenderweise überhaupt nicht vorkommen. Es sind die elektronischen Medien, die Sprache in Bilder verwandeln, die zum Symbolhunger und zur Leseunlust erziehen und den Zeitungen und Zeitschriften immer mehr das Wasser abgraben. Einzig „Bild" und seinen direkten Nachahmern ist es bisher halbwegs gelungen, ein Gegengewicht dagegen aufzurichten. Der Preis, der dafür entrichtet werden muß, sind äußerste textliche Kürze, große Lettern, Symbolfarben, atemlose Schnelligkeit beim Redigieren und Umbrechen. Von „Ecriture automatique" nicht die geringste Spur.

Enzensbergers unfreiwilliges Lob der „Bild"-Zeitung mündet schließlich in der Behauptung, das Blatt sei Paradigma und Repräsentant der freien Presse insgesamt, und so, wie er es meint, hat er darin sogar recht. „Bild" mache nur ungeniert, was die anderen Medien verschämt machten, nämlich der Aktualität hinterherzujagen und damit meistens „Null-Ereignisse" zu kolportieren, keine Botschaften, sondern das pure Nichts, keine „Aufklärung", sondern die pure Beliebigkeit.

In der Tat, darin besteht das Wesen der freien Presse, ob es dem selbsternannten Volkserzieher Enzensberger nun paßt oder nicht: vom jeweiligen Tag und seinen Ereignissen zu berichten, unverstellt, ehrlich, pünktlich, präzis. Der Kommentar, die Meinung kommt erst in zweiter Linie, und die „Erziehung" wird gänzlich den Oberlehrern überlassen. Eine freie Presse setzt den bereits erzogenen, mündigen Leser voraus, sie maßt sich jedenfalls nicht an, schlauer und besser als ihre Leser zu sein, und sie enthält sich der Publikumsbeschimpfung, die bei H.M.E. so klingt: „Der Zynismus der Leser steht hinter dem der Macher nicht zurück."

Über den Zynismus der Kritiker schweigt des Sängers Höflichkeit. Einst fanden sie Gefallen daran, über die Sensationslust der Presse herzuziehen, über die Gier nach der „unerhörten Zeitung". Die Journalisten waren „Aasgeier der Katastrophen und des Unglücks". Enzensberger kommt jetzt von der anderen Seite, wirft den Journalisten vor, immer nur Null-Ereignisse zu bewegen. Ob aber Null-Ereignis oder Katastrophe, das hängt eben davon ab, was wirklich passiert. Und die Qualität einer Zeitung zeigt sich nicht zuletzt darin, wie es ihr gelingt, eine lange Reihe schöner, katastrophenloser Tage interessant und leserfreundlich aufzubereiten. Die „Bild"-Zeitung, das sei neidlos anerkannt, hat es gerade darin zu großer Meisterschaft gebracht.

Pankraz

Die Jahrestagung des Kulturkreises im BDI '83

Preisregen in Hamburg

Der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie hat gestern bei seiner Jahrestagung in Hamburg die Preisträger 1983 verkündet. In diesem Jahr wurden rund 30 Künstler bedacht. Mit einem Jahresetat von rund einer Million Mark will der 1951 gegründete Kreis „die Kunst in der ganzen Vielfalt der kulturellen Landschaft Deutschlands" fördern – so sagte der Vorsitzende, Berthold von Bohlen und Halbach. Seit seiner Gründung hat diese Vereinigung, zu deren fast 500 Mitgliedern viele der bekanntesten deutschen Unternehmen zählen, einen Betrag von 20 Millionen für Preise, Förderungen und Arbeitsstipendien aufgewandt.

Die vier Literaturpreise in Höhe von je 10 000 Mark gingen an Wolfgang Held, auf dessen Engagement der Preis aufmerksam machen sollte und den – so betonte von Bohlen und Halbach –, der Kulturkreis bestärken will, „den üblichen und meist auch erfolgreichen Strömungen der deutschen Gegenwartsliteratur standzuhalten". Mit Peter Schneider soll ein Autor der Generation ausgezeichnet werden, „deren Jugend-, Studien- und Lehrjahre in die 60er Jahre fielen". Joseph Zoderer hat mit seinen beiden Romanen „Das Glück beim Händewaschen" und „Die Walsche" nach den Worten von Bohlen und Halbachs „nachhaltig auf die deutschsprachige Literatur Südtirols aufmerksam gemacht", und mit Martin Grzimek will der Kulturkreis im BDI einen Schriftsteller „aus der vordersten Reihe junger deutscher Autoren" ehren.

Im Bereich der bildenden Kunst erhielten sieben Maler Preise von je 8000 Mark, es sind Hans-Peter Adamski, Volker Tannert und Troels Wörsel (alle Köln), Albert Öhlen und Hyun Sook Song, Hamburg, sowie Elisabeth Wagner aus Esslingen und Max Neumann aus Berlin. Die Arbeiten werden gegenwärtig in der Ausstellung „ars viva 83" in der Hamburger Kunsthalle gezeigt (bis 25. September).

Auf dem Gebiet der Musik galt die Ausschreibung in diesem Jahr der Geige, nicht zuletzt weil große Orchester über Nachwuchsmangel bei der Besetzung dieses Instruments Klage führten, wie der Geschäftsführer des Kulturkreises, Bernhard Freiherr von Oeffelholz, betonte. Den ersten Preis erhielt Boris Schmitz, Wuppertal. Weitere Preise gingen an Heike Wurtenberger, Dagmar Schwalke, Martin Dehnin, Midori Goto-Schicht, Konstantin Stojanow und Christian Vasile. Außerdem wurden zehn Studienbeihilfen von je 1000 Mark vergeben.

Der Kulturkreis hat außerdem eine „Grundsatz-Stiftung" ins Leben gerufen, mit der jungen Türken die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Situation und ihre Probleme und Wünsche mit künstlerischen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Diese Bemühungen haben in einem konkreten Projekt in Berlin ihren Niederschlag gefunden: In einem ehemaligen Werkstattgebäude an der Schlesischen Straße in Kreuzberg entsteht ein Kultur- und Jugendzentrum. Junge Türken und junge Deutsche sollen hier ein Betätigungsfeld für Malen, Musizieren und Theaterspiel finden. Als Resümee sagte Kulturkreisvorsitzender von Bohlen und Halbach: „Die Türken treten aus ihrem Getto heraus, die Deutschen verlieren ihr Mißtrauen."

HERBERT SCHÜTTE

Das neunte Kinderfilmfestival in Frankfurt

Die Kleinen jubeln, wenn es kracht

Dracula, der war lustig! Warum? Weil – der brauchte immer Blut!" – „Der Alte ist so spannend, weil meistens jemand ermordet wird." – Zweitklässler nach einem Abend vor dem Heimkino. Zwei Drittel der Achtjährigen, so die Ergebnisse einer Untersuchung im Raum Aachen, kennen sich bei Derrick, im Tatort, in Denver, beim Alten aus. So etwas bestärkt die Phalanx der Gegner des kindlichen Bildschirmvergnügens, obwohl die Angebote im Vor- und Grundschulbereich mit den ZDF-Serien „Rappelkiste", „Uhlenbusch" und „Anderland" zusehends an Niveau gewinnen.

Aber es gab und gibt auch noch anderes, Filme, die vorgeben, künstlerisch zu arbeiten und statt dessen vordergründig einer politisch-pädagogischen Strategie huldigen. Durch grobe Überspitzungen beklagenswerter Zustände sollen sie – heißt es – „Denkanstöße provozieren". Aber ein Blick in die Runde der kindlichen Zuschauer, die laut jubeln, wenn der Rollstuhlfahrer in den „Vorstadtkrokodilen" voll gegen die Wand prasselt, die nur da Enthusiasmus zeigen, wo es besonders brutal zugeht, lassen Zweifel an dieser Art von Urteilsfindung aufkommen. Das wurde jetzt beim 9. Kinderfilm-Festival in Frankfurt deutlich, das einen des Nachdenkens werten Einblick in die Kinderfilmproduktion der verschiedenen Länder bot.

In der Bundesrepublik Deutschland tun sich die Filmproduzenten noch immer mit diesem Genre schwer. Die Filmclubs, allen voran das 1977 in Remscheid etablierte Jugendfilmzentrum und der Förderverein Deutscher Kinderfilm, rackern sich ab, dem guten alten Kintopp ein neues Publikum zu gewinnen. Aber ohne Fernsehen und seine Mitfinanzierung geht kaum etwas. In der „DDR" ist das anders – was die Produktionsbedingungen und die Inhalte betrifft. Das ließ sich aus Egon Schlegels Film „Die Schüsse der Arche Noah" von 1982 ablesen. Professionalität läßt sich diesem Film ebensowenig absprechen wie eine unzulässig verkürzte Sicht auf den Zweiten Weltkrieg. Es ist die Geschichte des zehnjährigen Klaus Wensloff, der zwischen die Mühlsteine divergierender Weltanschauungen gerät und das Kriegsende auf einem ostpreußischen Gutshof erlebt, um schließlich im Andenken an seinen Vater als kleiner Spion mit den siegreichen Russen ins zerstörte Berlin heimzukehren. Die Charaktere sind zwar differenziert gezeichnet, voll tröstlicher Wärme, aber die kräftige Geschichtsklitterung, conditio sine qua non auch für den kunstsinnigen und umfassend gebildeten Regisseur in der „DDR", lenkt darauf hin, daß die meisten Kinofilme genauso wie die Fernsehproduktionen der Nachbearbeitung durch die Eltern bedürfen. Doch wo wird das schon geleistet?

Medienforscher (wie die Psychologin Dorothy Singer von der Yale-University) warnen davor, das Bild gegenüber dem Wort als Auslöser zur Freisetzung der Phantasie zu vernachlässigen. Aber die deutschen Beiträge diesseits und jenseits der Mauer beherzigen das ebensowenig wie die Schweden mit ihrem übermäßig weichen Trickfilmbeitrag „Pelle ohne Schwanz" (Regie: Stig Lasseby, 1981) oder die Holländer mit ihrer Diskussion um das Schicksal von Kindern aus geschiedenen Ehen: „Kämpf um beide" (Regie: Kaarst van der Meulen, 1982). Ebenso wie in vielen deutschen Beiträgen fällt auch bei van der Meulen die emotionale Kälte auf, mit der Kinder ihr junges Leben in die Hand zu nehmen versuchen, dem Eltern nur noch als Gebrauchsartikel zu Finanzierungszwecken figurieren. „Wenn sie mich in Ruhe lassen, ist es gut!" Die kleine früh emanzipierte Saskia will alleine zurechtkommen. Ob das ein Weg ist, auf den Kinder, Menschen insgesamt, verwiesen werden sollen, auf der Suche nach einem erfüllten Dasein?

Während sich die russischen Beiträge auf ausstattungsprangende Märchen einer uraltbewährten Gattung zurückziehen, glänzen die Tschechen, Kinderfilmland Nummer eins in allen Sparten, diesmal mit Karel Zemans Trickfilm von bestechender Brillanz: „Hans und Marie".

Mit dem Gefühl argumentieren: Szene aus „Konrad in der Konservenbüchse" von Claudia Schröder, der die Bundesrepublik in Frankfurt vertrat

FOTO: KAI WESSEL

Hier, wie auch bei den italienischen Arbeiten – z. B. Franco Giornelli mit seinem „Einsiedler" – tritt das Wort zurück, waltet der ruhig dahinströmende Atem des einprägsamen Bildes. Eine Entdeckung für den europäischen Kinofreund sind auch die Beiträge aus Übersee. Gaston Kaboré aus Obervolta mit seinem „Geschenk Gottes" erzählt die Geschichte vom stummen Jungen, der am Rande der Sahelzone verdurstend aufgefunden und im Dorf aufgenommen wird. Daraus entsteht das Bild eines Kinderlebens, das nicht nur früh die Last der Erwachsenen mittragen muß, sondern auch ihre Liebe und die Fürsorge teilen darf. Keine spezifische Kinderproduktion also, die es in den tropischen Ländern ohnehin kaum gibt, sondern ein Familienfilm, der dazu angetan ist, Lebensweisen anderer Länder einfühlsam verständlich zu machen.

Das gilt auch für „Mangannini", die Geschichte einer Ureinwohnerin im australischen Hochland, die sich für eine Weile eng an das australische Farmerkind Joanna anschließt. Die seelische und optische Angleichung des kleinen Mädchens mit ihrer den Geistern der Natur verschwisterten großen Freundin hat mystische Qualität. Ein Film, der sich getrost dazu bekennen darf, aus dem Gefühl heraus zu wirken. Das ist die Stärke des Kinderfilms – und zugleich seine Gefährdung.

INGRID ZAHN

Köln: „Elektra" von Strauss unter Everding

Gefährliche Holzbläser

Lange hat sich Köln auf die „Elektra" spitzen müssen. Im Nachkriegs-Opernneubau hat es das Stück nie gegeben. Straussens originale Orchesterbesetzung läßt sich dort, ein Architektenwitz, nicht in den Graben zwängen. Vor den reduzierten Werkfassungen scheute man zurück. Bis jetzt.

Der Dirigent Gerd Albrecht nimmt das Handikap in Kauf. Er kann es ohne Bedenken. Die Reduktion fällt unter seiner Leitung gar nicht auf. Strauss schwelgt. Albrecht türmt das Stück kolossal auf, ohne es dabei mit seinem eigenen Lärm totzuschlagen. Er formuliert die Musik selbst im größten Tumult noch präzise, und das Gürzenich-Orchester folgt ihm dabei mit nicht nachlassender Konzentration. Gerd Albrecht ist der Wundermann des Abends. Die Spannungskurve fällt hundert Minuten lang nicht ab. Die Musik redet mit tausend Zungen. Sie ist außer sich vor Intensität in jedem Moment. Das leise Züngeln der Holzbläser klingt noch gefährlich. Man hat die „Elektra", so packend, so niederschmetternd, längst nicht mehr gehört.

Das Stück ist schwer zu besetzen, seit die Heroinen vom Schlage einer Varnay und einer Nilsson abgetreten sind. Köln versichert sich Gwyneth Jones für die Titelpartie. Sie imponiert. Sie bewegt. Sie ist eine so subtile Gestalterin auf der Bühne. Aber sie durchschreit die „Elektra" ohne Erbarmen für ihre Stimme. Schön klingt ihr Singen in keinem Moment, nicht einmal in der Erkennungsszene mit Orest, den Harald Stamm mit großem ekstatischem Ton verkündet. Helga Dernesch ist das mütterliche Ungeheuer Klytämnestra. Auch sie gefällt faszinierend. Aber auch ihre Stimme hat in jahrelanger Überforderung mehr verloren als nur die Soprantöne. Die Mittellage und Tiefe, in die sie sich als Mezzosopran nun zurückgezogen hat, klingt hörbar brüchig. Das zu der zerrütteten Gestalt nicht schlecht. Ganz ungewöhnlich ist in dieser Aufführung die Schwester Chrysothemis, doch sonst ein starkes, junges Weib voll Verlangen nach Kindern. Lisbeth Balslev gestaltet ganz anders. Sie ist schon ganz ältliche und verhärmte Hysterikerin, ein Nervenbündel, fix und fertig, der schmächtigen und ruhelosen Stimme paßt das ausgezeichnet.

Ein solches [illegible] war gewiß auch die Idee desseurs: August Everding. Der nicht nur Strauss, sondern auch Hofmannsthalschen Text ernst nimmt, von dem man aus Sängermund hier allzuwenig versteht. Dinteressiert ihn die Psychologie der Figuren in dieser freudianischen Ödipus-Komplex-Ausdeutung. Er läßt Regungen und Reaktionen faszinierend genau ausspielen, das große Ritual interessiert ihn weniger. Kammerspielhafte Züge schleichen sich ein, die dann mit ein paar großen Effekt-Tableaus vom Bühnenbildner Mauro Pagano kontrastiert werden und da auch die Gigantomanie von Straussens Musik aufnehmen. Eine große Aufführung. Orkan-Jubel, ungetrübt von Buhs.

[illegible]HARD BEUTH

Berlin: A. Galins „Einmal Moskau und zurück"

Ein alter Paris streikt

Der sowjetische Stückeschreiber Alexander Galin, Jahrgang 47, ist ein menschenfreundlicher Autor offenbar. Geschickt ist er auch. Auf besonderen Tiefgang peilt er nicht. Er macht Theater der intelligenten und rüstig populären Gefälligkeit. Er hat einigen deutlichen Humor. Er bedient vor allem das Herz seines Publikums. Dergleichen ist überall selten.

Dies Stück, „Einmal Moskau und zurück", streichelt auf freundliche Weise das Schicksal alter Leute. Ein alter Dachdecker im Ruhestand, da verwitwet und verlassen, ist aus seinem Dorf bei Tursk von der Tochter und dem Schwiegersohn nach Moskau geholt worden. Sie wollen sich um ihn sorgen. Das tun sie aber nicht sehr. Er ist in der Wohnung des gehobenen Schwiegerpaares, das mit Antiquitäten handelt, eher noch einsamer, als er es in seiner heimatlichen Dörflichkeit war.

Die Kinder wollen ihn neu verheiraten. Sie besorgen ihm drei freundliche alte Damen, auf daß er unter ihnen eine neue Lebensgenossin wähle. Er beißt sie weg. Dann werden sie ihm alle drei ganz sympathisch. Am Schluß bringen ihn die drei Göttinnen im weißen Haar im Triumph zum Bahnhof. Der alte Paris reist in seine dörfliche Einsamkeit zurück. Aber er hat doch Nettigkeit erfahren.

Das Stück aber steckt voll von lauter spielbaren Rollen. Martin Held, der große Protagonist, der selber im nächsten Monat seinen 75. Geburtstag feiern wird, hat sich die Hauptrolle sozusagen als Benefiz gewählt und spielt sie nun. Er tut's mit all der Genauigkeit und Wärme, mit der trockenen Menschenbeobachtung und abgefeimten Meisterschaft seiner hohen Kraft. Er knurrt. Er stöhnt. Er leidet. Er setzt sich und sein Alter immer nur zur Wehr. Er blättert tausend Töne einer trivialen, komischen und herzzerbrechenden Verlassenheit auf. Held ist wunderbar. Er badet sich in seiner Rolle.

Die drei Grazien, die ihn umwerben, sind auch nicht von argloser Art. Berta Drews donnert als eine rheumatische, alte Balletteuse über die Szene. Gudrun Genest macht, einer russischen frommen Helene ähnlich, eine fidele Arbeiterfrau. Antje Weissgerber, herrlich komisch und zwingend, taut als eine vom Leben gekränkte Krankenschwester langsam und lustig auf. Drei alte Grazien erwärmen sich an ihrem späten Paris. Entzückend zu sehen.

Regina Lemnitz und Helmut Wildt verkörpern die emsige und im Grunde herzlose Geschäftigkeit der jüngeren Generation. Das Leben und die Lebenslust der Alten rollt am Ende triumphal über sie hinweg. Alter schützt vor Tollheit nicht, und auch nicht vor Lebensliebe. Mehr wird nicht gezeigt. Das aber konsequent und mit einer herzwärmenden Freundlichkeit.

Im Schloßparktheater Berlin führte Helmut Polixa zärtlich und fest Regie. Die Bühnenbilder (Kathrin Kegler) waren entzückend zu betrachten. Der Abend geht am Ende in Jubel unter. Lauter Schauspielerlieblinge in so bekömmlichen Rollen. Was wollte man in solchem Falle mehr?

FRIEDRICH LUFT

Wehmut weggeswingt – „The Great Eight" auf Deutschlandtournee

Trommelstöcke für das Publikum



Eine coole Brise: Buddy Tate (rechts) und Billy Butterfield

FOTO: DPA

Der Platz blieb verwaist. Auf dem Weg von Bremen nach Köln mußte Wilson sich einer Herzschwäche wegen in Düsseldorf ins Krankenhaus begeben. Auch der Bassist Slam konnte nicht auftreten. An [illegible] hatte man in Arvell Shaw einen vollwertigen Ersatz gefunden. Er profilierte sich – geradezu [illegible]tisch für den Abend –, in einer gestrichenen Version von Jones' Ballade „Yesterdays". Nur bei diesem Vortrag zog ein Hauch von Wehmut durch den Saal. Aber der wurde rasant von den – nunmehr „Great Seven" weggeswingt.

Rund 5[illegible] Jazzgeschichte standen auf der Bühne des sterilen „Gürzenich". „Jazz hält jung" – nach dieser Devise vereinten sich die Senioren in klassischen Jazzstandards a[illegible]" und „I can't give you anything but love". Mit 75 war Red Norvo der Nestor der All-Stars. Eine Stecknadel hätte man fallen hören können, als er, solistisch, Bix Beiderbeckes „Candlelight" auf dem Vibraphon swingen ließ.

Nicht nur musikalisch, auch vom Aussehen und Gestus her verblüffende Ähnlichkeit mit Benny Goodman wies der Klarinettist Johnny Mince auf. Mit „On the Alamo" und „The Man I Love" demonstrierte er seine musikantischen und technischen Möglichkeiten auf diesem oft – wenn auch zu Unrecht –, als „klanglich karg" beschriebenen Instrument. Von sanft-rauchig bis brillant-strahlend reichte die Skala, die Billy Butterfield auf der Trompete hinauf- und hinunterspielte. Jahrelang galt der Musiker als „Abtrünniger", weil er mit Ray Conniffs Orchester in die „Niederungen" kommerzieller Schlagermusik abgewandert zu sein schien.

Eine Brise aus den coolen fünfziger Jahren wehte durch den Saal, als Saxophonist Buddy Tate und Gitarrist Tal Farlow ein musikalisches Zwiegespräch intonierten. Sam Woodyard, als Jahrgang 1925 das „Küken" unter den Interpreten, hatte leider zu wenig Gelegenheit, sich am Schlagzeug hervorzutun. Er revanchierte sich für sein musikalisches Zukurzkommen, indem er den Clown spielte und u. a. seine Trommelstökke am Ende der Vorstellung unters Publikum warf.

Eine nostalgische Reise in eine Vergangenheit, frei von avantgardistischen Experimenten, bei der die Zuhörer begeistert mitfuhren. Das merkte man unter anderem an den permanenten Schwingungen im Fußboden, wenn der Rhythmus dem Publikum in die Füße ging. Und es war sicherlich nur Respekt vor der Leistung und dem Alter der Interpreten, daß man sie – nach lediglich zwei Zugaben –, bereits gehen ließ.

RAINER NOLDEN

Weitere Tourneedaten: Nürnberg, 21. 9.; Solingen, 23.; Elmshorn, 25.; Kiel, 27.; Marl, 28.; Essen, 29.; Duisburg, 30.; Bonn, 1. 10.; Hagen, 2.; Ludwigshafen, 3.; Bietigheim, 4.

JOURNAL

Leben schon vor 1,8 Milliarden Jahren

AFP, **Peking**

Um 400 Millionen Jahre hinter die bisher von der Wissenschaft angenommene Schwelle haben chinesische Geologen den Beginn des organischen Lebens auf der Erde zurückverlegt, nachdem sie eine algenartige Zellverbindung in einer 1,8 Milliarden Jahre alten Schieferschicht im Gebiet von Tientsin fanden. Über ihren Fund und die Schlußfolgerungen für die Entwicklung der Lebewesen auf der Erde berichteten die Wissenschaftler bei einem internationalen Geologen-Symposion, an dem Experten aus der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Kanada, der Sowjetunion, den USA und Australien teilnahmen. Bisher wurde angenommen, daß die primitivsten Formen organischen Lebens auf der Erde vor 1,4 Milliarden Jahren existierten.

Archäologisches Museum in Kedumim eröffnet

I. Br. **Tel Aviv**

In der Siedlung Kedumim in Samaria ist das neue archäologische Museum „Kedem" eröffnet worden. Gezeigt werden dort die seit 1979 zutage geförderten Funde der historischen Vorgängerin Kedumims – der alten Samariter-Siedlung Asafa (Atzfa), Schauplatz eines der letzten Samariter-Aufstände im 5./6. Jh. n. Chr. Von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung sind eine Anlage ritueller Bäder (Mikvaot) sowie die neben den Ölpressen einer Werk-Anlage der alten Siedlung gefundenen Waschanlagen zur rituellen Reinigung des Öles. Sie bestätigen, daß die Samariter die jüdischen Riten befolgten. Die frühesten Funde – Gefäße, z. T. mit Inschrift, und Waffen – gehen auf die Besiedlungsanfänge dieses Geländes, die frühkanaanitische Epoche, ca. 3000 v. Chr., zurück.

Liebermann-Preis für Konrad Boehmer

B. K. **Hamburg**

Der Komponist Konrad Boehmer wurde in Hamburg für seine Oper „Dr. Faustus" mit dem Rolf-Liebermann-Preis ausgezeichnet. Den mit 75 000 Mark dotierten Preis, der künftig alle drei Jahre vergeben werden soll, hatte die Körber-Stiftung zum 70. Gebutstag des ehemaligen Intendanten der Hamburger Staatsoper, Rolf Liebermann, 1980 gestiftet. Konrad Boehmer, 1941 in Berlin geboren, ist seit 1972 Professor an der Musikhochschule Den Haag. Den ebenfalls mit 75 000 Mark dotierten Gründungsehrenpreis erhielt der französische Komponist Olivier Messiaen für sein Werk „Der heilige Franz von Assisi".

Ideologische Schulung für Chinas Arbeiter Pflicht

rst. **Peking**

Arbeiter chinesischer Betriebe werden künftig nach einem Rotationsprinzip ganztägig ideologische Schulung erhalten, um die moderne chinesische Geschichte, den wissenschaftlichen Sozialismus und den Werdegang der chinesischen Arbeiterklasse zu studieren. Jeder Arbeiter und Angestellte muß nach diesem Programm jährlich zwei Wochen an solchen Kursen teilnehmen. Der Studienbericht wird dann den Unterlagen für eine Beförderung am Arbeitsplatz hinzugefügt. Bei den Kursen sollen Arbeiter, die jünger als 35 Jahre alt sind, bevorzugt werden.

Gärtner entdeckt antike Gräber

J. G. G. **Warschau**

Beim Umgraben stieß ein Schrebergärtner im polnischen Luftkurort Gloskow auf einen mindestens zweitausend Jahre alten Kriegerfriedhof. Warschauer Archäologen fanden angebrannte menschliche Knochenreste sowie kunstvoll und präzis hergestellte Pfeile, Wurfspieße und anderes kriegerisches Zubehör vor. Der Einfluß der frühen Römerzeit sei unverkennbar, stellten sie fest.

Franz Hummel schreibt eine „Ubu"-Oper

Reg. **Salzburg**

Franz Hummel, der gerade in Zusammenarbeit mit der Choreographin Rosamund Gilmore eine „Egmont"-Trilogie für die Laokoon Dance Group (Riedenburg) erarbeitet hat, komponiert für das Salzburger Landes-Theater die Oper „König Ubu". Das Libretto schrieb Roland Lillie nach dem Text von Alfred Jarry. Die Uraufführung ist für den 11. März 1984 im Landestheater vorgesehen.

Drei Japaner unter den sieben ersten

SAD, **Paris**

Die 17jährige Japanerin Yumiko Sakuma gewann den ersten Preis (15 1000 D-Mark) bei dem renommierten internationalen Flötenwettbewerb Jean-Pierre Rampal, der alljährlich von der Stadt Paris veranstaltet wird. Unter den sieben preisgekrönten Finalisten befanden sich zwei weitere Japaner. Den zweiten Preis vergab die Jury an den Japaner Motaki Kato und den dritten an die Australierin Mitchell Alison.

Impfschutz schon im Mutterleib

JOCHEN AUMILLER, München

Schwangere impfen, um die Neugeborenen vor tödlichen Infektionen zu schützen: Dieses Konzept ist realisierbar, zumindest beim Wundstarrkrampf, dem Tetanus. An der Frauenklinik der Universität Pittsburgh wurde bereits vor vier Jahren mit einer entsprechenden Studie begonnen. Die vielversprechenden, manche sprechen sogar von bahnbrechenden Ergebnissen, sind nun in dem angesehenen Fachblatt „Journal of Clinical Investigation“ veröffentlicht worden. Damit wurde belegt, daß der Impfstoff über die Placenta („Mutterkuchen“) in den Organismus des Ungeborenen gelangen und dort die Bildung von Abwehrstoffen stimulieren kann.

Bislang wußte man zwar, daß mütterliche Antikörper in den Kreislauf des Fötus übertreten und dem Neugeborenen ausreichenden Schutz vor den allgegenwärtigen Krankheitserregern bieten können. Daß jedoch eine Immunisierung des Fötus im Mutterleib möglich ist, taten viele Experten als Utopie ab. Die Studie bewies nun, wie Thomas Gill aus Pittsburg auf einer Pressekonferenz erläuterte, daß der Immunschutz gegen Tetanus mindestens ein Jahr nach der Geburt gewährleistet war.

In die Studie einbezogen waren 42 Mütter, die im fünften und achten Schwangerschaftsmonat den Tetanus-Impfstoff erhielten. Eine Kontrollgruppe von weiteren 25 Schwangeren wurde nur zum Schein geimpft, die Spritze enthielt eine ungefährliche Kochsalzlösung. Während des Geburtsvorganges entnahmen die Wissenschaftler den Neugeborenen Blutproben, in denen sie den Gehalt an Tetanus-Antikörpern messen konnten.

Von großer praktischer Bedeutung sind die Pittsburger Erkenntnisse vor allem für die Dritte Welt und auch dort für die Ärmsten der Armen. Denn unter den Todesursachen der Neugeborenen steht in diesen Ländern der Tetanus (Tetanus neonatorum) mit an vorderster Stelle. Die Kinder bekommen von ihrem Müttern keinen ausreichenden Immunschutz in Form von Antikörpern mitgeliefert (was hierzulande die Regel ist), und das eigene Immunsystem der Neugeborenen ist viel zu schwach, um schon in den ersten Tagen nach der Geburt mit einer Tetanusinfektion fertigzuwerden. Da viele Schwangere in diesen Ländern entweder auf dem Feld oder unter primitiven häuslichen Verhältnissen entbinden, ist die Gefahr der Ansteckung mit dem Tetanuserreger sehr groß. Würden die Schwangeren geimpft, könnten sich nach den Ergebnissen dieser Studie die Kinder trotz des erst heranwachsenden und noch schwachen Immunsystems selbst helfen, indem sie eben selbst ausreichend Abwehrstoffe produzieren.

Was beim Tetanus machbar erscheint, ist allerdings nicht ohne weiteres auf andere Impfungen zu übertragen. Beim Tetanusimpfstoff handelt es sich um einen sogenannten Totimpfstoff. Die Tetanuserreger werden bei der Impfstoffherstellung abgetötet. Erhalten bleiben nur einige wichtige Strukturmerkmale, die aber für das Immunsystem ausreichen, um sofort mit einem Gegenangriff zu starten, und zwar mit Antikörpern gegen die geimpften toten Erreger: ein Täuschungsmanöver also, dem wir letztlich alle Impferfolge verdanken. Viele Impfstoffe bestehen aber aus noch lebenden, wenn auch abgeschwächten Erregern. Sie sind jedoch für die Ungeborenen noch viel zu gefährlich, als daß man wagen würde, ähnliche Experimente durchzuführen, wie sie die Pittsburger Wissenschaftler jetzt mit der Tetanusimpfung vorgelegt haben.

Hier zeichnet sich aber zumindest theoretisch ein Ausweg ab. Man könnte Oberflächenmerkmale etwa der Masern- oder Rötelnviren gentechnologisch identifizieren und dann auch produzieren. Sie reichen vielleicht aus, um das unreife Immunsystem von Feten anzuregen, Gegenstoffe zu bilden.



Inzwischen ist alles vorbereitet für die Generalüberholung auf der Akropolis. Der Parthenon wurde eingerüstet – erst in rund zehn Jahren soll sich der Hügel wieder so wie hier präsentieren. Bis dahin will Kulturministerin Melina Mercouri auch die fehlenden Stücke wieder in Griechenland haben. FOTO: POLY-PRESS

Neuer Anlauf im Zwist um die alten Friese des Parthenon

E. ANTONAROS, Athen

Griechenlands Kulturministerin Melina Mercouri gibt nicht nach. Innerhalb der nächsten Tage will die engagierte Sozialistin und ehemalige Schauspielerin („Sonntags nie“) bei der britischen Regierung offiziell die Rückgabe der sogenannten Elgin-Friese aus dem Parthenon-Tempel beantragen. „Diese Meisterwerke der Antike gehören uns“, bekräftigte die Ministerin jetzt in Athen.

Seit der Regierungsübernahme durch die Sozialisten im Oktober 1981 hat die „passionierte Griechin“ (Mercouri über Mercouri) mehrfach den Versuch unternommen, die Anfang des 19. Jahrhunderts nach London gebrachten Marmorplatten nach Griechenland zurückzuholen. Alle Vorstöße sind bisher erfolglos geblieben: Das britische Museum, das die Friese und Skulpturen im Jahr 1817 von Lord Thomas Elgin erstand, hat sich bisher beharrlich geweigert, sich auf eine Diskussion mit den Griechen einzulassen. Frau Minister ließ sich darob allerdings nicht entmutigen; denn die „Elgin-Marbles“, wie sie in der ganzen Welt bekannt sind, müssen ihrer Ansicht nach „unbedingt“ zurück, zumal der Parthenon-Tempel jetzt von Grund auf restauriert werden soll.

Die Restaurationsarbeiten auf dem Akropolis-Hügel haben in diesen Tagen begonnen: In den nächsten zehn Jahren wollen griechische Archäologen und Architekten den ganzen Tempel Stück für Stück demontieren, alle Marmorstücke einzeln reinigen und anschließend wieder zusammenlegen. Die Gesamtkosten dieser einzigartigen archäologischen Arbeit werden auf umgerechnet 85 Millionen Mark veranschlagt.

In erster Linie geht es darum, die 12 357 Marmorstücke des Parthenon-Tempels von den verrosteten Eisenklammern zu befreien, die bei früheren Restaurationen verwendet wurden. Diese Metallstücke, die zur „Bindung“ der einzelnen Marmorteile um die Jahrhundertwende eingesetzt wurden, haben nach Darstellung des Archäologen Manolis Kores die Säulen aus dem berühmten Pentelikon-Marmor derart beschädigt, „daß wir keine einzige Minute länger hätten warten dürfen“. Zahlreiche Marmorelemente sind zersprungen, der ganze Tempel ist von Rissen übersät.

Um den Tempel keiner neuen Gefahr auszusetzen, haben sich die Experten für eine sehr kostspielige Sanierungsmethode entschieden: Die Eisenklammern sollen durch Titanium-Stücke ersetzt werden, die weder rosten noch andere Schäden verursachen können. Verworfen wurde ein Vorschlag, wonach die Archäologen nach alter bewährter Methode dicke Bleistücke benutzen sollten. Korres: „Diese Methode wäre ganz gewiß viel, viel billiger gewesen. Aber wir hätten in die Steine große Löcher hineinbohren müssen und sie dadurch zusätzlich beschädigt.“

Die bis zu 12 Tonnen schweren einzelnen Marmorteile werden von einem in Frankreich gebauten Spezialkran, der aus der Mitte des im fünften vorchristlichen Jahrhundert errichteten Tempels operieren wird, gehievt und in einer mobilen Werkstatt außerhalb des Parthenons abgestellt.

Der Parthenon-Tempel steht bereits unter einem Gerüst. Daran wird sich auch in den nächsten zehn Jahren nichts ändern. „Aber die Griechenland-Reisenden brauchen keine Angst davor zu haben, daß sie eines Tages den ganzen Tempel vermissen werden“, versichert Korres. Im Gegenteil: Jeweils wird nur eine einzelne Säule bzw. ein Tempelteil zur „Behandlung“ abtransportiert.

Problem Nummer zwei ist für die Akropolis-Konservatoren die im Großraum Athen besonders hohe Luftverschmutzung: Der Athener Smog hat in den letzten Jahren zahlreiche Skulpturen schwer beschädigt. Athens Sozialisten versuchen zwar, diese Gefahr zu bagatellisieren: „Athen hat keine schmutzigere Luft als andere westeuropäische Großstädte“, sagte unlängst Umweltminister Antonis Tritsis. Doch dies stimmt in dieser Form wohl nicht: Die Meßwerte in Athen liegen deutlich höher als anderswo. Hinzu kommt, daß die Griechenhauptstadt von Bergen umgeben ist.

Trotz ihrer zweckoptimistischen Voraussagen wollen Athens Sozialisten auf Maßnahmen nicht ganz verzichten: In der Umgebung des Akropolis-Hügels will Tritsis „in absehbarer Zeit“ den Autoverkehr einstellen, in Athen soll ab 1984 Heizöl mit einem niedrigeren Schwefelgehalt verwendet werden. Doch damit nicht genug: Vorsichtshalber sind einige wichtige Statuen aus dem Erechtheion-Tempel entfernt worden; sie stehen seit einigen Monaten in einem vollklimatisierten Saal des Akropolis-Museums. (SAD)

Sexualverbrechen in Berlin aufgeklärt

F. D. Berlin

In Berlin sind am Wochenende zwei Jungen, sieben und acht Jahre alt, von einem Sittlichkeitsverbrecher umgebracht worden. Einen Tag, nachdem die beiden Schüler Marcus Krüger (8) und Uwe Löbe (7) nahe ihrer Grundschule von einem Mann angesprochen und in eine Wohnung gelockt worden waren, fand die Kriminalpolizei im Appartement eines 43jährigen arbeitslosen Krankenpflegers die Leichen der ermordeten Jungen. Der mehrfach wegen Sittlichkeitsdelikten vorbestrafte Peter Fehlow gestand bei seiner Festnahme das Verbrechen, verweigerte jedoch jede Aussage über den Hergang der Tat. Der Mann hatte die Leichen in seiner Speisekammer unter einem Wäscheberg verborgen.

Der Täter ist der Kriminalpolizei bereits seit 1978 als Homosexueller mit Neigungen zu kleinen Kindern bekannt. Er war erst Ende 1981 nach einer Verurteilung wegen eines Sexualdelikts an Minderjährigen aus der Haft entlassen worden. Wegen einer weiteren Straftat sollte er sich morgen vor einem Berliner Gericht wegen sexueller Nötigung verantworten, da er im Juni dieses Jahres einen 16jährigen in seine Wohnung entführt und dort eine Woche lang festgehalten haben soll. Gegen den Mann war jedoch trotz dieses erneuten Delikts kein Haftbefehl erlassen worden.

Die Polizei war während der Großfahndung nach den verschwundenen Schülern durch Hinweise aus der Bevölkerung auf Fehlow aufmerksam geworden. Als die Beamten seine Wohnung aufsuchten, hing an der Tür ein Zettel: „Bin nicht zu Hause, komme morgen wieder.“ Die Beamten brachen jedoch die Tür auf und nahmen Fehlow vor dem Fernseher fest.

20 Jahre Schere im Bauch

AP, Miami

Ein Gericht in Florida hat einer 54jährigen Frau 135 000 Dollar (rund 360 000 Mark) zugesprochen, weil sie mehr als 20 Jahre mit einer chirurgischen Schere in der Bauchhöhle gelebt hat, die bei einer Operation dort vergessen worden war. 20 Jahre hatte sie unter Krämpfen und Rückenschmerzen gelitten, bis bei einer Röntgenuntersuchung die Schere entdeckt wurde.

Fluchtweg freigeschossen

dpa, Nivelles

Vier Einbrecher haben am Samstag in einem Kaufhaus in Nivelles südlich von Brüssel drei Menschen erschossen und zwei weitere verletzt, um unerkannt entkommen zu können. Das Fluchtfahrzeug wurde später mit der Beute sichergestellt: 100 Kilo Kaffee und einige Spirituosen.

Falscher Duft

dpa, London

Die britische Kriminalpolizei ist einer Betrügerbande auf die Spur gekommen, die im großen Maßstab billiges Duftwasser als teures französisches Parfum verkaufte. Der weltweite Umsatz des Gauner-Unternehmens könnte nach verschiedenen Schätzungen mehr als eine Milliarde Mark betragen haben.

Toiletten-Streit

AP, Glasgow

In einer Whisky-Abfüllfabrik in Glasgow ist ein Streit um die Toilettenbesuche der weiblichen Belegschaft vorläufig beigelegt worden. Die Beschäftigten hatten Anfang der Woche die Arbeit niedergelegt, weil die Betriebsleitung die Zahl der Toilettenbesuche während der Arbeitszeit kontrollierte.

Griechische Nudistencamps

AFP, Athen

Das griechische Parlament hat mit den Stimmen aller Parteien, aber gegen den Widerstand der orthodoxen Priester, ein Gesetz zur Genehmigung von Nudistencamps in Griechenland verabschiedet. Die Zentren für Sonnenanbeter dürfen überall dort eingerichtet werden, wo die lokalen und regionalen Behörden einem solchen Projekt zugestimmt haben.

Massenausbruch

AFP, Brüssel

Von den 38 belgischen Häftlingen, die am Freitagabend aus dem Gefängnis von Tournai ausgebrochen waren, konnten bis gestern erst elf wieder gefaßt werden. Die Häftlinge hatten die Gunst der Stunde genutzt, als wegen des Streiks im öffentlichen Dienst Belgiens statt der Gefängniswärter nur zehn Polizisten die Aufsicht über 200 Gefangene führten.

Rocker-Schlacht

dpa, London

Bei einer Schlacht zwischen Mitgliedern der Rockergruppe „Hell's Angels“ aus ganz Großbritannien sind in der Nacht zu Sonntag in der mittelenglischen Gemeinde Cookham (Grafschaft Berkshire) zwei Menschen getötet und vier weitere lebensgefährlich verletzt worden. Wie es zu den brutalen Gewalttätigkeiten während einer „Party“ kam, war zunächst unklar.

Halfen Anwälte U-Häftling bei der Flucht?

AP/dpa, Frankfurt

Im gesamten Bundesgebiet fahndet die Polizei nach dem 38jährigen mutmaßlichen Millionenbetrüger Jens Ulrich Kulik, der am Freitag aus der Düsseldorfer Untersuchungshaftanstalt geflohen ist und sich zunächst nach Bremen abgesetzt hatte. In der Nacht zum Samstag ließ er sich nach Ermittlungen der Polizei in einem Taxi von Bremen nach Frankfurt bringen.

Die beiden Anwälte Kuliks bleiben weiter hinter Gittern. Ein Haftrichter erließ gestern Haftbefehl wegen Gefangenenbefreiung und Strafvereitelung.

Kulik hatte sich am Freitag vormittag mit den Juristen im Besuchszimmer der Anstalt zu einem Gespräch getroffen. Als ein Aufseher den Gefangenen in die Zelle zurückbringen wollte, saßen nur noch die Anwälte im Zimmer. Der 38jährige war getürmt und hatte mit ihrer Erkennungsmarke die Kontrolle am Ausgang unbehelligt passiert. Die bisherigen Ermittlungen ergaben, daß Kulik im Besuchszimmer die Kleidung gewechselt und sich mit Kaffee die nötige „Sonnenbräune“ verschafft haben mußte.

Kulik war im Frühjahr auf dem Flughafen in Toronto unter Betrugsverdacht verhaftet und an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert worden. Mit Hilfe eines Devisen-Luftgeschäftes soll er bei Schweizer und deutschen Banken rund 23 Millionen Mark ergaunert haben.

Wies'n begann mit einer 5-Minuten-Sünde

rtr, München

Bei trübem Herbstwetter, aber mit viel Sonne im Gemüt ist am Wochenende in München das 149. Oktoberfest eröffnet worden. Oberbürgermeister Erich Kiesl trieb am Samstag pünktlich um 12 Uhr unter dem Donner von zwölf Böllerschüssen den Zapfen in das erste Bierfaß und gab das größte Volksfest der Welt mit dem traditionellen Ruf „O'zapft is“ frei. Nur knapp einer Palastrevolution entging Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der tatsächlich fünf Minuten zu spät kam und so das Ereignis an sich verpaßte.

Gestern zogen dann unter dem Jubel von 150 000 Schaulustigen 7000 Mitglieder von Trachten- und Schützenvereinen in einem farbenprächtigen Zug zur Wies'n. Bis zum 2. Oktober werden auf dem Oktoberfest fünf bis sechs Millionen Besucher aus aller Welt erwartet. Sie werden voraussichtlich wieder rund 43 000 Hektoliter Bier trinken sowie mehr als eine halbe Million Brathendl und etwa 300 000 Paar Schweinswürstl verzehren.

Des bayerischen Ministerpräsidenten Verfehlung wird in den nächsten 14 Tagen übrigens nicht ohne Folgen bleiben. Oberbürgermeister Kiesl kannte keine Gnade: „Es wird ihm nur verziehen, wenn er vor den Bürgern auf den Knien rutscht.“ Strauß müsse nun täglich einmal auf der Wies'n erscheinen, andernfalls müßten andere Strafaktionen überlegt werden.

LEUTE HEUTE

Kennedy unter Anklage

Robert Kennedy jr. ist wegen Heroinbesitz angeklagt worden. Die Höchststrafe für dieses Delikt liegt im Bundesstaat Süd-Dakota bei zwei Jahren Gefängnis und 2000 Dollar Geldstrafe. Der Sohn des 1968 ermordeten Senators wird inzwischen in einer Entziehungsklinik behandelt.

Farbige „Miss“

Zum erstenmal in der 56jährigen Geschichte des berühmtesten amerikanischen Schönheitswettbewerbs ist gestern ein farbiges Mädchen zur



„Miss America“ gewählt worden: Den Titel errang die 20 Jahre alte „Miss New York“, **Vanessa Williams**. Vanessa Williams studiert an der Syracuse-Universität Schauspielkunst.

Wonnemonats-Kind?

Prinzessin **Diana** (22) ist in der 6. Woche schwanger. Eine offizielle Bekanntgabe wird noch zwei Monate auf sich warten lassen. Aber niemand – weder der Hof noch die königliche Familie –, dementiert mehr, daß die Prinzessin das zweite Kind erwartet.

Polizist nach Todesschuß angeklagt

hy. Köln

Die mysteriösen Umstände des Todesschusses von Wesseling haben die Kölner Staatsanwaltschaft jetzt veranlaßt, Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen einen 35jährigen Kriminalhauptmeister zu erheben. Mit dessen Privatwaffe wurde der 26jährige Dreher Gerhardt Freund aus Walberberg erschossen. Der Beamte war in den Abendstunden des 25. August zu einer Observation im Dienstwagen mit zivilen Kennzeichen in Wesseling (bei Köln) unterwegs. Dabei traf er auf Freund, der bei seinen Eltern und bei Bekannten getrunken hatte – eine Blutprobe ergab etwa 1,7 Promille – und mit dem Rad auf dem Heimweg war. Der Polizist ermahnte ihn, nicht weiter Schlangenlinien zu fahren. Bei einem anschließenden Handgemenge habe sich der Schuß „aus der Waffe gelöst“, die er „vor dem Zugriff des Angetrunkenen schützen wollte“, wie der Beamte später angab. Er wurde nach dem Todesschuß nicht vernommen. Nach Angaben der Behörde „sollte er sich erst einmal ausschlafen“. Damit wollte der ermittelnde Staatsanwalt die Aussage eines übermüdeten Beamten vermeiden, die in einem möglichen Prozeß ohnehin wertlos gewesen wäre.

Die Staatsanwaltschaft ist jetzt davon überzeugt, daß der Beamte dem Radfahrer schon „mit gezogener Waffe entgegengetreten ist“. Dafür habe es aber keinen erkennbaren Grund gegeben.

Heftiger Streit um den Nabel Frankreichs

AFP, Paris

Um den geographischen Mittelpunkt Frankreichs ist ein hitziger Disput im Gange. In der mittelfranzösischen Region Berry nördlich von Clermont Ferrand machen sich nicht weniger als vier Ortschaften diesen zweifellos tourismusfördernden Titel streitig. Für die 638 Einwohner von Bruère-Allichamps steht freilich fest: Bei ihnen und sonst nirgends liegt das Zentrum Frankreichs, was ihnen der Geograph Adolphe Joanne (1813–1881) bescheinigt hat. Seither ziert eine Säule auf der Hauptstraße den Punkt, der der „Nabel“ Frankreichs sein soll.

Unter anderem sind es die Einwohner von Epineul-le-Fleuriel, der Heimat des Schriftstellers Henri Alain-Fournier, die dies bestreiten. Hatte dieser doch in seinem romantischen Roman „Le Grand Meaulnes“ ausdrücklich den Mittelpunkt Frankreichs an eine Stelle gelegt, die 25 Kilometer von Bruère-Allichamps entfernt liegt. Zu einem anderen Schluß kam der Gelehrte Pierre Vermond in seiner Chronik aus dem Jahr 1830: Er verlegte die Stätte nach Vesdun. Chazemais im Departement Allier schließlich setzte sich über alle Berechnungen hinweg. Stolz verkündet eine am Rathaus angeschlagene Tafel: „Centre de la France“.

Inzwischen sind aber die Zeiten vorbei, da die Gemeinde Bruere-Allichamps ihren Nachbarn aus Gefälligkeit den begehrten Titel „leihweise“ überließe.

WETTER: Zeitweise Regen

Wetterlage: Die Ausläufer eines atlantischen Sturmtiefs überqueren am Montag das nördliche und mittlere Deutschland. Nur im Süden herrscht zunächst noch schwacher Hochdruckeinfluß.

Deutscher Wetterdienst 18. September 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, Wind Stärke 5, 15°C. bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Montag:

Das gesamte Bundesgebiet: Von Nord nach Süd Durchzug eines Regengebietes, das bis zum Abend die Donau erreicht. Später von Norden her Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Im Süden tagsüber heiter bis wolkig und weitgehend niederschlagsfrei, zum Abend Eintrübung und nachfolgend Regen. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 15 Grad, im Süden um 20 Grad.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft mit schauerartigem Niederschlag, im Süden Temperaturrückgang.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	16°	Kairo	28°
Bonn	15°	Kopenh.	16°
Dresden	14°	Las Palmas	22°
Essen	13°	London	15°
Frankfurt	16°	Madrid	21°
Hamburg	15°	Mailand	19°
List/Sylt	14°	Mallorca	26°
München	14°	Moskau	13°
Stuttgart	15°	Nizza	23°
Algier	25°	Oslo	12°
Amsterdam	11°	Paris	14°
Athen	28°	Prag	14°
Barcelona	22°	Rom	17°
Brüssel	13°	Stockholm	14°
Budapest	13°	Tel Aviv	29°
Bukarest	21°	Tunis	26°
Helsinki	14°	Wien	15°
Istanbul	27°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 7.03 Uhr, Untergang: 19.27 Uhr, **Mondaufgang**: 19.24 Uhr, Untergang: 4.34 Uhr.

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hinter „Tür 2“ lockt eine Orgie in Blau-Weiß-Rot

FRITZ WIRTH, London

Sie hatten ihre Haare in den Landesfarben Blau, Weiß und Rot gefärbt. Sie hatten Teddybären mitgebracht, Luftballons und Spruchbänder („Norman del Mar kann auf dem Wasser wandeln“). Sie trugen Jeans, T-Shirts und Zylinder. Vor allem aber Fahnen.

So besuchten sie am Samstagabend in der Londoner „Albert Hall“ ein Sinfoniekonzert. „Dies ist das größte Musikfestival der Welt“, sagte Norman del Mar, der, wenn er nicht gerade auf dem Wasser wandelt, die Sinfoniker der BBC dirigiert.

Das größte? Wer selbst so viele Wellen schlägt auf diesem Festival wie Norman del Mar, verliert leicht den klaren Blick. Sicher aber ist: Dies ist das exzentrischste Musikfestival der Welt. Es ist ungeheuer britisch, wie das Meer von „Union Jacks“ verrät, und zugleich in hohem Maße unbritisch. Denn so ausgelassen, so selbstvergessen schwärmerisch und fröhlich hat man die lippensteifen Briten für den Rest des Jahres eigentlich nicht in Erinnerung.

Sagten wir Sinfoniekonzert? Ist es natürlich auch. Zuerst und vor allem aber ist es ein gigantisches öffentliches und ganz unverschämtes Duschbad in britischem Patriotismus. Hier singt, schunkelt, summt und trampelt man für ein paar Stunden im Rhythmus von Noten aus einer Zeit, da das Empire noch heil, mächtig und weltbeherrschend war: „Ruls Britannia“, „Land of Hope and Glory“ und „Jerusalem“. Andernorts würde man auf soviel Unzeitgemäßes peinlich berührt reagieren, die Briten dagegen inszenieren dieses jährliche Patrioten-Musical unverdrossen mit naiver und zugleich überzeugender Inbrunst.

„Letzte Nacht der Proms“ heißt das Fest. Seit 1895 steht es im Kalender der Nation. Sie feiert es unbehelligt und trotzig in einer ihr nicht immer wohlwollenden Umwelt, die ihr Empire in den letzten Jahrzehnten so harsch reduzierte. Es gehört zum britischen „way of life“ wie die jährliche königliche Geburtstagsparade und der Streik britischer Kofferträger auf den Flughäfen zu Beginn der Urlaubssaison.

„Proms“ ist die Abkürzung für Promenaden-Konzerte. Sie sind das musikalische Trostpflaster für alle, die nicht die Zeit und das Zeug haben, im Sommer in Urlaub zu fahren. Statt dessen verwöhnt sie der Veranstalter, die Rundfunkanstalt BBC, sieben Wochen lang mit einer Serie zumeist erstklassiger Konzerte, die vor allem zum musikalischen Mekka der Jugend wurden. Die „letzte Nacht der Proms“ ist traditionsgemäß zur sentimentalen und fröhlichen musikalischen „Dankandacht“ für Beteiligte und Stammpublikum geworden.

Zugang zu dieser „Last Night of the Proms“ zu bekommen ist schwieriger, als ein Ticket in Bayreuth oder zum Wimbledonfinale zu erstehen. Wer sichergehen will, richtet sich 14 Tage zuvor ein Nachtlager vor „Tür 2“ der „Albert Hall“ ein. Wer nicht bereit ist, wenigstens fünf Tage anzustehen bzw. anzuliegen, kann gleich zu Hause bleiben. Natürlich wartet man nicht ununterbrochen 14 Tage vor „Tür 2“. Man schläft dort lediglich, geht am Morgen zur Arbeit oder zur Schule, kehrt am späten Nachmittag zurück.

Dabei geht es nur um den Zugang zur „Promenade“, also den Stehplätzen im Innenraum der „Albert Hall“. Auf den Rängen sitzt derweil im Smoking und langem Abendkleid der betuchte Musikadel der Nation, der mit zumeist liebevollem Verständnis dem Musikkarneval der überwiegend jungen britischen Nachwuchspatrioten im Innenraum zuschaut.

Das Programm ist seit Jahren nahezu unverändert. So begann man denn auch gestern mit Elgars unvermeidlichem „Pomp and Circumstance“. Es folgten Henry Woods „Phantasien über britische Seelieder“, die diese Halle Jahr für Jahr in ein musikalisches Delirium tremens versetzen.

Das Problem ist stets, nach der Nationalhymne wieder den Saal zu räumen. Chefdirigent Norman del Mar drehte gestern auf sehr resolute Weise die patriotische Musikdusche ab. Er erschien zum letzten Beifallsrausch bereits im warmen Wintermantel, was signalisierte: Es kommen kalte Zeiten für Englands Musikpatrioten, bis sie sich im nächsten September wiedersehen vor „Tür 2“, mit Matratze, Gesangbuch und wilder Entschlossenheit, das daniederliegende Empire für eine Nacht wachzukitzeln und zusammen mit Norman del Mar wenigstens auf dem Wasser zu wandeln – wenn man denn schon nicht mehr die Meere beherrscht.

ZU GUTER LETZT

„Jetzt neu! Atomkrieg – kein Problem. Strahlenschutz für Schäferhund + Dackel: Tel. ...“ Anzeige im „Alster-Anzeiger“